

MONTAG, 14. SEPTEMBER 2009

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am 16. Juli 2009 unterbrochene Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für wiederaufgenommen.

2. Erklärungen des Präsidenten

Der Präsident. – Vor etwas mehr als 14 Tagen nahm ich auf der Westerplatte an den Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs teil. Dieser Krieg stürzte Europa in Terror, forderte Millionen Opfer und teilte unseren Kontinent fast ein halbes Jahrhundert lang. Wir dürfen niemals vergessen, dass Krieg und Gewalt in dieses unser Europa wieder zurückkommen könnte.

Ich muss an eine andere Gewalttat erinnern, die sich diesen Sommer ereignet hat. Zwei Beamte der spanischen Guardia Civil wurden bei der Ausübung ihrer Pflichten von der ETA getötet.

Ich bedauere, das Parlament über den Tod von Herrn Ernest Gline informieren zu müssen, einem ehemaligen belgischen Kollegen, der am 10. August im Alter von 78 Jahren verstarb. Herr Gline war von 1968 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Von 1979 bis 1984 war er ebenfalls Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion.

Ich bedauere, Sie ebenfalls über den Tod von Sir Christopher Prout, einem ehemaligen britischen Kollegen, informieren zu müssen, der am 12. Juli im Alter von 67 Jahren verstarb. Sir Christopher Prout, der spätere Lord Kingsland, war von 1979 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er war zwischen 1987 und 1994 auch Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Demokraten.

Bevor wir unsere Diskussionen fortsetzen, bitte ich Sie, gemeinsam mit mir jener zu gedenken, die ihr Leben bei der Verteidigung Europas verloren, sowie jener, die ihr Leben in den Dienst Europas stellten und daran mitwirkten, es zu dem zu machen, was es heute ist.

(Das Parlament erhebt sich und legt eine Schweigeminute ein.)

3. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

6. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll

7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

8. Berichtigung (Artikel 216 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

10. Mündliche Anfragen (Vorlage): siehe Protokoll

11. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

12. Petitionen: siehe Protokoll

13. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

14. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 88 GO): siehe Protokoll

15. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung, der am Donnerstag, dem 10. September 2009 durch die Konferenz der Präsidenten gemäß Artikel 137 der Geschäftsordnung erstellt wurde, wurde verteilt.

Montag und Dienstag

Keine Änderungen.

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Herr Präsident, ich werde mich sehr kurz fassen.

Ich möchte mich auf die Geschäftsordnung in Bezug auf die Konferenz der Präsidenten berufen, die, wie Sie sagten, die Tagesordnung festlegt.

Unsere Geschäftsordnung sieht vor, dass die Konferenz der Präsidenten aus Ihnen, natürlich, aus den Fraktionsvorsitzenden und auch aus einem Vertreter der fraktionslosen Abgeordneten besteht.

Bis zum heutigen Tag wurde der Vertreter der fraktionslosen Abgeordneten noch nicht benannt. Einige der fraktionslosen Abgeordneten haben Ihnen zu diesem Thema geschrieben und sind gerne bereit, sich mit Ihnen zu treffen.

Es wäre gut, Herr Präsident, wenn Sie eine Sitzung aller fraktionslosen Abgeordneten einberufen könnten, damit sie gemäß der Geschäftsordnung ihren Vertreter für die Konferenz der Präsidenten wählen können und die Konferenz ihre Entscheidungen mit der vollständigen Anzahl der Abgeordneten treffen kann.

Der Präsident. – Danke für Ihren Kommentar. Ich werde in dieser Sitzung auf Sie und andere Abgeordnete zukommen, um die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

Mittwoch

Ich habe einen Antrag der Grüne/FEA-Fraktion für Mittwoch erhalten.

Daniel Cohn-Bendit, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Sehr verehrte Damen und Herren, die Konferenz der Präsidenten hat dafür gestimmt, die Wahl – die Ernennung – des Präsidenten der Kommission auf die Tagesordnung für Mittwoch zu setzen.

Am Dienstagnachmittag werden wir eine Aussprache über die Vorschläge des Präsidenten der Kommission abhalten. Wir schlagen vor, die Abstimmung über die Ernennung zu verschieben, aus dem einfachen Grund, weil das Referendum in Irland in 22 Tagen stattfinden wird. Dieses Referendum ist für die Annahme oder Ablehnung des Vertrags von Lissabon von wesentlicher Bedeutung. Eine heute veröffentlichte Umfrage besagt, dass 62 % der irischen Bevölkerung bereit sind, dafür zu stimmen.

Ich bin der Ansicht, dass wir die Abstimmung der Menschen in Irland respektieren müssen, ganz gleich, ob wir für oder gegen den Vertrag von Lissabon sind. Es erscheint uns jedenfalls absurd, wegen 21 Tagen im Rahmen des Vertrags von Nizza eine Abstimmung abzuhalten und einen Präsidenten zu ernennen, wenn wir – zumindest jene, die für den Vertrag von Lissabon sind – die Möglichkeit haben, die Kommission und ihren Präsidenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon zu ernennen.

Im Oktober wissen wir, wozu wir verpflichtet sind. Der polnische Präsident hat feierlich erklärt, dass er den Vertrag von Lissabon nach dem Referendum in Irland unterzeichnen wird.

Das tschechische Verfassungsgericht hat feierlich erklärt, dass es die Entscheidungsfindung zu den beiden Beschwerden gegen den Vertrag von Lissabon beschleunigen werde, da es beim letzten Mal einstimmig gesagt hatte, dass der Vertrag von Lissabon verfassungsmäßig sei.

Der tschechische Präsident hat somit keine Möglichkeit, „Nein“ zu sagen, wenn der Vertrag in Polen und Irland ratifiziert wurde.

Ich bin fast fertig, aber dies ist sehr wichtig, Herr Präsident. Die Identität des Parlaments steht bei dieser Frage auf dem Spiel und wenn wir nicht zwei Minuten haben, um darüber nachzudenken, dann haben wir unsere Arbeit als Abgeordnete des Europäischen Parlaments nicht getan. Dies ist ein wichtiger Punkt. Aus diesem Grund bitte ich Sie, nicht für oder gegen Herrn Barroso zu stimmen, sondern nach den Menschen in Irland abzustimmen und die Abstimmung heute zu verschieben und gegebenenfalls nächsten Monat abzustimmen.

Martin Schulz, im Namen der S-D-Fraktion. – Herr Präsident! Der Kollege Cohn-Bendit hat einen Antrag aufgegriffen, den meine Fraktion in der Konferenz der Präsidenten in der vergangenen Woche gestellt hat. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir glauben, dass weniger die Frage des irischen Referendums und auch nicht die Frage des Verfassungsgerichtshofs in Prag, sondern die Frage der mangelnden Kohäsion in den Vorstellungen des Rates der Grund für die herrschende Konfusion ist. Es ist ganz eindeutig, dass eine Rechtsgemeinschaft – und die Europäische Union bezeichnet sich als eine Rechtsgemeinschaft – auf der Grundlage des gültigen Rechts handeln muss. Das gültige Recht ist der Nizza-Vertrag. Also gibt es keine Alternative dazu, mit dem Nizza-Vertrag zu arbeiten, und zwar mit dem Präsidenten und allen Kommissaren.

Der Rat will den Präsidenten auf der Grundlage des Nizza-Vertrags wählen und dann das tun, was Herr Cohn-Bendit angedeutet hat, nämlich anschließend bei den Kommissaren den Lissabon-Vertrag anwenden, was bedeuten würde, dass wir einen Kommissionspräsidenten haben, der auf einer anderen Rechtsgrundlage gewählt ist als seine Kommissare – was übrigens der Kommissionspräsident selbst sehr bedauert. Deshalb läuft er ja schon überall herum und redet von der Lissabon-Mehrheit, die er braucht, die er aber nicht bekommen wird.

Allein das zeigt ja schon, dass die Konfusion, die der Rat verursacht hat, der EU und auch dem Kommissionspräsidenten selbst keineswegs zuträglich ist. Aus diesem Grund waren wir der Auffassung, die Abstimmung sollte verschoben werden, bis der Rat sich darauf geeinigt hat, was er will. Deshalb unterstützen wird diesen

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Wir sind der Meinung, dass die Verschiebung aus Gründen notwendig ist, die sich geringfügig von den von Herrn Cohn-Bendit erwähnten Gründen unterscheiden, und unterstützen aus den von uns dargelegten Gründen diesen Antrag.

Der Präsident. – Ich möchte nun einen Abgeordneten bitten, sich gegen den Antrag zu äußern. Herr Daul hat um das Wort gebeten. Sie haben das Wort, Herr Daul.

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, ich halte mich stets an meine Redezeit, wie Sie wissen.

Erstens, ich verstehe Herrn Cohn-Bendit nicht: Er hätte bereits beantragen müssen, die Wahlen zum Europäischen Parlament so lange zu verschieben, bis wir den Vertrag von Lissabon hätten.

Denn heute haben wir den Vertrag von Nizza im Europäischen Parlament, wir fordern, dass dieser Vertrag Anwendung findet, bis der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt. Ich möchte ebenfalls darum bitten, dass wir, bis wir wieder über Herrn Barroso abstimmen können, bis zum Schluss an den Artikeln festhalten. Das Parlament muss bereit sein, um unter dem Vertrag von Lissabon zu funktionieren und dann werden wir über Herrn Barroso und den Vertrag von Lissabon abstimmen können, Herr Cohn-Bendit. Ansonsten werden wir nicht konsequent sein. Das war es, was ich Ihnen gerne sagen wollte.

Um eine Kommission zu haben – und das werde ich morgen beantragen – möchte ich darum bitten, dass wir nach dem Referendum am 2. Oktober eine Kommission auf der Grundlage des Vertrags einrichten, der existiert, nämlich der Vertrag von Nizza. Wir werden über den Vertrag von Lissabon diskutieren, wenn die Zeit reif ist, wenn Herr Cohn-Bendit Herrn Klaus überzeugt hat, zu unterschreiben – und da er bereit ist, dies zu tun, wird er dies sehr rasch tun. Wir werden das Parlament unter den Vertrag von Lissabon setzen und dann werden wir unseren Präsidenten der Kommission unter dem Vertrag von Lissabon wählen, weil wir, wenn wir konsequent sein wollen, dies von Anfang bis Ende sein müssen. Was wir jetzt brauchen, ist eine Kommission, die in der Rezession funktioniert, eine Kommission, die unter Kopenhagen funktioniert. Wie Sie wissen, liegt jedoch noch ein langer Weg vor uns, bis alle Kommissare und die Kommission in Gang gekommen sind.

Aus diesem Grund beantrage ich zusammen mit meinen gleichermaßen kompetenten Fraktionskollegen, dass wir am Mittwoch über den Präsidenten der Kommission abstimmen.

(Beifall)

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Donnerstag

Keine Änderungen.

(Der Arbeitsplan wird verabschiedet.)

VORSITZ: Gianni PITTELLA

Vizepräsident

16. Abstimmungsstunde

16.1. Mitgliederzahl der interparlamentarischen Delegationen (Abstimmung)

16.2. Billigung der Ernennung von Algirdas Šemeta zum Mitglied der Kommission (B7-0037/2009)

16.3. Billigung der Ernennung von Pawel Samecki zum Mitglied der Kommission (B7-0035/2009)

16.4. Billigung der Ernennung von Karel De Gucht zum Mitglied der Kommission (B7-0036/2009)

17. Stimmerklärungen

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

- Billigung der Ernennung von Herrn Algirdas Šemeta zum Mitglied der Kommission (B7-0037/2009)

Jean-Pierre Audy (PPE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Billigung der Ernennung von Herrn Algirdas Šemeta zum Mitglied der Europäischen Kommission gestimmt. Ich hege allerdings Zweifel hinsichtlich einiger rechtlicher Aspekte dieser Entscheidung. Gemäß Artikel 215 Absatz 3 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Union und der darin enthaltenen Bestimmungen für den Fall des Rücktritts eines Kommissars, ist es der Rat, der mittels qualifizierter Mehrheit den neuen Kommissar benennt. Wenn ich in meiner Annahme richtig gehe, hat das Europäische Parlament in diesem speziellen Fall keinerlei Befugnisse, und Punkt 2 Absatz 2 von Anlage XVII seiner Geschäftsordnung, in dem die Stimmabgabe per geheimer Abstimmung festgelegt ist, ist nicht im Einklang mit dem Vertrag. Diese Bestimmung der Geschäftsordnung gilt sicherlich für das Europäische Parlament, nicht jedoch für einen ordnungsgemäß benannten Kommissar. Artikel 214 Absatz 2 des EG-Vertrags, der interessanterweise als rechtliche Grundlage für die Entschließung angeführt wird, betrifft nicht die Ernennung eines neuen Kommissars im Falle eines Rücktrittes, sondern die Stimmabgabe zur Billigung der gesamten Kommission als Kollegium. Es ist außerdem auffällig, dass diese Entschließung auf der Grundlage von Artikel 106 Absatz 4 der Geschäftsordnung angenommen wurde, welche doch für die Wahl der Kommission als Ganzes und nicht die Ersetzung eines einzelnen Kommissars gilt.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), *schriftlich*. – (RO) Ich habe für Herrn Šemeta gestimmt, dem ich zu seiner Ernennung gratulieren möchte. Ich wünsche ihm viel Erfolg. Ich muss jedoch, wie ich es übrigens bereits im Rahmen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung getan habe, meine Besorgnis hinsichtlich seines Vorschlags äußern, die Fonds für das europäische Konjunkturprogramm teilweise über eine Reduzierung der für direkte Hilfeleistungen an die Landwirtschaft vorgesehen Ressourcen zu finanzieren.

Ich hoffe, dass es sich hierbei nur um ein Missverständnis handelt, und dass eine solche Maßnahme, die wir unmöglich akzeptieren könnten, nicht umgesetzt wird.

- Billigung der Ernennung von Herrn Paweł Samecki zum Mitglied der Kommission (B7-0035/2009)

Jean-Pierre Audy (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe für die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zur Billigung der Ernennung von Herrn Paweł Samecki zum Mitglied der Europäischen Kommission gestimmt. Ich hege allerdings Zweifel hinsichtlich einiger rechtlicher Aspekte dieser Entscheidung. Gemäß Artikel 215 Absatz 3 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Union und der darin enthaltenen Bestimmungen für den Fall des Rücktritts eines Kommissars, ist es der Rat, der mittels qualifizierter Mehrheit den neuen Kommissar benennt. Wenn ich in meiner Annahme richtig gehe, hat das Europäische Parlament in diesem speziellen Fall keinerlei Befugnisse, und Punkt 2 Absatz 2 von Anlage XVII seiner Geschäftsordnung, in dem die Stimmabgabe per geheimer Abstimmung festgelegt ist, ist nicht im Einklang mit dem Vertrag. Diese Bestimmung der Geschäftsordnung gilt sicherlich für das Europäische Parlament, nicht jedoch für einen ordnungsgemäß benannten Kommissar. Artikel 214 Absatz 2 des EG-Vertrags, der interessanterweise als rechtliche Grundlage für die EntschlieÙung angeführt wird, betrifft nicht die Ernennung eines neuen Kommissars im Falle eines Rücktrittes, sondern die Stimmabgabe zur Billigung der gesamten Kommission als Kollegium. Es ist außerdem auffällig, dass diese EntschlieÙung auf der Grundlage von Artikel 106 Absatz 4 der Geschäftsordnung angenommen wurde, welche doch für die Wahl der Kommission als Ganzes und nicht die Ersetzung eines einzelnen Kommissars gilt.

- Billigung der Ernennung von Herrn Karel De Gucht zum Mitglied der Kommission (B7-0036/2009)

Jean-Pierre Audy (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe für die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zur Billigung der Ernennung von Herrn Karel De Gucht zum Mitglied der Europäischen Kommission gestimmt. Ich hege allerdings Zweifel hinsichtlich einiger rechtlicher Aspekte dieser Entscheidung. Gemäß Artikel 215 Absatz 3 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Union und der darin enthaltenen Bestimmungen für den Fall des Rücktritts eines Kommissars, ist es der Rat, der mittels qualifizierter Mehrheit den neuen Kommissar benennt. Wenn ich in meiner Annahme richtig gehe, hat das Europäische Parlament in diesem speziellen Fall keinerlei Befugnisse, und Punkt 2 Absatz 2 von Anlage XVII seiner Geschäftsordnung, in dem die Stimmabgabe per geheimer Abstimmung festgelegt ist, ist nicht im Einklang mit dem Vertrag. Diese Bestimmung der Geschäftsordnung gilt sicherlich für das Europäische Parlament, nicht jedoch für einen ordnungsgemäß benannten Kommissar. Artikel 214 Absatz 2 des EG-Vertrags, der interessanterweise als rechtliche Grundlage für die EntschlieÙung angeführt wird, betrifft nicht die Ernennung eines neuen Kommissars im Falle eines Rücktrittes, sondern die Stimmabgabe zur Billigung der gesamten Kommission als Kollegium. Es ist außerdem auffällig, dass diese EntschlieÙung auf der Grundlage von Artikel 106 Absatz 4 der Geschäftsordnung angenommen wurde, welche doch für die Wahl der Kommission als Ganzes und nicht die Ersetzung eines einzelnen Kommissars gilt.

18. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

19. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Der Präsident. – Wir gehen nun zu den Ausführungen über, die nicht länger als eine Minute dauern sollten. Wir haben eine sehr lange Liste von Anfragen. Dies zeigt, dass ein großer Wille zur Teilnahme besteht, was stark für diese Einrichtung spricht. Leider wird es nicht möglich sein, allen Interessenten das Wort zu erteilen, weil 100 Anfragen anderthalb Stunden dauern würden, während dafür nur 30 Minuten zur Verfügung stehen.

Seán Kelly (PPE). – (GA) Herr Präsident, da dies für mich die erste Gelegenheit ist, im Parlament das Wort zu ergreifen, möchte ich dies in meiner Muttersprache tun. Wie Sie wissen, ist die Kampagne für das Referendum über den Vertrag von Lissabon in Irland derzeit voll im Gange, und wir sind zuversichtlich, dass es am 2. Oktober ein positives Ergebnis geben wird. Einer der Faktoren, die einen wesentlichen Unterschied zu vorher ausmachen, sind die Garantien, die die Europäische Union der irischen Regierung hinsichtlich Steuern, Abtreibung und Verteidigung zugesichert hat. Auch die im Lissabon-Vertrag vorgesehenen neuen Maßnahmen zugunsten des Sports, von denen beim letzten Mal noch gar nicht die Rede war, spielen dabei eine wichtige Rolle.

– Als jemand, der sein Leben lang in vielerlei Hinsicht mit Sport zu tun gehabt hat, bin ich überzeugt, dass der Lissabon-Vertrag bei der sportbegeisterten irischen Bevölkerung besonderen Anklang finden wird, weil er Gelegenheit dazu bietet, dass der Sport auf EU-Ebene ernster genommen wird und sowohl lokale als auch internationale Sportarten gefördert werden. Aus diesem und anderen, vielleicht offensichtlicheren Gründe wie Gesundheit, dem sozialen und physischen Nutzen des Sports, ist es unbedingt notwendig, dass nach dem Lissabon-Prozess eine umfangreiche Finanzierung für ...

(Der Vorsitzende unterbricht den Redner)

Vasilica Viorica Dăncilă (S&D). – (RO) Herr Präsident, ich denke, dass in struktureller Hinsicht im Landwirtschaftssektor ein gewisses Ungleichgewicht zwischen Rumänien und den anderen Mitgliedstaaten besteht. Ich finde, dass die Europäische Union ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss geltend machen und sich stärker auf die Verwaltung der Landwirtschaftsfonds für die jüngsten Mitgliedstaaten konzentrieren sollte.

Meiner Ansicht nach könnte auch die Festlegung eines angemessenen Budgets für die Zeit nach 2013 zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft zur Lösung des Problems beitragen. Damit würden den Landwirten mittel- und langfristige Perspektiven geboten, gemeinsam mit ausreichenden Fonds, wodurch die rumänische Landwirtschaft die europäischen Standards erreichen könnte und eine Gelegenheit für ein geeintes Europa entstünde.

Sergej Kozlík (ALDE). – (SK) Sehr geehrte Damen und Herren. Ungarn und die ungarischen Minderheiten werfen ständig aufs Neue die Frage der nationalen Minderheiten auf. Mit Halbwahrheiten und manchmal sogar mit Lügen versuchen sie, die Meinung der europäischen Öffentlichkeit zu ihren Gunsten zu manipulieren. Doch wie sieht die Wahrheit aus?

In den vergangenen acht Jahren wurden die nationalen Minderheiten in Ungarn fast ausgerottet, während Europa stillschweigend zugesehen hat. Die slowakische Minderheit wurde von 300 000 auf 10 000 Menschen dezimiert. Die Ausbreitung ungarischer Minderheiten in den Nachbarländern, darunter die Slowakei, blieb hingegen konstant.

In den letzten zwei Jahren wurden in Ungarn sechs Roma ermordet und Dutzende schwer verletzt. Es bestehen Befürchtungen hinsichtlich möglicher Angriffe auf die jüdische Bevölkerung, während andere Formen des Extremismus bereits auf dem Vormarsch und über die Grenzen Ungarns hinaus spürbar sind. In Ungarn wird diesem aggressiven Verhalten nicht ausreichend entgegengewirkt, und dies gehört verurteilt. Die Gemeinschaftsorgane sollten diesen extremistischen Erscheinungsformen entschlossener entgegen treten.

João Ferreira (GUE/NGL). – (PT) Der Putsch in Honduras vom 28. Juni stellt einen Frevel gegen das Recht des honduranischen Volkes auf politische Meinungsäußerung und die grundlegendsten demokratischen Rechte dar.

Seit damals hat die *De-facto*-Regierung repressive Maßnahmen gegen die demonstrierende Basisbewegung eingeleitet und ein Regime eingeführt, in dem die Medien ausgeblendet, die Grundrechte eingeschränkt, Menschen verfolgt oder illegal gefangen gehalten werden und sogar Mitglieder des organisierten Widerstands gegen den Putsch ermordet wurden.

All das konnten wir vor Kurzem während des Besuchs einer Delegation der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke in Honduras und in Nicaragua beobachten, wo wir mit dem rechtmäßigen Präsidenten des Landes Manuel Zelaya zusammentrafen. Die Reaktion der Gemeinschaftsorgane auf diese Umstände ist, gelinde ausgedrückt, nicht gerade eindeutig. Während die einen stillschweigend zusehen, appellieren die anderen an beide Seiten, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um so schnell wie möglich zu einer politischen Lösung zu gelangen, und messen völlig unterschiedliche Dinge mit einerlei Maß, ohne jemandem die Schuld zu geben – als wäre da nicht ein demokratisch gewählter Präsident auf der einen und eine illegale Regierung auf der anderen Seite, die diesen gefangen nimmt und aus dem eigenen Land wirft, nachdem sie unrechtmäßig die Macht ergriffen hat.

Die Gemeinschaftsorgane sollten allein aus Achtung vor der Demokratie den Putsch klar und deutlich verurteilen und Maßnahmen auf internationaler Ebene einleiten, um Druck auf die illegale Regierung auszuüben und sie zu isolieren. Auch dürfen jegliche Wahlen, die stattfinden, bevor die rechtmäßige Demokratie im Land wiederhergestellt ist, nicht anerkannt oder unterstützt werden.

John Bufton (EFD). – Herr Präsident, als neues Mitglied dieses Parlaments denke ich, dass eines der größten Probleme, mit dem die Landwirte in Wales und im übrigen Vereinigten Königreich konfrontiert sind, die

vorgeschlagene elektronische Kennzeichnung von Schafen ist, die zum 1. Januar 2010 in Kraft treten wird. Es ist eine Tatsache, dass die technische Ausrüstung, die dabei eingesetzt werden soll, nicht verlässlich ist. Soweit ich weiß, ist sie das nur zu 79 %, was für die Landwirte im gesamten Vereinigten Königreich zu großen Schwierigkeiten führen wird.

Ich ersuche die Kommission, diese Politik zu überdenken und die vorgesehenen Maßnahmen nur auf freiwilliger Basis einzuführen. Meine Sorge ist, dass viele Landwirte aufgrund von unzuverlässiger Ausrüstung benachteiligt sein werden, und dass ihre Betriebsprämie gekürzt wird. Im schlimmsten Fall könnte eine solche Kürzung 100 % ausmachen. Die Zugeständnisse, die bereits gemacht wurden, sind hilfreich, aber noch nicht ausreichend.

Es wundert mich, dass die Kommission die elektronische Kennzeichnung (EID) trotz derartiger technischer Mängel einführen will. Ein vernünftiger Schritt wäre es, die elektronische Kennzeichnung ab kommendem Januar ausschließlich auf freiwilliger Basis einzuführen. Ich ersuche die Mitglieder dieses Parlaments, mich in dieser für die europäische Landwirtschaft so wichtigen Frage zu unterstützen.

Krisztina Morvai (NI). – Herr Präsident, ich möchte dieses Parlament auffordern, sofortige entschlossene Schritte zu unternehmen, um den landwirtschaftlichen Klein- und Familienbetrieben in den neuen Mitgliedstaaten, insbesondere den ost- und mitteleuropäischen, und vor allem meinem eigenen Land Ungarn zu Hilfe zu kommen.

Was ist aus diesen Landwirten geworden? Im Anschluss an unseren Beitritt zur Europäischen Union mussten wir praktisch 100 % unserer Märkte „anbieten“ und erhielten im Gegenzug 25 % an Beihilfen. Dies ist nicht nur unfair und ungerecht, es ist auch noch illegal. Es handelt sich hierbei um einen eindeutigen Verstoß gegen den Vertrag von Rom. Um sich unter diesen ungerechten und illegalen Bedingungen auf dem Markt durchzusetzen, waren die Landwirte gezwungen, enorme Kredite aufzunehmen. Mittlerweile sind sie Pleite gegangen und müssen ihren Grund verkaufen, und zwar unter Bedingungen, die an die Kolonialzeit erinnern. Wir sind gezwungen, unsere Gründe an Länder abzutreten, deren Bruttoinlandsprodukt 10 Mal höher ist als unseres. Ich fordere die sofortige Überarbeitung des Kopenhagener Übereinkommens.

(Der Vorsitzende unterbricht die Rednerin)

Rareș-Lucian Niculescu (PPE). – (RO) Herr Präsident, ebenso wie andere Abgeordnete hatte auch ich die Absicht, auf ein Problem aus dem Bereich der Landwirtschaft aufmerksam zu machen. Vor kurzem fiel jedoch mein Blick auf einen Artikel des *Wall Street Journals*, und ich betrachte es als eine Frage der Ehre, diesen Artikel dem Parlament vorzulegen und Ihnen die Forderungen des Autors zu präsentieren.

Der Titel, der auch den Inhalt gut veranschaulicht, lautet in etwa: „Herr Barroso, beseitigen Sie die Barrieren der Kleinunternehmen“. Dieser Artikel ist ein Appell an die zukünftige Europäische Kommission, sich bei ihren Maßnahmen auf die Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe zu konzentrieren, die während einer Krise besonders verletzlich sind, und hinsichtlich der Umsetzung des „*Small Business Act*“ von 2008 keinerlei Kompromisse einzugehen. Das Europäische Parlament hat die Pflicht, sicherzustellen, dass diese Maßnahmen ordnungsgemäß umgesetzt werden, weil die über 20 Millionen Klein- und Mittelbetriebe innerhalb der EU darauf angewiesen sind.

Evgeni Kirilov (S&D). – (BG) Herr Präsident, Anfang August spielte sich in der Republik Mazedonien ein tragischer Vorfall ab, der die bulgarische Bevölkerung zutiefst erschütterte. Spaska Mitrova, eine 23-jährige mazedonische Staatsbürgerin und Mutter eines Kindes, das noch gestillt wurde, wurde mit Gewalt auf ein Polizeirevier und anschließend in das berüchtigte Gefängnis von Idrizovo verbracht, wo ihr das Kind weggenommen wurde. Die Polizei zog sie an den Haaren die Stufen vom letzten Stock bis hinunter ins Erdgeschoß des Gebäudes, weil sie sich nicht von ihrem Kind trennen wollte. Sie wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie ihrem Ex-Mann kein Gästebett im Zimmer des gemeinsamen Kindes zur Verfügung gestellt hatte. Sie können sich die Auswirkungen vorstellen. Frau Mitrova hatte Anfang des Jahres auch die bulgarische Staatsbürgerschaft erhalten. Es scheint, als wäre dies der Hauptgrund für die unmenschliche Behandlung der Frau gewesen, und dies ist kein Einzelfall. Vor ungefähr zwei Jahren fragte ich den gegenwärtigen mazedonischen Außenminister: „Wieso gibt es soviel Hass gegen Mazedonier, die die bulgarische Staatsbürgerschaft angenommen haben?“, und er antwortete: „Sie sind Überreste der Vergangenheit.“ Da die Bemühungen des bulgarischen Präsidenten und der bulgarischen Regierung bisher zu keinem Ergebnis geführt haben, ersuche ich Kommissar Olli Rehn, sich selbst mit diesem haarsträubenden Fall von Ungerechtigkeit in einem Land, das Beitrittsverhandlungen anstrebt, vertraut zu machen.

Jelko Kacin (ALDE). – (SL) Italien will in der Küstenregion an der Grenze zu Slowenien ohne Absprache einen Gastertinal einrichten. Nun gründet die Europäische Union aber auf den Prinzipien des gegenseitigen Vertrauens und der guten Nachbarschaft. Die Nutzung umweltschädlicher Energiequellen verlangt nicht nur spezielle Maßnahmen zur Erhaltung der Umwelt, sondern im Wesentlichen auch eine gewisse Anständigkeit.

Indem Italien versucht, Slowenien die schädlichen Auswirkungen seines Handelns auf die Umwelt des Grenzgebiets zu verschweigen, schädigt es alle Betroffenen, einschließlich sich selbst, vor allem aber die Menschen, die im Umkreis der umstrittenen Anlage leben. Die slowenische Bevölkerung und Regierung sind entschieden gegen diesen Terminal.

Die Medien zu belügen mag Herrn Berlusconi's Überlebenspolitik in Italien sein. Ein solches Verhalten kann und darf jedoch innerhalb der Europäischen Union nicht toleriert werden. Es ist absolut inakzeptabel.

Es handelt sich um eine unerhörte Verletzung der Prinzipien der Europäischen Union, und Italien schädigt damit Mensch und Umwelt. Es praktiziert eine allgemeine Verschleierung der Tatsachen, um einen Küstentertinal in Žavlje (Aquilina) im Golf von Triest zu bauen, der jetzt schon extrem schmal ist. Es schädigt die Umwelt, zerstört die Aussicht auf ein friedliches Zusammenleben im Grenzgebiet und gibt ein denkbar schlechtes Beispiel für zukünftige Mitgliedstaaten ab.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Herr Präsident, die Situation, in der sich die ehemalige deutsche Schuhfabrik Rhode in Santa Maria da Feira, die heutige Sociedade Luso-Alemã de Calçado, befindet, ist höchst besorgniserregend.

In diesem Unternehmen waren früher einmal ca. 3 000 Arbeitskräfte beschäftigt, seit aber aufgrund der Probleme in Deutschland Stellen gekürzt wurden, sind es nur mehr rund 1 000. Der Großteil der verbliebenen Arbeitskräfte sind Frauen, von denen die meisten mit Lohnkürzungen und Reduzierung der Arbeitsstunden konfrontiert sind. Es besteht nun die Sorge, dass das Unternehmen schließt, sobald die Wahlen in Portugal abgewickelt sind.

Die Arbeitslosigkeit in dieser Gemeinde steigt stetig an und betrifft tausende Arbeitskräfte insbesondere in der Schuhproduktions- und Korkverarbeitungsindustrie. Angesichts dessen fordern wir die Einleitung spezieller Notmaßnahmen, um eine weitere Schwächung der Produktion und des Arbeitsmarktes in einer Region, die bereits schwer unter Arbeitslosigkeit zu leiden hat, zu verhindern.

Nicole Sinclair (EFD). – Herr Präsident, ich werde nicht akzeptieren, dass das Parlament oder irgendein anderes Gemeinschaftsorgan dem Vereinigten Königreich Gesetze vorschreibt.

Meine Wähler haben mich hierher geschickt, um Ihnen zu sagen, dass sie nicht wollen, dass täglich 45 Mio. Pfund aus ihrer Tasche in die Europäische Union gesteckt werden. Wir wollen, dass dieses Geld im Vereinigten Königreich für Schulen, Krankenhäuser und unsere Infrastruktur ausgegeben wird anstatt für Korruption verschwendet zu werden, wo doch Ihre Konten seit mittlerweile 14 Jahren geprüft werden.

Die Menschen, die mich gewählt haben, haben mich gebeten, der Kommission folgende Botschaft zu überbringen: Kehrt zu eurer Bürokratie zurück und bereitet euch vor auf den Rückzug des Vereinigten Königreichs aus diesem korrupten und dem Untergang geweihten Haufen, der die Europäische Union ist.

Diane Dodds (NI). – Herr Präsident, dieses Parlament hat sich bereits vor nicht allzu langer Zeit angesichts einer globalen Terrorbedrohung versammelt. In meinem Wahlkreis in Nordirland haben wir die Schmerzen, die Terrorismus verursacht, am eigenen Leib zu spüren bekommen. Es ist wahr, dass in den vergangenen Jahren ein Wandel in Nordirland stattgefunden hat, aber es gibt immer noch Menschen, die nichts dagegen hätten, ein Blutbad anzurichten.

Letzte Woche wurde eine von dissidenten Republikanern gelegte 600 Pfund schwere Bombe in South Armagh aufgefunden, der jüngste einer Reihe von Vorfällen. Wäre sie nicht entdeckt worden, hätten viele Menschen ihr Leben gelassen. Wir in Nordirland haben die Opfer unserer Vergangenheit und des Terrorismus nicht vergessen, und aus diesem Grund möchte ich dieses Parlament ersuchen, die Kampagne für die Entschädigungszahlungen durch Libyen zu unterstützen. Libyen versorgte die IRA mit Waffen. Diese Waffen haben viele Menschenleben gefordert und vielen das Leben zerstört. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden.

Eduard Kukan (PPE). – (SK) Zu Beginn einer neuen Amtszeit sollten wir uns unsere gemeinsame Verantwortung für eine friedliche Entwicklung des europäischen Kontinents vor Augen halten, um unseren

Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein Leben in Frieden und Wohlstand zu ermöglichen. Wir müssen ihnen auch zeigen, dass wir für sie da sind, dass wir in ihrem Dienst stehen.

Dies dürfen wir nie vergessen, auch nicht, wenn es zwischen zwei Mitgliedern unserer Familie Spannungen gibt. Der europäische Weg zur Findung vernünftiger Lösungen liegt im partnerschaftlichen Dialog, nicht darin, die Gegenseite zu ignorieren und gewisse Angelegenheiten sofort vor Gemeinschaftsorgane wie dieses hier zu bringen.

Ein vernünftiger, konstanter Dialog ist auch der beste Weg, um Extremisten auf beiden Seiten die Grundlage zu entziehen und dadurch zukünftige potenziell gefährliche Aktivitäten gleich im Keim zu ersticken oder zumindest drastisch einzuschränken.

Rovana Plumb (S&D). – (RO) Der Kampf gegen Rassismus wird durch starke politische Strategien auf Gemeinschaftsebene unterstützt, aber innerhalb von wenigen Tagen haben deutsche und britische Politiker eine Schmutzkampagne gegen rumänische Arbeiter geführt, sei es schlichtweg aus Ignoranz oder um Sympathien und Wählerstimmen zu gewinnen. Erschreckende Aussagen wie etwa „*Ein Rumäne würde Sie ohne zu zögern niederstechen*“, die während einer öffentlichen Versammlung im Vereinigten Königreich gemacht wurde, oder die Aussage eines deutschen Politikers, demnach Rumänen nicht pünktlich zur Arbeit erscheinen würden und nicht wüssten, was sie zu tun hätten, bieten Anlass zur Sorge. Wir entwickeln europäische Strategien zur Bekämpfung von Rassismus. Dies ist unser gemeinsames Ziel. Aber was tun, wenn diese Aussprüche von Kolleginnen und Kollegen aus den großen EU-Mitgliedstaaten kommen?

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – (ES) Herr Präsident, letzte Woche wurden erneut drei baskische Thunfischfangboote aus Bermeo von somalischen Piraten bedroht. Die wiederholten Angriffe auf Fischerboote in dem Gebiet, sowie die Tatsache, dass die Opfer sich bedroht fühlen und die spanische Regierung nicht zu handeln imstande zu sein scheint, sind für uns Anlass großer Besorgnis. Diese Angriffe könnten sich nach Meinung der Fischer mit dem Eintreten des Monsunregens verschärfen.

Daher möchte ich, bevor es zu spät ist, der ehrenwerten Versammlung sagen, dass wir für diese Boote dringend bewaffnetes militärisches Begleitpersonal zur Verfügung stellen müssen. Einige Regierungen in Europa, wie die Frankreichs und Italiens, haben dies bereits getan und waren erfolgreich.

Die Kommission sollte daher empfehlen, dass alle Mitgliedstaaten sofort wirksame vergleichbare Maßnahmen einleiten. Die Schutzbestimmungen, die für Handelsschiffsrouten festgelegt wurden, müssen dringend auf Fanggebiete ausgeweitet werden.

Dieses Parlament hat ein Problem, das in der Entschließung vom 23. Oktober letzten Jahres zur Piraterie auf See festgehalten wurde.

Ich möchte schließlich abermals unsere Überzeugung betonen, dass Europa eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik braucht, die den Gemeinschaftsorganen mehr Effizienz und Glaubwürdigkeit angesichts einer solchen Krise verleiht.

Georgios Toussas (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, die tödlichen Angriffe seitens der deutschen Truppen, die neben den Vereinigten Staaten von Amerika, der Europäischen Union und der NATO zur den Besatzungsmächten in Afghanistan gehören, während des Angriffs vom 4. September 2009 in der Kundus-Region arteten zu einem Gemetzel mit über 135 zivilen Todesopfern und Dutzenden Verletzten, darunter viele Kinder, aus und stellen Kriegsverbrechen gegen das afghanische Volk dar.

Der Angriff richtete sich natürlich nicht gegen die Taliban; sondern gegen 500 Zivilisten. Die täglichen Gewaltakte, die Organisation gewalttätiger und korrupter Wahlen zur Einsetzung von Marionetten der Besatzer in Afghanistan, und die Armut und das Elend der afghanischen Bevölkerung: All das zeigt, dass die imperialistischen Angriffe durch die Vereinigten Staaten von Amerika, die Europäische Union und die NATO in diesem besetzten Land – und einer ganzen Reihe anderer Länder – unter dem Deckmäntelchen des Kampfes gegen den Terrorismus für die Menschen dramatische Auswirkungen haben.

Die Aussagen des neuen NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen und von EU-Außenministern zielen nur auf eines ab: die Angriffe auf die Bevölkerung fortzusetzen. Die Menschen in allen Ländern und allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen verlangen und darauf bestehen, dass die Truppen die besetzten Länder verlassen und in ihr eigenes Land zurückkehren.

Gerard Batten (EFD). – Herr Präsident, am 2. Oktober werden die Iren ein Referendum über den Vertrag von Lissabon abhalten. Der Vertrag von Lissabon ist nahezu identisch mit der

Europäischen Verfassung, die von den Franzosen und den Holländern klar abgelehnt wurde. Der Vertrag von Lissabon wurde von den Iren bereits einmal abgelehnt, aber ein „Nein“ ist nie die richtige Antwort, wenn es um die Europäische Union und um weitere politische Integration geht. Und so sind die Iren gezwungen, ein weiteres Referendum abzuhalten, um die einzige von der Europäischen Union akzeptierte Antwort zu geben, nämlich „Ja“.

Die Europäische Union zerstört die Demokratie ihrer Mitgliedstaaten. Die EU gründet auf Entstellung, Täuschung und Lügen. Den Briten wird ein Referendum von unserer verachtenswerten Regierung und den Politikern verwehrt, weil sie genau wissen, dass das Ergebnis ein einhelliges „Nein“ wäre. Doch gleich, welches das Ergebnis in Irland sein wird, Großbritannien wird eines Tages die Europäische Union verlassen und seine nationale Unabhängigkeit wiedererlangen. Ich bin stolz darauf, mein Amt zu nutzen, um für den bedingungslosen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union zu werben.

Der Präsident. – Danke, Herr Batten. Ich habe Ihnen zusätzliche 14 Sekunden gewährt, obwohl Sie etwas Unrichtiges gesagt haben, nämlich dass der Vertrag von Lissabon dasselbe sei wie die Verfassung.

George Becali (NI). – (RO) Herr Präsident, ich möchte heute vor Ihnen von einem europäischen Projekt sprechen, das den Titel „Stimmen der Jugend“ trägt, und dessen Schirmherrschaft mir dankenswerterweise angeboten wurde. Ziel dieses Projekts, an dem Jugendliche aus sämtlichen Mitgliedstaaten teilnehmen, ist es, soziale Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, festzumachen und Lösungsansätze zu finden. Ich bitte nicht nur Sie, Herr Präsident, sondern auch den Präsidenten der Europäischen Kommission darum, sicherzustellen, dass wir den Vorschlägen, die sie uns unterbreiten, mehr Beachtung zu schenken. In diesen schwierigen Zeiten liegt es an uns, Europa und insbesondere den jungen europäischen Bürgerinnen und Bürgern klare Chancen zu bieten. Meine Generation hatte das Glück, in den Wiederaufbau eines geeinten Europas miteinbezogen zu werden. Junge Menschen stehen für das Europa von heute, aber vor allem für das Europa von morgen, und haben daher das Recht, es so zu gestalten wie sie es sich vorstellen. Vielen Dank, und möge Gott mit uns sein.

Der Präsident. Vielen Dank, auch für die Knappheit Ihrer Wortmeldung.

Csaba Sógor (PPE). – (HU) Als Inbegriff der zwei Diktaturen, die Europa im 20. Jahrhundert beherrschten, sind die Gespenster der links- bzw. rechtsextremen Ideologien zurückgekehrt und suchen die Europäische Union auch im 21. Jahrhundert heim. Da wird einem EU-Staatsbürger verboten, in ein anderes Land einzureisen. Die Bewegungsfreiheit dieses Menschen wird beschnitten. Ein Staat lässt 15 Staatsbürger einsperren, sie des Verrats bezichtigen und daran hindern, das Land zu verlassen, weil sie mit Gleichgesinnten beim Forum ungarischer Parlamentarier aus dem Karpatenbecken Fragen zum Thema Minderheiten besprechen wollen. In dem Land, um das es hier geht, werden Menschen bestraft, wenn sie in Krankenhäusern, auf Polizeirevier, in Altersheimen und in Entbindungsstationen nicht die offizielle Landessprache verwenden. Nicht einmal Einwanderer werden in der Europäischen Union so behandelt, wie diese allein gelassenen Menschen, die seit einem Jahrtausend in dieser Region leben, in der erst vor 17 Jahren ein neuer Staat gegründet wurde. Aus diesem Grund ist es wichtig, innerhalb der Europäischen Union ein einheitliches, in allen Ländern verbindliches Gesetz zum Schutz der Minderheiten einzuführen.

Arlene McCarthy (S&D). – Herr Präsident, ich möchte das Parlament darüber in Kenntnis setzen, dass der Justizminister des Vereinigten Königreichs vergangene Woche Michael Shields, einen meiner Wähler, begnadigte, und so wurde dieser nach viereinhalb Jahren, die er wegen einem von ihm nicht begangenen Verbrechen im Gefängnis verbracht hatte, freigelassen.

Die Begnadigung erfolgte aufgrund von Beweisen, die eindeutig zeigten, dass er sich moralisch und praktisch dieses Verbrechens nicht schuldig gemacht hatte. Er war 2005 innerhalb von weniger als acht Wochen verhaftet und eines brutalen Angriffs auf Martin Georgiev, einen bulgarischen Schriftsteller, beschuldigt und verurteilt worden, und dies trotz mangelnder forensischer Beweise, eines mangelhaften Identifizierungsverfahrens und eines unterzeichneten Geständnisses der Tat seitens eines anderen Mannes, Graham Sankey.

Ich möchte heute den Präsidenten Borrell und Pöttering und dem Petitionsausschuss des Parlaments für ihre Unterstützung von Michaels Kampagne für Gerechtigkeit danken. Dies ist jedoch noch nicht das Ende des Prozesses, und ich ersuche den Präsidenten und den Petitionsausschuss, Michaels Kampf für Gerechtigkeit auch weiterhin zu unterstützen und bei den bulgarischen Behörden zu intervenieren, damit diese unverzüglich das Beweismaterial neu überprüfen. Dies ist von elementarer Bedeutung, wenn wir all unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Vertrauen und Zuversicht in die rechtliche und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa vermitteln wollen.

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) Bankgeschäfte müssen beaufsichtigt werden. Dies ist die Position des Rates und der Europäischen Kommission. Die im Februar veröffentlichte Studie der Europäischen Kommission zum Verbraucherschutz offenbarte mehrere Negativtrends im Bankgeschäft. Als von der estnischen Bevölkerung gewählter Vertreter möchte ich Ihnen einige Beispiele aus meinem Land nennen, vor allem in Bezug auf zwei in Estland tätige schwedische Banken. Das Problem ist, dass diese Banken ihre Kunden in Estland anders behandeln als die in ihrem Ursprungsland. Sowohl die Preise für Bankdienstleistungen als auch die Zinssätze sind für estnische Kunden weitaus höher. Die Zinssätze zum Beispiel liegen in Schweden bei 0,21 %, in Estland hingegen bei 12,2 % – also 600 Mal höher.

Die Finanzkrise als Rechtfertigung für ungleiche Behandlung zu verwenden, ist nicht vereinbar mit den Werten der Europäischen Union. Ich möchte Schweden, das derzeit den Vorsitz der Europäischen Union innehat, fragen, was es dazu zu sagen hat, und wie lange dieses Verhalten seiner Banken in Estland noch anhalten soll.

Hans-Peter Martin (NI). - Herr Präsident! Wir brauchen eine Revolution der Demokratie, hatte ich gesagt. Und jetzt stehen wir vor einer Situation, die einen unhaltbaren Zustand für all diejenigen bedeutet, die in diesem Parlament aus freien Stücken nicht in einer politischen Fraktion repräsentiert sind.

Ich möchte das Präsidium ersuchen, in der Frage der Koordinatoren im Guten eine Lösung zu finden. Wir sind in diesem Zusammenhang diskriminiert, weil es uns in verschiedenen Ausschüssen nicht erlaubt ist, an Koordinatorensitzungen teilzunehmen, entsprechend aktiv zu sein. Ich würde gerne vermeiden helfen, dass infolge einer Klage beim Europäischen Gerichtshof – wie bereits infolge der Diskriminierungsklage aus dem Jahr 2001 – festgestellt wird, dass alle bis zu diesem Zeitpunkt getroffenen Koordinatorenentscheidungen nicht rechtens sind. Das würde nicht nur dem Parlament sehr schaden, sondern ist politisch auch unnötig.

Ich ersuche das Präsidium daher dringend, entsprechende Maßnahmen zu setzen, damit die Diskriminierung der Fraktionslosen in diesem Bereich ein Ende hat und man wieder zu den guten Arbeitsmethoden der letzten zehn Jahre zurückfindet.

Carlos Iturgaiz Angulo (PPE). – (ES) Herr Präsident, diesen Sommer ermordete die Terrororganisation ETA drei Menschen in Spanien – drei Menschen, die sich für Freiheit und Gerechtigkeit einsetzten: einen Beamten der Landespolizei und zwei Beamte der Zivilgarde. Ich möchte ihren Angehörigen unsere Solidarität und Unterstützung sowie unser Mitgefühl aussprechen.

Die ETA ist eine kriminelle Gruppierung, die in Europa keinen Platz hat, weil die Europäische Union keinen Raum für Radikalismus, Totalitarismus oder terroristische Morde bietet.

Das Europäische Parlament und alle anderen Gemeinschaftsorgane sollten daher weiterhin die ETA-Terroristen verurteilen und sich für die Beseitigung und Ausrottung dieses Geschwürs der Terrorangriffe durch die ETA und ihre Komplizen auf unserem Kontinent einsetzen.

Ich möchte in meiner ersten Rede in diesem ersten ordentlichen Plenum dieser Amtszeit des Europäischen Parlaments aller Opfer der ETA-Terroristen gedenken, die Terrororganisation ETA klar verurteilen und darum ersuchen, dass wir als Europäer, mit dem Gesetz auf unserer Seite, zusammenarbeiten, um die ETA und ihre Unterstützer auszusräuchern, zum Wohl des Baskenlandes, Spaniens und Europas.

Ioan Mircea Pașcu (S&D). – Herr Präsident, ich persönlich denke, dass die Zeit reif ist, unseren Ansatz in Bezug auf unsere Energieprobleme zu überdenken und den Fokus schrittweise von „Sicherheit der Energieversorgung“ – also der Sicherung unserer aktuellen Versorgung durch unbeständige Zulieferer – auf „sichere Energie“, im Sinne einer vollen Nutzung der fest in der Hand der EU befindlichen Energiequellen, verlagern.

Dazu müssen wir natürlich einige Zeit lang parallel Schritte in beide Richtungen setzen, bis der Schwerpunkt sich hin zur zweiten Strategie verschiebt, denn wenn Europa wirklich ein glaubwürdiger internationaler Akteur werden will, sollte es zuerst seine Energieversorgung im Griff haben. Sonst haben wir weiterhin nichts als eine Ansammlung nationaler Akteure, von denen jeder seine eigenen nationalen Interessen verfolgt, und werden der „Teile und beherrsche“-Taktik rücksichtsloser externer Zulieferer wehrlos ausgesetzt sein.

Chris Davies (ALDE). – Herr Präsident, vor sechs Monaten schockierte die Welle von Tod und Zerstörung, die Israel über Gaza brachte, die ganze Welt. Heute haben die Medien das Interesse daran verloren, aber der wirtschaftliche Belagerungszustand hält an. Weniger als ein Viertel der von der Bevölkerung benötigten Materialien und Versorgungsgüter gelangen durch die Checkpoints – insgesamt nicht mehr als 18 Artikel. Nichts für den Wiederaufbau, nichts für den Handel, nichts, das Arbeitsplätze schaffen oder Hoffnung bieten

könnte. Israel hält in Wahrheit eine halbe Million Menschen in einer Art Lager gefangen, das von Mauern und bewaffneten Posten umgeben ist.

Herr Präsident, ich bitte Sie, dem Präsidenten auszurichten, dass er so bald wie möglich den Gaza-Streifen besuchen sollte, um sich selbst ein Bild der Lage zu verschaffen. Falls er der Ansicht ist, dass eine derartige kollektive Bestrafung nicht akzeptabel ist, muss er sich im Namen der Unschuldigen zu Wort melden.

Elisabeth Köstinger (PPE). - Herr Präsident! Die Wirtschaftskrise hat die Produktion in der Landwirtschaft mit voller Härte erfasst. Vor allem die Situation in der Milchwirtschaft hat sich in den letzten 20 Monaten drastisch verschlechtert. Mit Preisen unter 21 Cent müssen die Landwirte ihre Milch unterhalb der Produktionskosten verkaufen. Das Überleben vieler bäuerlicher Familienbetriebe in der EU ist ernsthaft gefährdet, und viele können derzeit nur durch den Rückgriff auf persönliche Ersparnisse überleben, was eindeutig nicht tragbar ist.

Die von der Kommission vorgelegten Zahlen zeichnen ein dramatisches Bild des Preisverfalls bei Milch und Milchprodukten. Die Stützungsmaßnahmen für die Milchwirtschaft sind unerlässlich, um einen Kollaps der bäuerlichen Landwirtschaft zu verhindern. Qualität hat ihren Preis, aber das scheint im landwirtschaftlichen Sektor nicht mehr zu gelten. Derzeit steht der Erzeugerpreis in keiner Relation zum Verbraucherpreis.

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe brauchen dringend Marktstützungsmaßnahmen. Es geht darum, in Europa die Sicherheit der Versorgung mit Lebensmitteln zu gewährleisten. Wir dürfen vor allem auch nicht vergessen, dass Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Europa von einer funktionierenden Landwirtschaft abhängig sind.

Joanna Senyszyn (S&D). - (PL) Herr Präsident, morgen wird sich Herr Barroso an uns wenden, damit wir seinen Antrag auf eine zweite Amtszeit unterstützen. Ich möchte das Parlament daran erinnern, dass polnische Schiffswerftarbeiter wiederholt bei der Kommission Maßnahmen zur Rettung ihrer Arbeitsplätze einforderten. Ihnen wurde nicht geholfen, da die Kommission unter der Leitung von Herrn Barroso ein absolutes Desinteresse für die Probleme der arbeitenden Bevölkerung an den Tag gelegt hat. Tausende polnische Schiffswerftarbeiter leiden immer noch unter den schmerzhaften Folgen der unsozialen Politik der Kommission für ihre Gemeinschaften. Wir täten gut daran, uns zu erinnern, dass wir in dieses Parlament gewählt wurden, um die Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, und doch ist dies weder die Art von Politik noch die Art von Gemeinschaft, die sich unsere Wähler erwarten.

Wenn wir Herrn Barroso unterstützen, wird sich nichts ändern. Die Aktivitäten und Gesetzesanträge der Kommission werden sich mehr und mehr von den Bedürfnissen Europas entfernen. Wir müssen einen Präsidenten und Kommissare benennen, die sicherstellen, dass soziale Ziele mehr Gewicht haben als wirtschaftliche. Wir müssen uns für ein soziales Europa entscheiden, in dem das Schicksal der Arbeiter genauso wichtig ist wie der Profit. Meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht von schönen Worten verführen lassen, die in Wahrheit nur eine rücksichtslose und unmenschliche rechte Politik verschleiern sollen.

Bill Newton Dunn (ALDE). - Herr Präsident, ich möchte den Fall von Herrn John Zafiropoulos vorbringen, der sich in Griechenland in Haft befindet. Seine Familie, die zu meinen Wählern gehört, ist von seiner Unschuld überzeugt. Zu Beginn dieses Jahres schrieb ich dem Justizminister in Athen und brachte den Fall zur Sprache. Ich erhielt keine Antwort, weswegen ich im Mai in einer Ausführung von einer Minute dieses Parlament darauf aufmerksam machte. Sofort nach meiner Rede kam die ständige Vertretung Griechenlands in mein Büro gestürmt und versprach mir eine unverzügliche Antwort vom Minister höchstpersönlich. Vier Monate später: noch immer nichts.

Für den Fall, dass die ständige Vertretung Griechenlands sich gerade in dieser Versammlung befindet und zuhört, möchte ich meine Verwunderung und Betroffenheit darüber kundtun, dass nichts geschehen ist. Könnten Sie mir bitte eine Antwort des Ministers beschaffen und sich den Fall von Herrn John Zafiropoulos noch einmal näher ansehen?

Ioannis Kasoulides (PPE). - Herr Präsident, während der türkischen Invasion in Zypern 1974 fotografierte ein türkischer Journalist 14 zyprische Soldaten dabei, wie sie sich der türkischen Armee ergaben. Dieses Bild wurde zum Symbol für die Suche nach Vermissten. Die sterblichen Überreste der Soldaten wurden vor wenigen Wochen mittels DNA-Analysen identifiziert, nachdem sie vor 35 Jahren getötet und im besetzten nördlichen Teil der Insel in einen Brunnen geworfen worden waren. Dies beweist die himmelschreiende Missachtung des Genfer Abkommens durch die türkische Armee, die für die Menschen, die sich ihnen ergaben und zu ihren Gefangenen wurden, verantwortlich war.

Ich bitte dieses Parlament inständig darum, die Türkei aufzufordern, mit dem UN-Ausschuss für die Vermissten zusammenzuarbeiten, ihre Unterlagen offenzulegen und zwei kürzlich deklarierte Areale in Lapithos, so genannte „militärische Zonen mit beschränktem Zugang“ zu öffnen, wo Vermutungen nach rund 800 Gefangene vergraben liegen.

Derek Vaughan (S&D). – Herr Präsident, dieses Parlament wird viele wichtige Debatten und Entscheidungen in puncto Haushaltsfragen zu bestreiten haben. Derzeit liegt ja noch der Haushaltsplan für 2010 vor uns, und es gibt noch viele Dinge, die geklärt werden müssen, bevor wir ihn beschließen können. Dieses Parlament wird also bald damit beginnen, die neue finanzielle Vorausschau für die Zeit nach 2013 zu besprechen.

Da ist aber auch noch die Halbzeitüberprüfung des Haushalts, und es scheint mir, als hätten wir dies beinahe vergessen. Das sollten wir jedoch nicht, weil sie uns viele Chancen für die Zukunft eröffnet. Sie wird uns die Chance geben, uns wieder auf unsere Prioritäten zu besinnen. Sie wird uns zum Beispiel die Chance geben, mehr in ein neues Aufbauprogramm für die europäische Wirtschaft zu investieren. Sie wird vielleicht auch die Gelegenheit zu einer zusätzlichen Finanzierung von Maßnahmen bieten, die das Gipfeltreffen in Kopenhagen Ende des Jahres hervorbringen wird.

Ich finde, dieses Parlament sollte seine Ziele nicht aus den Augen verlieren. Es sollte vielmehr weiterhin den Rat und die Kommission drängen, sich wieder auf die Halbzeitüberprüfung zu konzentrieren und uns die Möglichkeit zu geben, unsere Prioritäten vorzubringen.

Pál Schmitt (PPE). – (HU) Redefreiheit, Herr Präsident, einschließlich der Freiheit, die Sprache Ihrer Wahl zu verwenden, ist ein wesentliches Menschenrecht. Eine Sprache ist ein bedeutendes Symbol für die Menschen, die sie verwenden, die Grundlage ihrer Identität. Jeder, der so von der eigenen Sprache denkt, muss auch der Sprache jeder anderen Gemeinschaft mit Achtung begegnen. Und doch wurde eine der Amtssprachen der EU, nämlich Ungarisch, vor kurzem in der Slowakei auf eine Art, die in absolutem Widerspruch zur europäischen Denkweise steht, unter Beschuss genommen. Das Sprachengesetz in diesem Land ist eine Verletzung des Rechts der eine halbe Million umfassenden ungarischen Gemeinschaft auf die Verwendung ihrer eigenen Sprache. In einigen Fällen kann sogar eine Geldstrafe über 5 000 EUR verhängt werden.

Die Europäische Union steht unter dem Zeichen der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, und vor diesem Hintergrund wurde sogar ein Kommissar für Mehrsprachigkeit eingesetzt. Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, die auch von der Slowakei unterzeichnet wurde, stellt sicher, dass Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, auf allen Ebenen ihrer Ausbildung, in Verwaltungsangelegenheiten, in öffentlichen Einrichtungen und in offiziellen Dokumenten ihre Muttersprache zu verwenden. Diese einzige Stütze der Gemeinschaftsorgane darf nicht schweigen und zulassen, dass ein Mitgliedstaat auf derartig unverfrorene Weise grundlegende EU-Vorschriften missachtet und die Minderheitenrechte angreift.

Bogusław Liberadzki (S&D). – (PL) Vor einigen Monaten wurde im Parlament die Situation der polnischen Schiffsbauindustrie erörtert. Es kam zu einer Einigung. Herr Schulz, der Vorsitzende unserer Fraktion, bekräftigte in unserem Namen, dass das Parlament nicht zulassen würde, dass zehntausende Arbeitsplätze in den Schiffswerften gekürzt und die Maßnahmen zu ihrer Unterstützung beseitigt werden. Herr Schulz bestätigte ferner, dass das Parlament sich nicht mit der Stilllegung dieses Sektors in Polen oder mit der daraus resultierenden Schmälerung der industriellen Kapazitäten Europas einverstanden erklärte.

Seither sind sechs Monate vergangen und die Situation sieht wie folgt aus. Die Regierung war nicht in der Lage, die Schiffswerften zu privatisieren, die Kommission hat die Stellungnahme des Parlaments in keiner Weise berücksichtigt, die Werften produzieren nicht, die Zukunft ist ungewiss, Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren und befinden sich in der Schwebelage. Es ist wohl für alle offensichtlich, dass die Kommission über keinerlei Plan für die europäische Industriepolitik verfügt, und es nicht geschafft hat, zu erkennen, dass Schiffe in der Vergangenheit gebraucht wurden und dass sie heute und auch in Zukunft noch gebraucht werden.

Tunne Kelam (PPE). – Herr Präsident, der 23. August 2009 war der Jahrestag des berühmt-berüchtigten Hitler-Stalin-Pakts, der Europa teilte. Ich finde, dass dieser ein schockierendes Beispiel dafür ist, wie sehr sich scheinbar diametral entgegengesetzte politische Extreme einander annähern können. Sowohl Moskau als auch Berlin waren der Ansicht, dass als erster Schritt die demokratische Ordnung Europas zu Fall gebracht werden musste. Sowohl Moskau als auch Berlin strebten die Weltherrschaft an. Wir sollten daher nie vergessen, dass es zwei Diktatoren waren, die den zweiten Weltkrieg auslösten.

Stalin erklärte seinen Genossen vier Tage vor der Unterzeichnung dieses Paktes seine Beweggründe: „Es ist im Interesse der Sowjetunion, dass Krieg zwischen dem deutschen Reich und dem kapitalistischen

englisch-französischen Block ausbricht. Es muss alles daran gesetzt werden, dass der Krieg so lange wie möglich dauert, damit beiden Seiten die Kraft ausgeht. Dann werden wir ausreichend Spielraum haben, um die Weltrevolution vorzubereiten.“

Ich möchte an die Entschließung der Mitglieder des Europäischen Parlaments vom letzten April erinnern, mit der gefordert wurde, dass der 23. August zum europäischen Gedenktag für die Opfer sämtlicher totalitärer Regimes ausgerufen wird.

Boris Zala (S&D). – (SK) Sowohl in der vergangenen als auch in der laufenden Sitzungsperiode des Parlaments haben wir zahlreiche Reden ungarischer Abgeordneter gehört, in denen das slowakische Sprachengesetz kritisiert wurde. Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie alle Unterlagen mit unterschiedlichen Argumenten erhalten haben, von denen der Großteil, um es einfach heraus zu sagen, auf Fehlinterpretationen, Verfälschungen oder sogar vorsätzlichen Lügen aufbaut.

Das slowakische Sprachengesetz steht voll im Einklang mit allen Menschenrechtsfragen und mit dem Recht zum Schutz der Minderheitensprachen. Meiner Meinung nach verfolgen die ungarischen Abgeordneten eine äußerst gefährliche Politik der gezielten und direkten Heraufbeschwörung des Extremismus, und zwar sowohl in Ungarn als auch in seinen Nachbarländern. Ich denke, sie sollten sich darüber klar werden, dass diese Strategie große Gefahren birgt und dass sie, wie wir heute bereits gehört haben, etwas gegen diese Verfälschungen unternehmen müssen.

Alojz Peterle (PPE). – (SL) Ich habe von einer Vielzahl slowenischer und italienischer Bürgerinnen und Bürger Anfragen erhalten mit der Bitte, das Parlament auf das Vorhaben Italiens, am Golf von Triest einen Gasterminal zu errichten, aufmerksam zu machen.

Ich teile die Besorgnis der slowenischen und italienischen Umweltorganisationen hinsichtlich der potenziellen Belastung durch diesen Gasterminal für ein Gebiet, dessen Umwelt jetzt schon stark gefährdet ist. Ich denke dabei an die Gewässer des Golfs von Triest und seines weiten städtischen Hinterlands. Die besagten Organisationen haben auch Zweifel hinsichtlich der Verlässlichkeit der bei der Umweltverträglichkeitsprüfung vorgelegten Dokumente geäußert.

Ich fordere die italienische und die slowenische Regierung zur Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit auf, im Sinne des von ihnen im September des letzten Jahres unterzeichneten Memorandums. Mit anderen Worten: Ich fordere sie auf, bei den Umweltverträglichkeitsprüfungen für den nördlichen Adriaraum bzw. den Golf von Triest zusammenzuarbeiten. Ich hoffe auch, dass die beiden Regierungen nach Abschluss einer solchen Prüfung beschließen, sich auf einen geeigneteren Standort für diesen Gasterminal als den Golf von Triest zu einigen.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – (F) Herr Präsident, ich stimme meiner Kollegin aus Estland, Frau Oviir, zu: Die Wirtschaftskrise ist noch lange nicht überwunden. Durch ganz Europa zieht sich ein seltsamer Optimismus, obwohl die Arbeitslosigkeit im Anstieg begriffen ist, Volkswirtschaften sich immer mehr verschulden, die Bevölkerung zunehmend älter wird und damit eine Art dreifaches Unheil über Europa hereinzubrechen droht. All dessen zum Trotz wurde die Rezession für überwunden erklärt. Es wird derzeit an einer Ausstiegsstrategie gearbeitet, als bräuchten wir uns um die Strategie für den Wiederaufschwung nicht mehr zu kümmern. Europa ging die Strategie für den Wiederaufschwung und die Wirtschaftskrise anfangs sehr gut und vorbildlich an, die Vereinigten Staaten von Amerika konnten sogar von uns lernen und folgten dem Beispiel Europas, doch dann verliefen unsere Bemühungen völlig im Sand. Dieser falsche Optimismus führt darüber hinaus zu den falschen Lösungen. Die Gefahr der Wirtschaftskrise ist noch nicht gebannt.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Die Gründung des Bündnisses für europäische Integration infolge der vorgezogenen, im Juli 2009 abgehaltenen Wahlen, bekräftigt erneut das Engagement der Bürgerinnen und Bürger der Republik Moldau im Hinblick auf Europa. Damit wurde ein sehr wichtiger Schritt getan, den die Republik Moldau und die Europäische Union auf keinen Fall falsch handhaben dürfen.

Die politische Lage ist immer noch nicht stabil. Der Erfolg des Bündnisses und in weiterer Folge einer demokratischen Republik Moldau hängt daher zu einem beträchtlichen Teil von der Unterstützung durch die europäischen Partner ab. Die Republik Moldau hat sich vorgenommen, einen pro-europäischen Kurs einzuschlagen. Die Aufgabe der Europäischen Union ist es, sie auf diesem Kurs zu unterstützen.

Die Entscheidung der moldawischen Bevölkerung für Europa wird nun auch auf politischer Ebene deutlich. Wir müssen daher dem Bündnis für europäische Integration in der Republik Moldau unsere uneingeschränkte Unterstützung zukommen lassen, da es ihre einzige Chance ist, zwar schrittweise, aber doch relativ schnell,

Teil der europäischen Familie zu werden. Ich rufe die Europäische Kommission auf, so bald wie möglich die Unterzeichnung eines neuen Abkommens mit der Republik Moldau auszuhandeln, und alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, damit dieses Land aus seiner schwierigen finanziellen Lage ausbrechen kann.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Die Europäische Union verliert all ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie bei Menschenrechtsverletzungen außerhalb der EU interveniert, aber bei einem schweren Fall, wie dem, der kürzlich in der Slowakei eintrat, schweigt, als nämlich die Verabschiedung des nationalen Sprachengesetzes starke Spannungen zwischen den Mehrheits- und Minderheitsgemeinschaften auslöste.

Die Minderheitensprache wurde der Mehrheitssprache untergeordnet, so wie es auch Herr Vollebaek, der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE, formulierte. Ich möchte gegenüber meinem Kollegen Boris Zala betonen, dass es uns lieber gewesen wäre, dieses Thema nicht vor das Europäische Parlament bringen zu müssen. Ich tue dies nur aufgrund der Tatsache, dass in der Slowakei ein Gesetz in Kraft getreten ist, das die Verwendung der Minderheitensprache beträchtlich einschränkt und eine Diskriminierung der ungarischen Gemeinschaft vor Ort darstellt. Daher wird es, wie auch Leonard Orban in seinem Brief feststellte, die Aufgabe der nächsten Kommission und Herrn Barrosos sein, Foren zur Untersuchung dieser Fälle einzurichten. Die Slowakei muss ihre internationalen Verpflichtungen, das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen einhalten.

Piotr Borys (PPE). – (PL) Herr Präsident, ich habe um das Wort gebeten, um mich über den Afghanistaneinsatz zu äußern. Dieses Thema ist für alle Beteiligten sehr heikel. Betroffen sind sowohl die NATO als auch die Europäische Union. Ich möchte hauptsächlich die Notwendigkeit humanitärer, sozialer und wirtschaftlicher Unterstützung für die afghanische Bevölkerung unterstreichen, die 30 Jahre lang unter den Auswirkungen des Krieges zu leiden hatte. Ich spreche dieses Thema vor dem Hintergrund der Eskalation von Gewalt an, die anlässlich der Präsidentschaftswahlen zu zahlreichen Angriffen auf Soldaten führte. Wie wir alle wissen, wurden diese Angriffe im Vorfeld der Wahlen immer häufiger und gewalttätiger. Solche Hilfsmaßnahmen sind vor allem zur Vertrauensbildung und für den Wiederaufbau des Landes sehr wichtig.

Hauptmann Daniel Ambroziński der polnischen Streitkräfte ließ vor kurzem in Afghanistan sein Leben. Wie es scheint, war sein Tod vor allem auf die Schwäche der afghanischen Polizei- und Streitkräfte zurückzuführen, die sich bestechen ließen. Es ist allgemein bekannt, dass sich die afghanische Armee und Polizei in einer schwierigen finanziellen Lage befinden. Medienberichten zufolge können afghanische Soldaten von Glück reden, wenn sie 20 US-Dollar verdienen. Die Maßnahmen auf militärischer Ebene müssen mit sozialen, humanitären und wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen einhergehen.

Der Präsident. – Zwanzig Sekunden für Herrn Kelly für eine ganz knappe Replik.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, ich möchte nur kurz festhalten, dass heute Abend ein britischer Kollege eine unrichtige und etwas herablassende Bemerkung hinsichtlich des Vertrags von Lissabon in Irland fallen ließ. Irland wurde von niemandem gezwungen, ein zweites Mal über Lissabon abzustimmen. Es war eine Entscheidung, die das irische Parlament selbstständig traf, und die von der irischen Bevölkerung selbstständig umgesetzt wird. Seit wir 1922 unsere Unabhängigkeit von Großbritannien erlangt haben, wurden wir von niemandem mehr zu etwas gezwungen.

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, wir haben innerhalb von 45 Minuten 39 Reden gehört. Ich denke, das ist eine reife Leistung – es war eine gute Aussprache – und ich wünsche vor allem jenen unter ihnen, die zum ersten Mal hier das Wort ergriffen haben, weiterhin alles Gute. Es ist besonders wichtig, dass die Kommission die hier gemachten Kommentare berücksichtigt, sonst wäre unser Parlament nichts als ein Ort, an dem Dampf abgelassen wird. Die Kommission hat alles aufmerksam verfolgt. Ich habe bemerkt, dass die Kommissare sehr aufmerksam waren, sie werden daher die Äußerungen sämtlicher Abgeordneter sicherlich nicht unbeachtet lassen.

20. Umstrukturierung der europäischen Automobilindustrie, insbesondere der Fall Opel (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Erklärung der Kommission zur Umstrukturierung der europäischen Automobilindustrie, insbesondere der Fall Opel.

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie mir heute die Gelegenheit geben, zur Situation in der europäischen

Automobilindustrie Stellung zu nehmen, um Sie über einige Aspekte unserer europäischen Antwort auf die Krise und auf die Entwicklungen um die General Motors Gruppe zu informieren. Ich werde dabei zu den industriepolitischen und sozialen Aspekten Stellung nehmen, meine Kollegin Neelie Kroes wird den beihilferechtlichen Teil übernehmen.

12 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben direkt bzw. indirekt einen Arbeitsplatz, der von den europäischen Automobilherstellern abhängt. Deshalb hat sich die Kommission bereits im Oktober 2008 mit allen Beteiligten – Mitgliedstaaten und Sozialpartner eingeschlossen – im Rahmen des CARS-21-Prozesses zusammengesetzt, um ein gemeinsames Vorgehen zur Krisenbewältigung zu erörtern. Auf diesem Treffen wurde über die Abwrackprämien und über zusätzliche Finanzhilfen der EIB gesprochen, um diesen beschäftigungspolitisch wichtigen Sektor nicht im Krisenstrudel untergehen zu lassen.

Wir müssen auch deshalb handeln, damit unsere gesetzlichen Vorgaben zur Reduzierung von CO₂-Emissionen bei Pkw bis zum Jahr 2012 durch die Krise nicht gefährdet werden. Ich werde darauf noch zurückkommen. Aus Besorgnis über die Entwicklungen um General Motors hatte die Kommission bereits im Januar dieses Jahres ein politisches Treffen aller Mitgliedstaaten einberufen, um Transparenz zu schaffen, um die Einhaltung europäischer Vorschriften zu garantieren. Drei derartige Treffen haben inzwischen stattgefunden. In diesen Treffen wurden gemeinsame politische Verabredungen im Kreis der 27 getroffen und auch publik gemacht.

Es wurde erstens verabredet, dass die Treuhandlösung unter deutscher Koordinierung der richtige Weg ist, um General Motors Europe vor einer Insolvenz des amerikanischen Mutterkonzerns zu schützen. Wir können heute sagen, diese Treuhandlösung hat verhindert, dass die europäischen Automobilwerke von General Motors mit in die Insolvenz gerissen wurden.

Es wurde zweitens verabredet, dass die Treuhandlösung keine Vorabentscheidung zugunsten eines Bieters bedeutet. Was die Auswahl eines Bieters betrifft, hat die Kommission von Anfang an erklärt, dass sie neutral sein wird, sonst kann die Kommission ihre Rolle als Hüterin der Verträge nicht erfüllen.

Es wurde ferner verabredet, dass alle nationalen Schutzmaßnahmen voll mit den Bestimmungen des EG-Vertrags für staatliche Beihilfen und den Binnenmarkt übereinstimmen müssen. Staatliche Beihilfen dürfen demzufolge nicht von politischen Bedingungen wie dem Ort der Investitionen abhängig gemacht werden. Der EU-Vertrag hat für ökonomischen Nationalismus keinen Platz. Öffentliche Gelder dürfen nur ausnahmsweise und nur dort eingesetzt werden, wo zukunftsfähige wirtschaftliche Strukturen mit zukunftsfesten Arbeitsplätzen entstehen. Alle Entscheidungen müssen allein der wirtschaftlichen Rationalität folgen, aber zu den beihilferechtlichen Fragen wird – wie gesagt – Neelie Kroes im Anschluss ausführlich Stellung beziehen.

Die Tatsache, dass GM 35 % der Aktien behalten wird, ist ein klarer Hinweis darauf, dass GM auf den wirtschaftlichen Neuanfang seiner ehemaligen europäischen Tochter setzt. Ich begrüße es außerdem, dass zehn Prozent der Anteile in den Händen der Arbeitnehmer bleiben. Die Kommission ist seit Januar 2009 sowohl auf Arbeitsebene als auch auf politischer Ebene im Gespräch mit allen Beteiligten. Alle Mitgliedstaaten – und am heutigen Tag auch der flämische Ministerpräsident – begrüßen und unterstützen die Position der Kommission zur Zukunft von General Motors Europe. Die Kommission hat alle Instrumente, um die Einhaltung aller Verabredungen durchzusetzen. Ich betone noch einmal: Wir werden nicht zulassen, dass das Geld von Steuerzahlern kurzfristigen politischen Erwägungen folgt und nicht langfristigen Standort- und Arbeitsplatzinteressen. Sicherlich ist vielen in Zeiten der Krise das Hemd näher als der Rock. Als Sozialkommissar hoffe ich dennoch, dass Magna zusammen mit GM und New Opel eine europäische Lösung finden wird.

Die Diskussion um die Zukunft von General Motors Europe darf uns den Blick dafür nicht verstellen, dass die Lage auf dem europäischen Automobilmarkt insgesamt dramatisch ist. Bereits vor der Krise gab es Überkapazitäten. Die Lage hat sich durch die Krise weiter verschärft. Im letzten Quartal 2008 fiel die Zahl der Zulassungen um nahezu 20 %, und für das Jahr 2009 erwarten wir einen Rückgang von 11 %. Die Abwrackprämie, die zwölf Mitgliedstaaten beschlossen haben, hat den freien Fall nach unten gestoppt – aber nur auf dem Pkw-Markt.

Wir haben bereits im Januar 2009 auf die extrem schwierige Situation im gesamten Lkw-Sektor aufmerksam gemacht. Die Verkaufszahlen sind katastrophal. Es sind keine Zeichen für eine Besserung in Sicht. Dies hat gravierende Auswirkungen auf den gesamten Zulieferbereich. Die allererste Verantwortung zur Bewältigung der Krise liegt selbstverständlich bei der Automobilindustrie selbst. Zum Schutz der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben die EIB, die Mitgliedstaaten und die Kommission im Rahmen der Möglichkeiten finanzielle Hilfe geleistet, um die sozialen Folgen in der Branche abzufedern.

Der von der Kommission zwei Jahre vor der Krise beschlossene Europäische Globalisierungsfonds hat in den vergangenen zwei Jahren sieben Anträge aus der Automobilbranche in sechs Ländern erhalten. Mit etwa 40 Mio. EUR helfen wir über 7 000 Arbeitnehmern zurück in den Arbeitsmarkt. Wir haben zudem ein Forum angeboten, um über die nächsten notwendigen Restrukturierungsschritte, die in einer sozial verträglichen Weise erfolgen müssen, zu sprechen. Wir begrüßen, dass viele Automobilhersteller durch Kurzarbeit und andere Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung – zumeist von den Sozialpartnern ausgehandelt – einen dramatischen Abbau von Arbeitsplätzen verhindern konnten.

Über die langfristige Perspektive der europäischen Autoindustrie besteht Einigkeit zwischen allen Beteiligten: In Europa müssen die fortschrittlichsten Automobile der Welt gebaut werden, d. h. die saubersten, die energieeffizientesten und die sichersten. Aus dieser Strategie ergibt sich die Notwendigkeit eines Sprungs nach vorne in der Automobiltechnik. Wir helfen dabei über die EIB und das 7. Forschungsrahmenprogramm. Die Kommission wird auch weiterhin alles tun, um dieser europäischen Schlüsselindustrie und den in ihr Beschäftigten verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten.

Neelie Kroes, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich werde heute über die öffentliche Finanzierung von Opel/Vauxhall durch eine oder mehrere europäische Regierungen sprechen.

Wie Sie wissen, erklärte vergangenen Dienstag die Opel-Treuhandgesellschaft, in der General Motors (GM) und die deutschen Behörden gleichermaßen vertreten sind, dem Verkauf eines Großteils der Opel Europa/Vauxhall-Aktien durch General Motors an das Konsortium Magna International/Sberbank zugestimmt zu haben. Diese Entscheidung der Besitzer Opels wurde von der deutschen Bundesregierung unterstützt. Die deutsche Bundesregierung sagte zu, dem neuen Opel-Unternehmen eine Staatshilfe von 4,5 Mrd. EUR zu gewähren, mit der Möglichkeit der Beteiligung anderer europäischer Regierungen.

Herr Präsident, die Kommission hat während der Verhandlungen, die zu dieser Transaktion führten, Kontakt zu allen betroffenen Mitgliedstaaten gehalten, und ist sich auch der Kontroversen hinsichtlich der jeweiligen Vorteile der Umstrukturierungspläne der verschiedenen Bieter bewusst, sowie der öffentlich geäußerten Zweifel gewisser Mitglieder der Opel-Treuhandgesellschaft.

Was die Finanzierung der GM/Magna-Transaktion durch die öffentliche Hand betrifft, wurden wir darüber in Kenntnis gesetzt, dass die deutsche Bundesregierung aller Voraussicht nach ein bereits existierendes und gebilligtes Programm unter der vorübergehenden Rahmenregelung der Kommission für staatliche Beihilfen zum besseren Zugang zu Finanzierung während der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise anwenden wird.

Herr Präsident, ich habe vor, genau zu überprüfen, ob dieses Programm in diesem Fall angewandt werden kann, und Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass ich derzeit noch keine Stellungnahme dazu abzugeben im Stande bin, da die Vereinbarung noch nicht abgeschlossen wurde und ferner immer noch Verhandlungen über einer Reihe anderer Aspekte im Gange sind. Aber es ist zum jetzigen Zeitpunkt wichtig, dass ich Ihnen die wichtigsten Punkte darlege. Ich muss insbesondere unterstreichen, dass unter der vorübergehenden Rahmenregelung staatliche Beihilfen *de jure* oder *de facto* nicht von zusätzlichen Bedingungen bezüglich Ort der Investitionen oder geographische Verteilung des Umstrukturierungsprozess abhängig sein dürfen. Solche Bedingen würden zu einer – soviel ist klar – unzulässigen Verzerrung auf den Binnenmärkten führen und könnten ein Wettrennen um Beihilfen auslösen, das die europäische Wirtschaft in der aktuell sehr heiklen Lage erheblich schädigen würde. Wenn die Umstrukturierung eines europäischen Unternehmens von an staatliche Beihilfen geknüpften nichtkommerziellen Auflagen abhinge, bestünde für das Unternehmen das Risiko, sein Überleben nicht langfristig sichern zu können, und ein solches Risiko ist angesichts der aktuell schwierigen Lage der europäischen Automobilindustrie umso größer. Die europäische Automobilindustrie leidet, wie wir alle wissen, an einer beträchtlichen Überkapazität. Eine missglückte Umstrukturierung würde dem Unternehmen und seinen Arbeitnehmern daher großen Schaden zufügen, negative Auswirkungen auf den gesamten Sektor haben und eine Verschwendung der Gelder der Steuerzahler bedeuten. Bei der Überprüfung des Falles Opel werde ich mich auf all diese Punkte stützen.

Ich werde überprüfen, ob an die staatlichen Beihilfen, sei es *de jure* oder *de facto*, nichtkommerzielle protektionistische Bedingungen gekoppelt sind, und die Kommission wird nicht nur die rechtlichen Bedingungen untersuchen, die an ein finanzielles Hilfspaket gebunden sein könnten, sondern auch den gesamten Kontext, innerhalb dessen die Beihilfen gewährt werden. Ich werde besonderes Gewicht darauf legen, herauszufinden, ob die deutschen Behörden sich bei der Gewährung von Staatshilfe tatsächlich auf einen einzigen Interessenten konzentriert haben und, falls ja, herauszufinden, weshalb der Geschäftsplan dieses Bieters ihrer Ansicht nach industriell und kommerziell den anderen vorzuziehen war.

Auf kurze Sicht – das ist leider eine traurige Tatsache – wird jeglicher Plan für die Sanierung der Rentabilität von Opel/Vauxhall aufgrund der aktuellen Überkapazitäten der Automobilindustrie den Verlust von Arbeitsplätzen innerhalb des Unternehmens als Ganzem und voraussichtliche Schließungen erfordern. Sämtliche Pläne zur Rettung von Opel/Vauxhall, die von den verschiedenen potenziellen Investoren vorgelegt wurden, sehen Schließungen und Stellenstreichungen vor. Eine soziale Umstrukturierung ist jedoch der einzige Weg zur Gewährleistung dauerhafter und stabiler Arbeitsplätze in der Zukunft, und die Kommission kann und sollte weder vorschreiben, wo die Kürzungen vorgenommen werden, noch versuchen, sie zu verhindern. Wir werden den Prozess jedenfalls eingehend prüfen, um sicherzustellen, dass er auf kommerziellen Überlegungen zur Erhaltung dauerhafter Arbeitsplätze fußt, und nicht auf protektionistischen Beweggründen.

Werner Langen, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Für die EVP-Fraktion möchten wir ausdrücklich begrüßen, dass Herr Kommissar Špidla bestätigt hat, dass die europäischen Behörden an diesem langwierigen Prozess des Eigentümerwechsels eines Automobilunternehmens in drei Punkten beteiligt waren.

Zweitens: Ich stimme mit der Kommissarin darin überein, dass die Prüfung auf nichtkommerzielle Gesichtspunkte exakt vorgenommen werden muss. Aber ich habe die Bitte, dass die Kommission das mit der notwendigen Schnelligkeit macht. Es muss nicht unbedingt so schnell sein wie bei der Übernahme von niederländischen und belgischen Banken innerhalb von 24 Stunden, während man bei deutschen Banken 24 Monate braucht, aber ich bitte schon darum, dass diese Prüfung schnell und zielgerichtet vonstatten geht.

Drittens: Es ist richtig, dass es auf dem Markt Überkapazitäten gibt, und zwar von gewaltigen Ausmaßen. Im Jahr 2007 wurden weltweit 58 Millionen Pkw verkauft, und die Kapazitäten betrugen 72 Millionen. Das heißt, die Umstrukturierung der Branche – auch im Hinblick auf umweltfreundlichere Fahrzeuge – ist in vollem Gange, und es sind insbesondere die Hersteller großer Fahrzeuge betroffen.

Opel ist erkennbar kein Hersteller großer Fahrzeuge, sondern energiesparsamer Fahrzeuge. Opel hat Probleme gehabt, Verluste gemacht. Die Automobile sind leistungsfähig, sie sind technologisch anspruchsvoll, und ich bin sicher, dass diese Firma – auch wenn sie als alleinstehende Firma nicht die Marktgröße der großen Giganten am Markt hat – eine Überlebenschance hat, wenn es gelingt, diesen Umstrukturierungsplan durchzusetzen.

Was die Umstrukturierung angeht, habe ich in der Presse gelesen, das sei nur auf einen Standort bezogen. Nach meinen Daten

(Der Präsident unterbricht den Redner.)

Der Präsident. Herr Langen, ich bitte um Entschuldigung, Herr Méndez de Vigo möchte das so genannte Verfahren der „blauen Karte“ anwenden, um eine Frage, eine Replik an Sie zu richten. Wenn Sie einverstanden sind, erteilen wir Herrn Méndez de Vigo das Wort, andernfalls können Sie fortfahren.

Ihre Redezeit wird natürlich nachgeholt. Sie erhalten zusätzliche 30 Sekunden.

Íñigo Méndez de Vigo (PPE). – (ES) Herr Präsident, Herr Langen sagte, dass die Prüfung des Falls Opel durch die Kommission innerhalb einer angemessenen Frist abgewickelt werden sollte. Herr Langen, was ist für Sie eine angemessene Frist?

Werner Langen, im Namen der PPE-Fraktion. – Der Prozess muss, wie gesagt, vorangehen können und darf nicht behindert werden. Das ist ja die Frage. Wenn ich die Beispiele aus dem Bankensektor sehe, wo dieser Prozess Jahre gedauert hat, dann wäre sicher eine kürzere Frist angemessen, als wir in einzelnen Fällen in Deutschland hatten.

Ich will aber zum Schluss noch Folgendes sagen: Insgesamt sieht das Konzept – wenn meine Informationen stimmen – vor, dass von insgesamt 50 000 Stellen 10 500 abgebaut werden, davon 4 500 in Deutschland und die restlichen an allen anderen Standorten von Opel. Ich glaube, es ist ein berechtigtes Anliegen der Kommission, zu prüfen, ob das korrekt ist und nicht nach politischen Kriterien erfolgt, und insofern sehen wir mit den Arbeitnehmern hoffentlich einer positiven Zukunft entgegen.

Der Präsident. – Ich möchte mich bei Herrn Langen und Herrn Méndez de Vigo bedanken, ich denke, dies war ein erster Testlauf, der erste Versuch, dieses Verfahren anzuwenden. Es ist eine gute Sache. Es macht unsere Debatten, die manchmal etwas träge sind, lebendiger. Mit Unterbrechungen wie dieser wird eine Debatte hingegen sofort interessanter.

Udo Bullmann, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Kommissar, werte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Situation, in der nach einem monatelangen Kampf die Tür für eine Lösung offen ist, bei der von über 50 000 direkt betroffenen Arbeitsplätzen wahrscheinlich – so jedenfalls die Einlassungen der neuen Investoren – um die 40 000 gerettet werden können, ohne die vielen Arbeitsplätze bei Zulieferern, bei den Firmen in der Umgebung, die daran hängen, zu erwähnen, sollte das erst einmal eine Stunde sein, in der wir ein Wort an die Belegschaften von General Motors in Europa richten können. Es war ihre Auseinandersetzung, sie – Klaus Franz als Gesamtbetriebsratsvorsitzender und all die anderen – sind das Gesicht von Opel Europa geworden, von einem neuen Technologiekonzern, der eine Chance verdient hat, und die Politik muss in einer solchen Situation helfen.

Worüber reden wir? Wir reden über das monatelange Zickzack von General Motors aus den USA. Um ein Haar – und das wissen Sie ganz genau, Kolleginnen und Kollegen – wäre es gescheitert. Was wäre denn vernünftiger gewesen, als die Initiative zu ergreifen, voranzugehen und zu sagen: „Ja, wir müssen hier reinspringen und den Menschen eine Chance geben. Wir müssen nicht nur den Standorten, sondern auch der Zukunftstechnologie eine Chance geben, damit Europa weiterhin ein guter Automobilstandort bleiben kann“.

Ich kann mich vollständig mit der Perspektive identifizieren, die Kommissar Špidla für die europäische Automobilindustrie vorgeschlagen hat. Lassen Sie uns das doch machen! Lassen Sie uns doch einen industriepolitischen Rahmen schaffen mit Umweltstandards, die weltweit führend sind, damit die Beschäftigten und die Automobilhersteller in Europa sich hier hineinentwickeln können. Ehemals haben wir es bei Kohle und Stahl auch geschafft, warum sollen wir es jetzt für die Industrie der Beweglichkeit, der Zukunft nicht auch schaffen? Greifen Sie den Ball auf! Die Kommission hat hier viel Handlungsspielraum, und sie kann viele Initiativen ergreifen.

Frau Kommissarin Kroes! Nach meinen Informationen haben Sie 1,5 Mrd. von den 4,5 Mrd. im Laufe des Geschäftes, das erledigt werden muss, bereits genehmigt, damit die Räder nicht stillstehen. Natürlich müssen Sie nach Recht und Gesetz prüfen, was denn sonst! Natürlich müssen alle erforderlichen Schritte unternommen werden, um in den zukünftigen Aushandlungen auch eine faire Lastenverteilung herzustellen. Aber meine inständige Bitte ist: Sie müssen schnell prüfen, Sie müssen konsequent auch zu einem Ergebnis kommen, aber bei dem, was auf dem Spiel steht, darf um Gottes Willen diese Chance nicht ruiniert werden! Sie darf nicht an den kleinen Karos scheitern, sondern wir müssen auch die Bedeutung der Situation sehen, und wir müssen im Gesamtinteresse zu einer europäischen Lösung kommen, die allen dient!

Guy Verhofstadt, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (NL) Herr Präsident, eingangs möchte ich den zwei Kommissaren und der Kommission für ihre heutigen Stellungnahmen danken. Das war keine Selbstverständlichkeit. Am 3. August, als sich die soeben abgegebene Erklärung bereits abzeichnete, verfasste ich einen Brief und erhielt eine Antwort vom Präsidenten der Kommission. Sie enthielt nichts Neues. Heute habe ich dank Kommissarin Kroes endlich einige klare Worte der Kommission vernommen, nämlich dass, ganz gleich was passiert, eine eingehende Untersuchung sämtlicher Detailspekte dieser Sache durchgeführt wird.

Kommissarin Kroes, ich ersuche auch darum, dass diese Überprüfung nicht nur im Hinblick auf Staatshilfen erfolgt, sondern auch unter Berücksichtigung der Regeln für Wettbewerb, Fusionen und Unternehmenskäufe. Wir haben es hier schließlich nicht nur mit staatlichen Beihilfen der deutschen Bundesrepublik im Rahmen von 4,5 Mrd. EUR zu tun, sondern auch mit etwas, das sowohl eine Fusion als auch ein Übernahme darstellt. In dieser Hinsicht sind die Regeln für den Wettbewerb strenger als die für staatliche Beihilfen. Da es ja in Ihrer Rede hauptsächlich um staatliche Beihilfen ging, bitte ich Sie, beide Aspekte in Ihrer Untersuchung zu berücksichtigen. Bei Fusionen und Übernahmen spielt schließlich auch der interne Wettbewerb zwischen den verschiedenen Unternehmenssitzen eine extrem wichtige Rolle, während bei staatlichen Beihilfen hauptsächlich der zwischen Unternehmen von Bedeutung ist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich muss schon sagen, ein Dossier, in dem von 4,5 Mrd. EUR an Staatshilfe und einem privatwirtschaftlichen Beitrag von nur 500 Millionen die Rede ist, ist nicht gerade etwas Alltägliches. Handelt es sich hier immer noch um eine Rettungsaktion, oder ist es vielmehr etwas, das ich beinahe Nationalisierung nennen würde? Wie auch immer, es bestehen Hinweise darauf – und es wäre nicht schlecht, so schnell wie möglich Informationen darüber einzuholen – dass beim Plan, den Magna gemeinsam mit der deutschen Bundesregierung erarbeitet hat, nicht nur wirtschaftliche sondern auch politische Motive ausschlaggebend waren. Die Untersuchung sollte auf jeden Fall Licht in die Sache bringen. Kommissarin Kroes, ich möchte auch darum ersuchen, dass diese Untersuchung unbedingt so rasch wie möglich eingeleitet wird – darin stimme ich ganz mit Herrn Langen überein – und dass nicht nur von der

übernehmenden Partei bereitgestellte Informationen berücksichtigt werden, da die Unterlagen, die Magna der Kommission vorlegt, tendenziell das wiedergeben werden, was Magna wiedergeben will. Es ist kaum vorstellbar, dass bei einem derart offen liegenden Dossier die Wettbewerbsregeln missachtet worden sein sollten. Ich bin daher der Ansicht, dass die Kommission alles daran setzen sollte, sich selbst Informationen von den betroffenen Mitgliedstaaten zu beschaffen – dem Vereinigten Königreich, Spanien, Portugal, Belgien und natürlich Deutschland – um eine objektive Untersuchung zu ermöglichen. Ich bin auch überzeugt davon, dass die bevorstehende Untersuchung außerordentlich wichtig ist, weil sie einen Präzedenzfall für die vielen anderen Umstrukturierungsmaßnahmen darstellen wird, die uns in den kommenden Jahren während dieser Wirtschafts- und Finanzkrise erwarten, und wir werden die gleichen Kriterien ansetzen müssen. Soviel zum ersten Punkt.

Mein zweiter Punkt ist, dass meiner Meinung nach die Kommission falsch daran getan hat, sich der Angelegenheit nicht unverzüglich anzunehmen. Ich finde, dies hätte bereits vor Monaten geschehen müssen – die erste Mitteilung der Kommission erfolgte im Februar. Wo grenzüberschreitende Umstrukturierungen notwendig werden, sollte die Kommission direkte Maßnahmen ergreifen, und es war keine besonders gute Idee, die Sache einem einzelnen Land zu überlassen. Europäische Lösungen können nicht von einem Mitgliedstaat allein, sondern müssen von den Gemeinschaftsorganen ausgearbeitet werden. Aus diesem Grund denke ich, dass im Bereich der Industriepolitik die Kommission besser und rascher hätte handeln müssen.

Drittens bin ich der Ansicht, dass sie keine weitere Zeit verlieren darf, einen umfassenden Umstrukturierungsplan für die Automobilindustrie vorzulegen, da eine Überkapazität von 35 % nicht einfach so abgebaut werden kann, es sei denn wir finden einen allgemeinen europäischen Ansatz.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Špidla, sehr geehrte Frau Kroes, meine Damen und Herren! Als Erstes sollten wir nochmals versuchen festzuhalten, dass uns eigentlich alle im Europäischen Parlament, wenn wir uns jetzt mit dem Fall Opel vielleicht stellvertretend auch mit der Zukunft der europäischen Automobilindustrie auseinandersetzen, die Sorge um die Zukunft der Arbeitsplätze in diesem Sektor in der Europäischen Union eint.

An dieser Stelle sollte man nicht so sehr das Handeln der Deutschen attackieren – auch wenn das geprüft werden muss –, sondern die Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die mit ihren Produktionsstandorten von der GM-Krise mit betroffen sind, – also die Regierungen Polens, Spaniens, Belgiens, Großbritanniens usw. –, sollten sich auch einmal zusammensetzen und gemeinsam mit den Deutschen überlegen, wie man aus der schlimmen Lage etwas machen und die Zukunft der Arbeitsplätze der betroffenen Menschen in den Werken sichern kann. Ich fände diesen Ansatz eigentlich den besseren.

Ich gehe – wie gesagt – davon aus, dass uns alle die Sorge um die Zukunft der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie eint, und da muss ich Herrn Špidla ausdrücklich Recht geben: Wir sind trotz monatelanger Diskussionen in Brüssel und immer wieder hier in Straßburg und zu Hause in unseren Mitgliedstaaten mit der Debatte noch nicht da, wo wir sein müssten. Wir reden immer wieder darüber, dass wir sehr große strukturelle Überkapazitäten in der Branche haben. Wir trauen es uns aber nicht wirklich zu, tatsächlich den Weg vorzugeben und auch zu unterstützen, wie wir diesen Sektor politisch aus diesen strukturellen Überkapazitäten herausführen wollen. Wir haben Anfänge, die ich ganz gut finde.

Wir reden in vielen Zusammenhängen, auch im Zusammenhang mit staatlichen Interventionen, über zukunftsfähige Autos: Autos, die klimafreundlich und effizient sein sollen, die andere zukunftsfähige Antriebe haben sollen. Aber wenn ich ehrlich bin, glaube ich angesichts der Marktentwicklung nicht, dass das schon ausreicht, um in Zukunft in der Automobilindustrie so viele Arbeitsplätze zu sichern, wie wir heute dort haben. Deswegen muss die Zukunft mindestens als Zukunft des Mobilitätssektors diskutiert werden, und wir müssen uns zutrauen, tatsächlich jetzt in der Zeit der Krise über Transformationen zu diskutieren und auch konsequenter zu handeln.

Es ist allerdings durchaus anzumerken, dass im Rahmen der Stützungsmaßnahme für Opel in Deutschland in keiner Weise wirklich über die Zukunftsfähigkeit dieses Sektors nachgedacht wird. Da geht es theoretisch um moderne, zukunftsfähige Autos. Aber was wird aus dem öffentlichen Verkehrssektor? Wie kommen wir dahin, dass wir in Zukunft klimafreundliche, bessere öffentliche Verkehrssysteme haben? Wer baut in Zukunft bessere Busse, bessere Bahnen, bessere Lkw? Wer sorgt dafür, dass dieser Sektor gedanklich mit dem Sektor der Informationstechnologien und der erneuerbaren Energien verknüpft wird? Diese Fragen sind bisher immer wieder angesprochen, aber an keiner Stelle zu Ende gedacht, geschweige denn in politische Konzepte gegossen worden.

Ich möchte diese Diskussion gerade jetzt zu Beginn der Arbeit des neuen Parlaments eigentlich als Anlass nehmen, zu sagen: Das müssen wir in Angriff nehmen! Wir müssen uns in dieser Richtung wirklich viel mehr zutrauen, sonst machen wir uns mitverantwortlich für einen Arbeitsplatzabbau sondergleichen, den wir später gar nicht mehr mit öffentlichen Mitteln reparieren können.

Man darf aus Brüssel nicht nur Deutschland oder andere Regierungen kritisieren. Man muss an dieser Stelle auch den Mut haben, die eigene Investitionspolitik zu begutachten. Mindestens 4,4 Mrd. EUR sind in den letzten Monaten über günstige Kredite der EIB an die Automobilindustrie geflossen. Kein einziger Euro, der aus diesem Topf an die Automobilindustrie geflossen ist, Herr Špidla, war mit Anforderungen an diese Transformation zur Zukunftsfähigkeit der Automobilindustrie oder des Mobilitätssektors verbunden!

VORSITZ: Silvana KOCH-MEHRIN

Vizepräsidentin

Evžen Tošenovský, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (CS) Frau Präsidentin, Kommissarin Kroes, Kommissar Špidla, in meiner Rede hier im Europäischen Parlament möchte ich als Mitglied der EKR-Fraktion kurz über die derzeitige Situation in der Automobilindustrie, insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Hersteller, sprechen. Ich möchte auch Kommissarin Kroes für Ihren Beitrag zu diesem sehr komplexen Thema, über das wir hier heute debattieren, danken, der einen sehr komplexen Rahmen für das Lösen solcher wirtschaftlicher Situationen in Zukunft schaffen wird. Die weltweite Wirtschaftskrise hat sich auf zahlreiche wirtschaftliche Bereiche ausgewirkt. Die Automobilindustrie gehört zu den davon am stärksten betroffenen Bereichen. Dies ist möglicherweise auf die Tatsache zurückzuführen, dass in der Automobilindustrie verschiedene Wirtschaftsbereiche zusammenlaufen, die immens hohe Ansprüche an Qualität und enormen wettbewerblichen Druck, zusammen mit der Forderung nach technischem Fortschritt und Innovation, verursachen. Und jeder, der mit diesem Schwindel erregenden Tempo in der modernen Technologie nicht Schritt halten kann, ist in ernsthaften Schwierigkeiten; und das ist genau das, was heute passiert: die US-amerikanischen Automobilhersteller sind ein typisches Beispiel dafür.

Ich würde sogar soweit gehen und sagen, dass die Krise deutlich gezeigt hat, wer in der Einschätzung, was die Entwicklung des Autos betrifft, daneben gelegen hat und wer hingegen klug in neue wettbewerbsfähige Modelle investiert hat, als die Zeiten noch rosig waren. Ich bin nach wie vor grundsätzlich gegen gezielte Interventionen von Regierungsseite, da mit ihnen nur kurzfristig die finanziellen Probleme einzelner nationaler Hersteller gelöst werden können. Ich kann die Sorgen von Politikern im Hinblick auf steigende Arbeitslosenzahlen in bestimmten Bereichen nachvollziehen, aber ich bin mir sicher, dass es nicht sehr klug wäre, sich einzig und allein auf Finanzspritzen für einen einzigen Sektor zu verlassen, da damit lediglich der Tag der Abrechnung verschoben wird, und das oftmals auf Kosten derjenigen, die vernünftig agieren. Die weltweite Krise kann auch ein großer Anreiz für die Entwicklung neuer Technologien und die Nutzung neuer Brennstoffe wie Druckerddgas, Wasserstoff oder Strom beispielsweise sein. Wenn die Europäische Union die europäischen Hersteller fördern und fördern will, so sollte sie die Forschung unterstützen und Innovationsverfahren vereinfachen, die, und darüber müssen wir uns im Klaren sein, in Europa sehr langwierig sind.

Ich bin erfreut darüber, dass die EU-Mitgliedstaaten den protektionistischen Tendenzen für s Erste abgeschworen haben. Finanzprotektionismus allein würde nur die Lebensdauer nicht konkurrenzfähiger Aktivitäten verlängern. Genauso, wie die Flutkatastrophen durch den Nil dem alten Ägypten auch immer fruchtbaren Boden beschert haben, so sollte die weltweite Krise ein Impuls für die Entwicklung neuer europäischer Autos sein, die sich durch ihre Umweltfreundlichkeit auszeichnen und auf dem Weltmarkt extrem konkurrenzfähig sind. Ich bin wirklich froh darüber, dass Kommissarin Kroes sich so ernsthaft auf dieses Thema eingelassen hat, da es schwerwiegende Auswirkungen für uns alle in Zukunft haben wird.

Thomas Händel, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich teile vieles, was die Kommission hier zu Ursachen und Perspektiven der Automobilindustrie vorgetragen hat – Überkapazitäten, die Notwendigkeit einer Strategieänderung, neue Technologien. Ich will aber darauf hinweisen, dass wir auch etliches nicht teilen. Opel wird vermutlich nicht der letzte Fall in der Automobilindustrie sein, bei weltweit 30 % Überkapazitäten.

Es geht nicht nur um 12 Millionen Menschen, die direkt und indirekt von dieser Industrie leben, sondern um rund 30 Millionen Menschen in Europa, die an der Wirtschaftsleistung dieser Industrie partizipieren. In dieser Situation trägt die Kommission mit dafür Verantwortung, dass die europäische Automobilindustrie diese Herausforderung meistern kann. Die Europäische Kommission trägt auch mit dafür Verantwortung,

dass Opel jetzt nicht zum Bauernopfer einer marktwirtschaftlichen Krisenbereinigung wird. Ein notwendiges Umsteuern in der Regie der freien Kräfte des Marktes in dieser EU wird die zu erwartenden Verluste von Arbeitsplätzen nicht automatisch durch neue Arbeitsplätze ausgleichen. Im Gegenteil: Beschäftigte und europäische Volkswirtschaften werden die Zeche zahlen.

Die generelle Verhinderung von staatlichen Hilfen wird dazu führen, dass nicht nur Wettbewerbsverzerrungen, sondern auch soziale Verzerrungen eintreten. Sie würden auch die Staatskassen der betroffenen Länder weit mehr strapazieren, als die sich das leisten können, vor allem weit mehr, als diese durch die derzeit angebotene Hilfe belastet würden, weiterer Sozialabbau inklusive.

Die Restrukturierung der europäischen Automobilindustrie braucht starke Initiativen der Europäischen Kommission, aber auch der jeweiligen nationalen Regierungen. Wir schlagen deshalb einen europäischen Branchenrat zur Zukunft der Mobilität mit Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft vor. Er muss Handlungsoptionen für den technischen Wandel entwickeln und politische Maßnahmen und flankierende Finanzmittel definieren. Überkapazitäten müssen planmäßig und mit gleicher Lastenverteilung in neue Arbeit überführt werden. Das galt vor Jahren für die Stahlindustrie, das muss jetzt auch für Opel sowie für die gesamte Automobilindustrie in Europa gelten.

Staatliche Hilfen können und müssen meiner Auffassung nach aber auch daran geknüpft werden, dass eine verfasste Mitarbeiterbeteiligung mit erweiterten Mitbestimmungsrechten geschaffen wird. Alle betroffenen Arbeitnehmer in Europa brauchen Standortsicherung, sie brauchen neue Arbeit und neue, gesicherte Zukunftsperspektiven in ganz Europa.

Frank Vanhecke (NI). – (NL) Frau Präsidentin, heute Nachmittag, genauer gesagt vor ein paar Stunden, hat ein Magna-Geschäftsführer erneut bestätigt, was wir bereits befürchtet oder gewusst haben: Das Werk in Antwerpen wird geschlossen. Es ist richtig, dass es Gespräche über die Suche nach Alternativen, alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten und eine andere Nutzung des Werks gibt, aber keiner weiß, was dies wirklich zu bedeuten hat. Dies ist auf eine Weise jedoch nur alles hohles Geschwätz und es scheint aus taktischen Erwägungen sinnvoll, die Arbeiter und viele andere in Antwerpen Betroffenen einstweilen zu beschwichtigen: Um sie damit ruhig und fügsam zu machen.

Ich denke, dass in Bezug auf das gesamte Dossier, die Europäische Kommission nicht umsetzen darf, was sie bereits angekündigt hat zu tun, und zwar noch ein wenig länger zu warten, ein wenig länger zuzuschauen und die Einschlüsse ein wenig länger zu zählen. Ich denke, dass es nun an der Zeit ist zu handeln, und dass die Kommission nun erklären muss, und zwar deutlicher, als sie es bisher getan hat, dass ihre Genehmigung dieses Kaufdossiers davon abhängig gemacht wird, dass der Käufer nur objektive wirtschaftliche Kriterien anwendet, was die Umstrukturierungsmaßnahmen und ihren entsprechenden Zeitpunkt angeht. Es muss vollständige Klarheit und absolute Offenheit in Bezug auf die Berichte über die Wettbewerbsfähigkeit herrschen, die für einige Werke existieren oder auch nicht, und auch darüber, ob die Kommission Zugriff auf solche Berichte hatte oder nicht.

Schließlich ist es allgemein bekannt, dass das Werk in Antwerpen sehr konkurrenzfähig ist, und es wäre aus meiner Sicht nicht zu akzeptieren, dass es das wohl wettbewerbsstärkste Werk von allen aufgrund der massiven finanziellen Unterstützung der deutschen Regierung treffen sollte. Mit diesem Dossier wird das Schicksal vieler tausend Arbeiter in meinem Land genauso wie die Glaubwürdigkeit der Europäischen Kommission, so fürchte ich, aufs Spiel gesetzt - und ich zähle in dieser Hinsicht sicher nicht zu den Optimisten. Letzten Endes läuft es doch immer gleich ab. Wie Kommissar Špidla bereits betont hat, die europäischen Glaubensbekenntnisse sind zahlreich und stimmig, aber wenn es hart auf hart kommt, kümmern sich die Staatsoberhäupter immer noch zuallererst um die Interessen ihres eigenen Landes. Dies war in der derzeitigen Bankenkrise der Fall und dies wird, so fürchte ich, nun auch bei der Opel-Krise so sein, wenn deutsche Behörden zuerst den deutschen Interessen nachkommen werden.

Ivo Belet (PPE). – (NL) Frau Präsidentin, Kommissionsmitglieder, meine Damen und Herren, die Ankündigung von Magna, dem neuen Opel-Eigentümer, dass die Schließung des Werks in Antwerpen sehr wahrscheinlich ist, ist, gelinde gesagt, seltsam. Immerhin wissen wir, dass dieses Opel-Werk eines der gewinnträchtigsten Werke, ja, eines der effizientesten Werke der ganzen General Motors-Gruppe ist - und trotzdem wollen sie es schließen. Es deutet demnach vieles darauf hin, dass diese Entscheidung nicht einzig und allein aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen wurde. Aus diesem Grund haben wir heute zwei Bitten an Sie, Kommissar Špidla und Kommissarin Kroes. Die Erste ist, dass Sie doch noch von Ihrer unerschütterlichen Kompetenz auf dem Gebiet des Wettbewerbs Gebrauch machen, um herauszufinden, ob die massive staatliche Beihilfe durch einige Mitgliedstaaten wirklich mit den europäischen Vorschriften kompatibel ist. Kommissarin

Kroes, Sie haben mit Recht eine Untersuchung vorgeschlagen. Ich hoffe, dass es möglich sein wird, diese dann auch gründlich durchzuführen und kurzfristig sicherzustellen, dass wir nicht vor vollendete Tatsachen *fait accompli* gestellt werden. Ich glaube nicht, dass es eine Übertreibung ist, wenn ich sage, dass die Glaubwürdigkeit der Europäischen Kommission auf dem Spiel steht. Wirtschaftlicher Nationalismus und Protektionismus sind im Europa des 21. Jahrhunderts fehl am Platz, und dieses Dossier ist sehr gut dafür geeignet, genau das zu demonstrieren.

Kommissarin Kroes, Sie haben den Ruf einer Eisernen Lady. Wir zählen auf Sie, dass Sie bei diesem Dossier Ihrem Namen alle Ehre machen und sicherstellen, dass die Autorität der Europäischen Kommission nicht untergraben wird. Und ich sage dies ohne jegliche Ironie.

Zweitens ist es von grundlegender Bedeutung, dass Europa mit einem neuen Industrieprojekt für den Automobilsektor aufwartet. Wir dürfen nicht den Blick zurück richten oder verpassten Gelegenheiten nachtrauern, sondern müssen vielmehr nach vorne blicken und uns auf die neue Technologie um das neue Elektroauto konzentrieren. Es ist noch nicht zu spät dafür. Und wenn wir das jetzt tun, können wir sicherstellen, dass dieses neue Elektroauto mit europäischer Technologie produziert wird und wir in Zukunft nicht alle in Elektroautos Made in China umherfahren werden. Dies ist ein Szenario, dass sich derzeit noch abwenden lässt.

Jutta Steinruck (S&D). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht tatsächlich darum, eine gemeinsame europäische Lösung zu finden, und nicht um nationale Egoismen.

Opel Europa spielt eine bedeutende industriepolitische Rolle in Europa, und es geht auch nicht nur um die Arbeitsplätze bei Opel, es geht auch um die Arbeitsplätze bei vielen Automobilzulieferern in vielen europäischen Ländern. Die Entscheidung für Magna – und das hat mir auch der europäische Betriebsrat bestätigt – ist Konsens auch innerhalb des europäischen Betriebsrats, und die Kolleginnen und Kollegen arbeiten mit Hochdruck an europäischen Lösungen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auch bereit, dafür Opfer zu bringen, und das erwarten wir hier auch von allen Entscheidungsträgern. Alle müssen Hand in Hand arbeiten, und das schnell! Meine Vorredner sind auch schon darauf eingegangen.

Im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es dann natürlich auch sinnvoll, dass tausende von Jobs wirklich mit Staatsbeihilfen vorübergehend stabilisiert werden. Vorgeschobene Wettbewerbsargumente lassen wir nicht gelten. Es geht um Menschen, es geht um Arbeitsplätze, aber es geht auch um ganze Regionen. Das, was unter deutscher Federführung auf den Weg gebracht wurde, muss jetzt zu einem bestmöglichen Ergebnis für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa, an allen europäischen Standorten führen.

Jorgo Chatzimarkakis (ALDE). - Frau Präsidentin! Ich bin froh, dass ich in Ihrer Jungfernsitzung als Leiterin hier das Wort ergreifen darf. Ich freue mich sehr! Ich möchte mich aber vor allem bei Kommissar Špidla bedanken, dass er Deutsch gesprochen hat, und ich möchte Kommissarin Kroes ausdrücklich gratulieren. Viele denken, der Fall Opel-Vauxhall sei ein deutscher Fall. Nein! Es ist ein europäischer Fall! Es geht um Arbeitsplätze in ganz Europa, und ein deutscher Sonderweg hier wäre nicht richtig. Daher freue ich mich ausdrücklich über die Bereitschaft der Kommission, diesen Fall zu prüfen. Es geht um europarechtliche Fragen in Sachen Wettbewerbsrecht und Beihilferecht.

Ja, wir wollen jeden Arbeitsplatz retten! Aber um welchen Preis? Als Anwalt der Bürger und der Steuerzahler ist beim Opel-Magna-Deal unklar, welche langfristigen Verpflichtungen auf die Steuerzahler zukommen. Der Fall Opel ist auch industriepolitisch fragwürdig. Es wird immer nur den Großen geholfen. Die Kleinen und Mittleren haben das Nachsehen. Sie sind aber das Rückgrat der Wirtschaft! Die Fixierung auf einen Investor war eindeutig falsch. Günstigere und bessere Angebote wurden frühzeitig abgelehnt – und zwar seitens der Politik.

Der Fall Opel hat mehr mit Wahlkampf zu tun als mit ehrlicher und EU-rechtlich sauberer Wirtschafts- und Industriepolitik. Nochmals: Es ist richtig, dass die EU-Kommission jetzt aktiv wird, auch wenn es der Bundesregierung nicht gefällt. Der Opel-Deal ist Augenschwermerei, das wird immer deutlicher. Er könnte den teuersten Wahlkampf in der Geschichte Deutschlands markieren.

Wir wollen, dass Opel lebt. Wir wollen, dass Opel gesund ist, und wir wollen um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Aber wir wollen, dass keine Kosten entstehen, und wir wollen auch keine Lösung zulasten unserer europäischen Partner, von denen auch Deutschland als größter Exporteur der Welt abhängt.

Bart Staes (Verts/ALE). – (NL) Frau Präsidentin, liebe Kommissionsmitglieder, meine Damen und Herren, ich bin heute in gewissem Maße von Gefühlen der Zufriedenheit und Furcht durchdrungen. Zufriedenheit einerseits über die Erklärungen der Kommissare Špidla und Kroes, die für eine leichte Beruhigung sorgen, Furcht aber andererseits durch die Erklärungen des Käufers Magna, die einem tatsächlichen Seelenfrieden nicht wirklich dienlich sind. Ich möchte daher eine Reihe von Dingen erörtern, die in dieser Debatte gesagt wurden.

Kommissarin Kroes, Kommissar Špidla, ich möchte Sie inständig bitten: Seien Sie knallhart und garantieren Sie, dass alle Vorschriften ordnungsgemäß eingehalten werden. Allerdings muss ich beim Thema staatliche Subventionen Herrn Verhofstadt zustimmen, wenn er sagt, dass die Untersuchung auf alle Aspekte des Wettbewerbsrechts, auf den gesamten Gesetzeskorpus über Fusionen und Käufe ausgeweitet werden muss. Ich denke, dass er diesbezüglich Recht hat. Ich stimme ebenso mit Herrn Langen überein, wenn er mit viel Empathie sagt, dass dies schnell zu geschehen hat. Was schnell für die Banken getan werden konnte, muss auch schnell für dieses Kaufdossier erfolgen; ein Dossier, das so wichtig für viele tausend Arbeiter ist.

Ich sollte vielleicht auf das zurückgreifen, was Kommissar Špidla in Bezug auf den Kapazitätsüberschuss in diesem Sektor, der zweifellos existiert, gesagt hat. Er hat gesagt, dass eine Reihe von Methoden angewandt wurde, um dies ins Lot zu bringen. Er erwähnte den Globalisierungsfonds, auf den sieben Anwendungen entfielen. Wir sollten uns jedoch der Tatsache bewusst sein, dass dieser Globalisierungsfonds nicht gut funktioniert. Morgen werden wir über ein Dossier diskutieren, einen Bericht von Herrn Böge, aus dem eindeutig hervorgeht, dass von den 500 Mio. EUR, die uns für 2009 zur Verfügung standen, nur 8 Mio. EUR verwendet wurden. Wir sollten solche Ressourcen nutzen, um diesen Arbeitern zu helfen und zwar durch Schulungen, Umstrukturierungen und eine tatsächliche Entwicklung in Richtung einer neuen, grünen Wirtschaft, die weniger kohlenstofflastig und weniger abhängig von fossilen Brennstoffen ist.

Derk Jan Eppink (ECR). – (NL) Frau Präsidentin, Ihr Parteiführer, Herr Westerwelle, hat gesagt, dass ein Zweck des Hilfspakets für Opel darin bestand, dass es Bestandteil der Wahlkampagne gewesen ist. Ich hoffe natürlich, dass dies nicht der Fall ist und hoffe, dass die Umstrukturierung von Opel den normalen Regeln der Geschäftsführung unterliegt und wir nicht in der Situation enden, wo jeder sein Automobilwerk in den Vordergrund schiebt. Ich habe absolutes Vertrauen in Kommissarin Kroes, die jedes Detail dieses Vertrags auf den Prüfstand stellen wird. Sie ist für ihre Standhaftigkeit bekannt, die sie immer und immer wieder in den Niederlanden unter Beweis gestellt hat, und sie wird sich nicht davor drücken, klare Aussagen zu machen.

Ich habe eine Anfrage an sie in Bezug auf die Rolle von Sberbank, der russischen Sparkasse. Ich frage mich, welche Rolle das wohl sein mag, und ob sie letztendlich dazu führen wird, dass einige der Produktionsaktivitäten von Opel auf das Gebiet der Russischen Föderation verlagert werden, da Sberbank ja eigentlich lediglich eine Ausweitung der Wirtschaftspolitik der Regierung, wenn auch mit anderen Mitteln, ist.

Abschließend möchte ich noch auf Herrn Staes zu sprechen kommen, der überrascht ist, dass dieses Unternehmen bedroht ist, während er vehement für eine Anti-Autopolitik plädiert. Autos werden immer sicherer und sauberer, aber sie sind trotzdem noch immer an allem schuld. Autos sind immer noch das Feindbild und Autofahrer werden als Steuerzahler radikal gemolken - oftmals in Folge einer Politik, die in diesem Hause hier propagiert wird. Meine Damen und Herren, dabei bedeuten Autos Freiheit. Und für viele Leute mit beschränkten Mitteln steht Opel für eine erschwingliche Marke. Es ist eine unglückliche Tatsache, dass derzeit diese Leute es im zunehmenden Maße schwierig finden, ein Auto wie einen Opel zu finanzieren, und das Ergebnis ist der Zusammenbruch der Automobilherstellung. Aus diesem Grund denke ich nicht, dass wir über diese Entwicklungen überrascht sein dürfen, solange wir weiter an einer Anti-Auto-Politik in diesem Haus festhalten. Meine Partei ist autofreundlich, wie auch Herr Verhofstadt weiß.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, verehrte Frau Kommissarin, verehrter Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne drei Anmerkungen machen.

Erstens: Die Automobilindustrie ist eine europäische Schlüsselindustrie, und – es ist schon angesprochen worden – mit allen vor- und nachgelagerten Betrieben, mit der ganzen Zulieferindustrie hängen 12 000 Arbeitsplätze daran. Ich betone das deshalb noch einmal, weil vorne mein Kollege Chatzimarkakis sitzt, der gerade ausführte, dass die Bemühungen der Bundesregierung hier Wahlkampfgetöse seien. Ich kann das nur entschieden zurückweisen. Dies ist Hohn und ein Affront gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in vielen europäischen Ländern in dieser Branche arbeiten und tagtäglich um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen.

Zweitens: Die Rettung von Opel liegt im gesamteuropäischen Interesse. Das zu betonen ist mir besonders wichtig, unabhängig von der Diskussion heute. Standorte gibt es in Großbritannien, Belgien, Polen, Spanien, Deutschland und in anderen europäischen Staaten. Wenn dadurch Opel gerettet wird, dass es einen Investor – Magna – gibt, dass es Überbrückungskredite gibt, für die die deutsche Bundesregierung gekämpft hat, dann ist das nicht nur im deutschen Interesse, sondern es ist im gesamteuropäischen Interesse. Wir müssen uns alle darum bemühen, die Arbeitsplätze in unseren Ländern zu erhalten. Ich bin froh: Wo würden wir denn heute stehen, wenn es nicht die Bemühungen um die Treuhandlösung gegeben hätte? Dann bräuchten wir heute keine Diskussion mehr zu führen, weil sich dann die Diskussion ohnehin erledigt hätte, wenn GM im Zuge ihrer Insolvenz auch GM Europe mit in den Strudel gezogen hätte.

Drittens: Es gibt strenge Regeln für Staatshilfen. Ich vertraue auf die Kommission, dass sie hier interessengerecht prüft. Die Gretchenfrage wird sein: Kann Opel Europa mittelfristig wieder rentabel sein? Ich vertraue darauf, dass die Lösung, die jetzt erarbeitet wurde, und an der auch Magna arbeitet und in die viele andere europäische Staaten eingebunden waren, durchgesetzt werden kann. Ich bitte die Kommission dann auch um eine entsprechende Genehmigung und möchte mit dem nochmaligen Hinweis schließen, dass wir in diesem Fall etwas Gutes für die gesamte Automobilindustrie in Europa geleistet haben!

Kathleen Van Brempt (S&D). – (NL) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich danke der Kommission für ihre Erklärung. Bedauerlicherweise teile ich nicht den Optimismus vieler meiner Parteikolleginnen und -kollegen - und dies gilt auch für die Erklärung der Kommission. Es ist wahr, dass uns heute einige schlechte Nachrichten über das Werk in Antwerpen erreicht haben, und die Tatsache, dass ein äußerst produktives Werk mit einer besonders guten Belegschaft von der Schließung bedroht ist, gibt Anlass für viele Fragen - hoffentlich auch innerhalb der Kommission. Meine Damen und Herren, könnte es etwas mit der Tatsache zu tun haben, dass dieses Werk sich in einem der kleineren Mitgliedstaaten und in einer Region befindet, die trotz wirtschaftlicher Stärke verhältnismäßig klein ist?

Die Kommission beglückwünscht sich gerade selbst zu der Arbeit, die sie in den letzten Monaten vollbracht hat. Bedauerlicherweise kann ich da nicht mitmachen. Sie, die Kommission, spielen eine Rolle - die durchaus wichtig ist, und die ich unterstütze - eine sehr formalistische Rolle als Bewahrer der Interessen der Europäischen Union in Bezug auf ihre Verträge und ihre Vorschriften über Wettbewerb und Staatshilfen. Ich betone die Notwendigkeit dieser Tatsachen und wiederhole meine Zusage für meine Unterstützung bei der Untersuchung, die Sie in dieser Angelegenheit durchführen müssen, da sie von entscheidender Bedeutung sein wird. Aber warum haben Sie nicht noch mehr getan? Warum haben Sie keine starke politische Rolle übernommen, als es zum Beispiel in den Gesprächen mit den Mitgliedstaaten darum ging, bei den Vorschlägen zur Umstrukturierung zusammenzuarbeiten? Die europäischen Gewerkschaften arbeiten beispielsweise an und unterstützen immer noch eine Umstrukturierung, bei der auch das Konzept der Solidarität berücksichtigt wird, insbesondere die Gewährleistung, dass der Schaden auf mehrere Werke verteilt wird.

Für's Erste möchte ich jedoch fragen - und dies ist meine wichtigste Anfrage an die Kommission - was werden Sie jetzt tun, in Anbetracht der schlimmstmöglichen Neuigkeiten über Opel-Antwerpen: Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um sicherzustellen, dass die Leute, die Arbeiter in Antwerpen, auch eine Zukunft haben?

Chris Davies (ALDE). Frau Präsidentin, diejenigen von uns, die Autofabriken in ihren Ländern oder Regionen haben, wollen, dass diese erfolgreich sind, aber das sollte uns nicht blind machen für die Probleme und den realen Kapazitätenüberschuss, die die Gewinne und Investitionen hemmen. Ich bin von der technischen Spitzenleistung, die in den Werken in meiner Region - in Ellesmere und in Halewood - erbracht wird, tief beeindruckt, und allein deshalb sollten sie eigentlich schon florieren, aber ich bin tief betrübt über die Grundhaltung, die die Automobilindustrie als Ganzes in den letzten 10 Jahren während meiner Zeit in diesem Parlament an den Tag gelegt hat.

Im Hinblick auf das Potenzial für umweltbezogene Verbesserungen ist dieses Ergebnis beschämend. Es gibt natürlich auch einige positive Aspekte, die sich in dieser Zeit entwickelt haben. Wir lesen zwar jeden Tag in den Zeitungen von Innovationen, aber die Industrie als Gesamteinheit hat sich immer gegen die Einführung von Katalysatoren gewehrt, indem sie ihre Kosten maßlos übertrieben hat. Sie hat mit uns eine Vereinbarung getroffen, die CO₂-Emissionen zu reduzieren und hat sie dann nicht eingehalten. Und derzeit ist sie dabei, sich um die gesetzlichen Anforderungen zu drücken, Kühlmittel für Klimaanlage mit einem geringeren Potenzial für die Klimaerwärmung einzusetzen als die Mittel, die gegenwärtig verwendet werden, und sie hat auch schon im Zuge der Interessenvertretung damit begonnen, die Vorschläge der Kommission zu den CO₂-Emissionen von LKW und Leichtnutzfahrzeugen zu schwächen.

Diese Industrie ist mit Unsummen an Geld unterstützt worden. Deshalb denke ich, dass wir, die Öffentlichkeit, etwas Besseres verdient haben. Wir hören von den Bauteil-Zulieferfirmen, dass die Automobilhersteller zu geringe Ansprüche haben. Was diese Industrie heute dringend braucht, ist eine neue Grundhaltung; dies gilt insbesondere für ihre Vertreter, allen voran den ACEA. Wir brauchen eine Industrie, die erkennt, dass sie Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft als Ganzes hat, und dass ihre Zukunft untrennbar mit umweltrelevanten Verbesserungen verknüpft ist.

Frieda Brepoels (Verts/ALE). – (NL) Frau Präsidentin, Kommissionsmitglieder, meine Damen und Herren, ich denke, es ist klar, dass selbst die europäische Automobilindustrie die Zeichen der Zeit erkennen und im Hinblick auf die Reduzierung des Kapazitätenüberschusses als dringende Angelegenheit umstrukturiert werden muss. Dennoch liegt natürlich die Frage auf der Hand, wie es mit der Glaubwürdigkeit von Opels Sparkurs bestellt ist, wenn zugesichert wird, das teuerste Werk, nämlich das in Deutschland, zu erhalten, und stattdessen ein wirtschaftlich gut gestelltes Werk wie das in Antwerpen zu schließen. Und dieses Szenario ist an diesem Nachmittag von einem Vorstandsvorsitzenden von Magna, Herrn Siegfried Wolf, auf der internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt formal bestätigt worden. Wie einige meiner Vorredner bereits erklärt haben, gibt es ernstzunehmende Anzeichen dafür, dass Magna im Austausch für staatliche Subventionen den deutschen Behörden Zugeständnisse gemacht hat, die sich nicht unbedingt mit den Interessen des Industriepans decken. Ich denke, dass die Europäische Kommission dem Einhalt gebieten muss, bevor es zu spät ist. Kommissarin Kroes hat bereits ihre Bedenken geäußert, aber ich denke, dass das allein nicht ausreicht. Die Kommission darf insbesondere keine Zeit dabei verlieren, zu erklären, wie sie beabsichtigt sicherzustellen, dass auch von Deutschland die Vorschriften für den europäischen Wettbewerb in diesem Dossier berücksichtigt werden. So wie ich das sehe, würde ein Ausbleiben einer solchen Erklärung einen schlechten Präzedenzfall für alle zukünftigen grenzüberschreitenden Umstrukturierungsmaßnahmen bedeuten, wobei die kleineren Mitgliedstaaten wiederholt den Kürzeren ziehen werden. Warum ist nicht auch die Kommission selbst an den Verhandlungen mit GM und Magna beteiligt, sondern nur Deutschland? Ich habe auch gehört, dass sich die deutsche Regierung morgen mit anderen europäischen Ländern an einen Tisch setzen wird, um auszuarbeiten, wie die staatlichen Subventionen koordiniert werden sollen. Dies scheint sehr zynisch, was Flandern angeht, und erfolgt auf jeden Fall zu spät, und ich frage mich, warum auch hier die Kommission nicht mit einbezogen ist?

Inés Ayala Sender (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, als Erstes möchte ich im Namen des Europäischen Parlaments unsere Solidarität mit und unsere Unterstützung für alle Arbeiter in den Opel-Werken überall in Europa ausdrücken, dies gilt insbesondere für die Opelaner im Werk Figueruelas, ihre Familien und alle, die von diesem Werk in Zulieferfirmen abhängig sind. Ich möchte ihnen zusichern, dass wir hinter ihnen stehen in diesem Abenteuer, dass mit der Schaffung eines unabhängigen europäischen Herstellers, GM Europe, beginnt.

Um jedoch aus diesem Abenteuer, das durch die schlechten Neuigkeiten über den Zusammenbruch von GM in den USA seinen Ausgang nimmt, eine Möglichkeit zu entwickeln, einen solventen, modernen, wettbewerbsfähigen Betrieb mit einer eindeutigen Zukunft in unternehmerischer, wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht aufzubauen, ist es notwendig, dass die Führung in den derzeitigen Verhandlungen erneut von der Kommission und den Kommissionsmitgliedern selbst wieder übernommen wird, um sicherzustellen, dass wir eine durchweg europäische Lösung mit allen möglichen Sicherheiten erzielen.

Wir haben die mangelnde Anwesenheit der Kommission bei den Vorverhandlungen sowie die Art, wie dies zu den bilateralen Verhandlungen geführt hat, bei denen jeder Mitgliedstaat mit Opel-Werk nach einer unilateralen Lösung verlangt hat, kritisiert. In diesem Zusammenhang sollte festgehalten werden, dass es sogar regionale Regierungen, wie die Regierung in Aragon beispielsweise, gegeben hat, die vor einem Jahr bereits eine Vorreiterrolle übernommen hat, indem sie eine Bürgschaft für das Werk in Figueruelas vorgeschlagen hat.

Diese Verschiebung führte jedoch, dadurch dass die Kommission es versäumt hat, ihren Pflichten nachzukommen, zu der verwirrenden Situation wie wir sie heute haben und zu dem ernsthaften Risiko, dass Wahlergebnisse, die in keinem Bezug zu dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit stehen, das neue europäische Unternehmen in eine Sackgasse führen, in der Wettbewerbskriterien nicht vorrangig sind und ein hoher Preis in Bezug auf Arbeitsplätze bezahlt werden muss. Um dies zu verhindern, muss eine europäische Lösung gefunden werden, die jetzt sowie mittelfristig und auch auf lange Sicht hin wirtschaftlich tragbar ist, bei der die Beschäftigung in Form von Konkurrenzfähigkeit und Produktivität von emblematischen Werken wie das in Figueruelas Vorrang hat.

Wir werden nicht zulassen, dass sich die Kommission auch nur noch eine Sekunde länger neutral verhält. Jetzt sind von ihr Taten gefordert, denn sowohl Beschäftigung als auch die Zukunft von GM Europe müssen sichergestellt werden. Das Parlament wird dies im Namen aller Arbeiter von Opel Europe verlangen.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – (ES) Frau Präsidentin, ich danke den Kommissionsmitgliedern für ihre Erklärungen.

Mich hat während dieser ganzen Debatte insbesondere die Verbindung zwischen den Wahlen in Deutschland und der Situation dieses Unternehmens, von der viele Werke in Europa betroffen sind, beschäftigt.

Ich werde mich im Folgenden auf drei Aspekte konzentrieren, die von der Frau Kommissarin aufgeführt wurden. Ich glaube, dass diese Situation eine vollständige und absolute Transparenz in allen Verhandlungen, die geführt werden, erfordert. Ich stimme damit überein, dass eine Überwachung aller Aspekte, was sowohl die rein rechtliche als auch die Seite der Subventionen angeht, notwendig ist. Die Kommissarin hat jedoch auch gesagt, dass sie eine Umstrukturierung, die mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und der Schließung von Werken einhergeht, für unvermeidbar hält.

Als Reaktion auf diesen Umstand, der meiner Ansicht nach von dem Unternehmensmodell herrührt, das bis jetzt propagiert wurde und von dem Maß an Gier, das wir in Europa haben, denke ich, dass wir angesichts dieser Zukunft die Menschen in den Mittelpunkt stellen müssen. Wir und die Kommission müssen innovative Strategien entwickeln und anwenden, um die Menschen zu beschützen und sicherstellen, dass sie mit Würde leben können und standardmäßige Weiterbildungsmaßnahmen in allen europäischen Ländern durchgeführt werden, um sie für den zukünftigen Arbeitsmarkt und die Anforderungen der neuen Unternehmen entsprechend zu schulen.

Zweitens möchte ich im Hinblick auf Unternehmenssubventionen sagen, dass es sich dabei um Beihilfen handeln muss, die die verbleibenden Werke existenzfähig machen. Es muss darüber hinaus ein eindeutiges Bekenntnis zu Innovation geben, was sich insbesondere, so wie es bereits von anderen Abgeordneten angesprochen wurde, auf Hybridtechnologien bezieht, damit Autofahren nicht mehr nur von fossilen Brennstoffen abhängig ist.

Das ist daher das, was wir von der Kommission für die Zukunft verlangen.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin, ich möchte eine Reihe von Kommentaren loswerden.

Der Erste ist, dass bis jetzt staatliche Subventionen für die Automobilindustrie und die von den Mitgliedstaaten und der Kommission ergriffenen Maßnahmen allesamt dadurch gekennzeichnet waren, was ich einerseits als einen defensiven Ansatz und andererseits auch als einen kurzfristigen Ansatz bezeichnen möchte. So glaube ich zum Beispiel, dass die immensen Abwrackprämien dieser Tage in Wahrheit nur die Nachfrage künstlich in die Höhe getrieben haben und ich glaube, dass es momentan so ist, dass diese Prämien nun oder in Kürze erschöpft sind, und dass wir dann sehen können, wie falsch der Eindruck war, den sie erzeugt haben. Die Nachfrage kann nicht mit dem Angebot Schritt halten.

Aus diesem Grund möchten wir die Kommission ermutigen, ihre Arbeit in weitaus ambitionierterer Weise fortzusetzen. Insbesondere was die staatlichen Subventionen angeht, glaube ich, dass wir den beiden folgenden Handlungsbereichen den Vorrang geben sollten:

Der Erste ist, dass die Umsetzung nachhaltiger Mobilitätslösungen in Europa das Talent und die Fertigkeiten von Angestellten in der Automobilindustrie, und zwar vom Ingenieur bis zum Arbeiter, erfordert. Deshalb besteht der erste Handlungsbereich offensichtlich darin, diese Fertigkeiten in der Automobilindustrie und in den damit verbundenen Industriebranchen unterstützend zu wahren und weiter zu entwickeln.

Darüber hinaus glaube ich, dass staatliche Subventionen an weitaus umfangreichere Bedingungen geknüpft werden müssen, als es derzeit der Fall ist. Mit anderen Worten, es reicht nicht aus, zu sagen, dass wir genauso weiter machen wie bisher. Ich glaube, dass staatliche Subventionen von der Beschleunigung von Veränderungen in der Industrie abhängig gemacht werden sollten. Ich stimme deshalb mit dem, was Herr Davis gesagt hat, voll und ganz überein.

Ich möchte abschließend noch auf Herrn Eppink eingehen, der offenbar der Meinung ist, dass wir gegen Freiheit seien. Was aber derzeit auf dem Markt passiert, ist jedoch in Wirklichkeit, dass immer weniger unserer Mitbürger unter die Rubrik „mein Auto bedeutet meine Freiheit“ fallen. Man muss sich nur einmal auf die Straßen von Belgien oder den Niederlanden begeben, um zu begreifen, dass dieses System seine Grenzen erreicht hat.

Veronica Lope Fontagné (PPE). – (ES) Frau Präsidentin, Kommissionsmitglieder, meine Damen und Herren, als vorgeschlagen wurde, eine Plenardebatte über die Zukunft von Opel Europe zu halten, wussten wir noch nichts von dem Kauf des Unternehmens durch Magna und seinen russischen Partner, Sberbank, am Donnerstag.

Nach Monaten der Ungewissheit beginnt nun für Opel Europe eine neue Phase, die für einige Grund zur Hoffnung, für andere Grund zur Sorge bedeutet. Wir wollen, dass sich die Bedingungen des endgültigen Vertrages, der in den kommenden Monaten unterzeichnet werden wird, positiv für die Zukunft des Unternehmens erweisen, und ich hoffe, dass die deutsche Regierung Recht mit der Annahme hat, dass dies das seriöseste Angebot zur Rettung des Unternehmens ist.

Als Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und als jemand, der aus Aragon stammt, wo das Werk Figueruelas, das immer noch zu den produktivsten Werken zählt, ansässig ist, muss ich jedoch meine Bedenken im Hinblick auf das Schicksal der Arbeiter äußern. Es wird darüber gesprochen, dass Magna im Zuge dieses Umstrukturierungsplans beabsichtigt, 10.560 Angestellte zu entlassen, derzeit 1.700 davon im Werk in Aragon, und die Zahl erhöht sich noch durch die vielen indirekt betroffenen Entlassenen, die hinzugezählt werden müssen.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass zur Rettung des Werks eine umfangreiche Umstrukturierung notwendig ist, und dass davon auch unsere Arbeiter betroffen sein werden, aber wir hoffen, dass der Umstrukturierungsplan nach wirtschaftlichen und produktivitätsbezogenen Kriterien erstellt wurde und auf das Finden der besten Lösung für alle ausgerichtet ist.

Wir vertrauen darauf, dass die Regierungen der betroffenen Länder sich in den kommenden Monaten gemeinsam mit Europa engagieren werden. Dies wird bedeuten, dass wir gemeinsam unter Anwendung wirtschaftlicher Kriterien die Existenzfähigkeit von Opel zu geringstmöglichen Kosten für alle Angestellten in den europäischen Werken unterstützen können.

Die Präsidentin. – Herr Luhan, Sie hatten eine Frage an Frau Lope Fontagné. Deshalb hatten Sie die blaue Karte hochgehalten, nicht wahr?

Petru Constantin Luhan (PPE). – Frau Präsidentin! Ich finde es sehr wichtig, dass wir dieses Thema hier besprechen. Aber was bislang nicht angesprochen wurde, war, das Thema im Zusammenhang mit europäischer Entwicklung bzw. mit regionaler Entwicklung zu behandeln.

(Die Präsidentin unterbricht den Redner.)

Die Präsidentin. – Das ist keine Frage an Frau Lope Fontagné. Wenn Sie sich nach dem „catch the eye“-Verfahren zu Wort melden möchten, haben Sie im Anschluss an die Debatte die Möglichkeit dazu.

Mario Pirillo (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die jüngsten Ereignisse bei Opel führen bei mir zu dem Gefühl, dass es dabei um mehr geht, als nur um den Kauf eines historischen europäischen Automobilherstellers. Ich frage mich: Welche Form von Industriepolitik wollen wir für Europa? Ich hätte es lieber gesehen, wenn Opel von einer europäischen Gruppe übernommen worden wäre; dies hätte Zusammenarbeit und Solidarität innerhalb der einzelnen Industriebranchen in diesem Sektor sowie ein deutliches Bekenntnis zur Zugehörigkeit der Europäischen Union demonstriert.

Der europäische Industriekommissar, Herr Verheugen, hat auf der „Etats Généraux de l'Automobile“-Konferenz im Januar 2009 gesagt, dass der Automobilsektor für Wirtschaft, Gesellschaft, Beschäftigung und Forschung von entscheidender Bedeutung ist. Ich bin besorgt über die möglichen Spätfolgen im Hinblick auf die Beschäftigung, die dieser Vertrag mit sich bringen könnte, und hoffe, dass es zu keinen Sparmaßnahmen kommen wird. Regelrecht beunruhigt bin ich allerdings über die staatlichen Subventionen, die zu keinen Wettbewerbsverzerrungen auf dem Automobilmarkt führen dürfen. Die Kommission muss sicherstellen, dass diese Beihilfe nicht an die Schließung von Werken gekoppelt ist.

Es ist eine Schande, dass der Vorschlag, der von Fiat unterbreitet wurde, weder bei der deutschen Regierung noch bei den Opel-Direktoren Zustimmung fand. Fiat ist derzeit in Bezug auf den technischen Fortschritt der führende Automobilhersteller - Schauen Sie sich doch nur einmal an, was von Fiat unternommen wurde, um die CO₂-Emissionen seiner Fahrzeuge zu reduzieren.

Dirk Sterckx (ALDE). – (NL) Frau Präsidentin, Kommissarin Kroes, wir bitten Sie eigentlich, in diesem Fall als Vermittler aufzutreten. Wenn ich das richtig verstanden habe, steht Antwerpen kurz davor, sein Opel-Werk

zu verlieren. Das Werk an sich kann möglicherweise an die eine oder andere Marke als Subunternehmen verpachtet werden, aber es sieht damit einer extrem unsicheren Zukunft entgegen.

Was ich als Antwerpener jedoch besonders schwierig zu verdauen finde, ist die Tatsache, dass wir seit Monaten davon überzeugt sind, dass die Wahl vornehmlich nicht nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgen würde, sondern aufgrund der Fähigkeit Deutschlands, der deutschen Regierung, eine sehr hohe Summe an Geldern von Steuerzahlern auf den Tisch zu blättern. Deshalb wenden wir uns an Sie in der Rolle eines Vermittlers, um herauszufinden, ob dies wahr ist und herauszuarbeiten, ob tatsächlich in diesem Fall vornehmlich wirtschaftliche und kommerzielle Argumente ausschlaggebend waren, oder ob dies ein Fall des Überlebens eines wirtschaftlich oder politisch Stärkeren gewesen ist.

Wenn Sie Ihre Untersuchung abgeschlossen haben, wären wir sehr dankbar, wenn Sie Ihre diesbezüglichen Ergebnisse diesem Parlament präsentieren würden. Schließlich müssen wir auch noch eine Menge an Informationen, oder wenigstens einige wenige eindeutige Aussagen von den betroffenen Unternehmen selbst hören. Aus diesem Grund zählen wir auf Sie, dass Sie in der Lage sein werden, uns über die Argumente, die von den Beteiligten vorgebracht wurden, Aufklärung zu verschaffen. Ich möchte Sie fragen, warum ausgerechnet Antwerpen, meine Stadt, am meisten betroffen ist, da sehr viele Leute zu Hause dies als ein Symbol dafür ansehen, wie viel Vertrauen sie noch in die Europäische Kommission und die Europäische Union setzen können.

Marianne Thyssen (PPE). – (NL) Frau Präsidentin, Kommissionsmitglieder, meine Damen und Herren, ich teile die großen Bedenken vieler in diesem Haus in Bezug auf das Schicksal von Opel und der Menschen, die dort arbeiten oder in diesem Gebiet ihren Lebensunterhalt verdienen. Beim Kauf von Opel wurde nun eine grundsätzliche Entscheidung gefällt; in den letzten Tagen und sogar Stunden sind jedoch Erklärungen gemacht worden, die bei einigen Punkten für große Verwirrung gesorgt haben. Dies ist für die Angestellten und die Menschen in den Zulieferfirmen kräftezehrend und deshalb ist nun Klarheit ohne weitere Verzögerungen gefordert, Klarheit und vor allem ein seriöser, aufrichtiger Ansatz.

Was mir bei diesem Dossier in Bezug auf den europäischen Kontext Sorgen bereitet, ist die Ankündigung von Magna, nur das Werk in Antwerpen zu schließen, wobei veröffentlichte Studien ergeben haben, dass gerade dieses Werk im Hinblick auf die Betriebswirtschaftlichkeit Trumpfkarten hält. Ich kann mich aus diesem Grund nicht des Eindrucks erwehren, dass multinationale Unternehmen einzelne Mitgliedstaaten gegeneinander ausspielen oder umgekehrt: Dass einzelne Mitgliedstaaten durch staatlichen Subventionen dazu beitragen, die Schließung oder den Erhalt von Werken in Form einer Wettbewerbsverzerrung zu beeinflussen. Wenn dies auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise und ihrer erschreckenden gesellschaftlichen Konsequenzen der Fall sein sollte, dann haben wir es mit einer Krise der Institutionen, der Glaubwürdigkeit von Institutionen, zu tun, die die Menschen ohne Orientierungspunkte zurücklässt.

Aus diesem Grund fordere ich noch einmal nachdrücklich, was ich bereits schon einmal in schriftlicher Form im Februar verlangt habe, nämlich, dass die Kommission wirklich auch von all den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, Gebrauch macht: Die Mittel, um sicherzustellen, dass die Opfer der Irrungen und Wirrungen bei Opel nicht einfach so ihrem Schicksal überlassen werden, und die Mittel, um tatsächlich eine formelle Untersuchung über den Einsatz von staatlichen Subventionen anzuordnen. Dies erfolgt im Interesse einer objektiven, transparenten Behandlung jedes einzelnen Werks und der Menschen, die davon abhängig sind. Denn schließlich müssen die Menschen in der Lage sein, sich auf die Europäische Union dahingehend verlassen zu können, dass sie ihre Hauptaufgaben auch unter schwierigen Umständen, wie wir sie derzeit haben, erledigt, dass sie die Angelegenheiten ernst nimmt, und darauf, dass in Europa nicht mit zweierlei Maß gemessen wird. Dies ist nun wirklich die Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit der Institutionen, verehrte Kommissionsmitglieder, und wir zählen auf Sie.

Arlene McCarthy (S&D). Frau Präsidentin, ich glaube, dass wir alle dasselbe Ziel haben: Die Existenz- und Konkurrenzfähigkeit der europäischen Automobilindustrie auf lange Sicht sicherzustellen und die Arbeitsplätze in diesem Sektor zu sichern.

Im Juli habe ich Kommissar Verheugen geschrieben und ich war erfreut, sein Versprechen zu erhalten, faire Voraussetzungen für jede Art von Umstrukturierungsplan für den europäischen Zweig von GM zu gewährleisten. In meiner Region ist das Vauxhall-Werk in Ellesmere Port mit seinen 2 200 direkten Arbeitsplätzen Dreh- und Angelpunkt der lokalen Wirtschaft. Im Werk sind radikale Umstrukturierungen erfolgt, und es gilt nun als ein schlanker, effizienter und wettbewerbsfähiger Betrieb, ähnlich wie das Luton-Werk im Südosten Englands.

Wir alle wollen den Verlust von Arbeitsplätzen vermeiden, aber die Entscheidung muss auf Grundlage der Lebensfähigkeit und der Effizienz der einzelnen Werke getroffen werden. Sie muss auf Fairness basieren, ohne Vetternwirtschaft erfolgen und darf nicht davon abhängig sein, dass ein Mitgliedstaat mehr finanzielle Mittel zusichert als andere. Ich bin erfreut darüber, dass Kommissarin Kroes erkennt, dass es keinen Raum für abgekartete Spiele auf politischer Ebene, politische Drahtzieher oder Bedingungen für die Vergabe von staatlichen Subventionen gibt.

Ich bitte die Kommission dringend, wachsam zu sein und sicherzustellen, dass jede finanzielle Beihilfe auf Grundlage der Vorschriften für staatliche Subventionen und der Fähigkeit europäischer Betriebe, kommerziell überlebensfähig und wirtschaftlich fit für die Zukunft zu sein, erfolgt. Der Erhalt einer starken europäischen Automobilindustrie bedeutet, sich für einen gesamteuropäischen Ansatz zu entscheiden, durch den die wichtige und effiziente Infrastruktur in allen Mitgliedstaaten und allen Regionen erhalten bleibt.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Es ist die Frage aufgekommen, ob die Bereitstellung von 4,5 Mio. EUR für die Umstrukturierung von Opel durch die deutsche Regierung, was als ein Erfolg gefeiert wurde, ein politischer oder ein wirtschaftlicher Akt war. Die beste Antwort auf diese Frage kam dabei von deutschen Regierungsvertretern als es darum ging, sich für Magna als die Einheit zu entscheiden, die Opel übernimmt. Einer der Vertreter nahm erst gar nicht an der entscheidenden Abstimmung teil, ein anderer, Herr Wennemer, stimmte dagegen, weil er das Ganze als politische Entscheidung ansah.

Die europäische Kommission sollte die Beschaffenheit der staatlichen Subventionen für Opel bewerten und das Parlament darüber informieren, ob es sich dabei nicht vielleicht um einen Fall handelt, wo ein lokaler Markt auf Kosten von Produktionsstätten und Arbeitsplätzen in anderen EU-Mitgliedstaaten geschützt wurde. Ich selbst war von der Härte der Bewertungen durch die Europäische Kommission betroffen, als den Werftarbeitern in Szczecin und Gdynia die Möglichkeit genommen wurde, weiterhin Schiffe zu bauen. Wird die Einschätzung dieses Falls von staatlicher Beihilfe durch Kommissarin Kroes ebenso hart und unumstößlich sein, wie im Falle der polnischen Werften? Die Bürgerinnen und Bürger Europas hegen den Verdacht, dass in diesem Fall mit zweierlei Maß gemessen wird.

Abschließend möchte ich noch betonen, dass die weltweite Finanzkrise nun schon ein Jahr anhält. In diesen schwierigen Zeiten sollte die Europäische Kommission darauf vorbereitet sein, Lösungen zu unterstützen, zu bewerten, zu empfehlen und vorzuschlagen, die nicht mit dem Dünkel behaftet sind, aus politischen oder protektionistischen Interessen einzelner Mitgliedstaaten entstanden zu sein. Bedauerlicherweise habe ich den Eindruck, dass die Kommission in diesem Fall eine passive Haltung angenommen hat.

Olle Ludvigsson (S&D). – (SV) Frau Präsidentin, wir können nur zu dem Schluss kommen, dass die Krise, in der wir uns derzeit befinden, beispiellos ist. Aus diesem Grund ist es für uns notwendig, eine in sich stimmige und aktive Politik zu betreiben, nicht nur um die Arbeitsplätze zu sichern, die noch gesichert werden können, sondern auch um denjenigen, die ihre Arbeit verlieren, dabei zu helfen, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Weiterbildung wird dabei eine große Rolle spielen.

Die Automobilindustrie ist der Motor der europäischen Wirtschaft und es ist deshalb wichtig, Entscheidungen auf der Grundlage von langfristigen Zielen für die Entwicklung einer nachhaltigen europäischen Automobilindustrie zu treffen. Bisher sind die verschiedensten Ideen vorgebracht worden, wie Arbeitsplatzverluste und Kündigungen verteilt werden sollen. Falls es wirklich so kommen sollte, dass jeder fünfte Arbeitsplatz in der Opel-Gruppe verloren gehen wird, dann wird das sowohl für die Menschen als auch für die betroffenen Gesellschaften unabhängig von dem jeweiligen Land enorme Belastungen bedeuten. Ich hoffe deshalb, dass das Verfahren ordnungsgemäß durchgeführt wurde, und dass die einzelnen Länder und damit auch die Arbeiter untereinander nicht von den multinationalen Unternehmen gegeneinander ausgespielt wurden. Die Bemühungen Europas, sich dieser Krise zu erwehren, müssen koordiniert und ausgewogen sein.

Es ist außerdem wichtig, dass die Gewerkschaften miteinbezogen werden, sodass sie in der Lage sind, in einer aktiven und konstruktiven Weise an diesem Prozess teilzunehmen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass Kommission und Parlament die Entwicklungen sehr genau mitverfolgen. Forschung und Entwicklung sind für die Zukunft der Automobilindustrie von entscheidender Bedeutung, und dies gilt nicht nur für Opel, sondern für alle Automobilhersteller in ganz Europa.

Petru Constantin Luhan (PPE). – Frau Präsidentin! Ich schätze es sehr, dass so ein wichtiges Thema im Europäischen Parlament zur Debatte steht. Persönlich habe ich mehr als drei Jahre im Autozulieferbereich gearbeitet. In meinem Heimatland belegen die Auslandsinvestitionen im Automobilbereich den ersten Platz.

Daher spielt meiner Meinung nach die Automobilindustrie auch im Zusammenhang mit der regionalen Entwicklung eine wichtige Rolle.

Neben der Unterstützung der Innovation sollten wir auch Anreize für die Restrukturierung und Erweiterung der Automobilzulieferer und Automobilhersteller in ganz Europa schaffen, denn eines der wichtigsten Ziele der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments ist ein hohes Maß an wirtschaftlicher Kohäsion. Die Europäische Kommission sollte sich mehr einbringen, auch was die Zuschussvergabe in der Automobilindustrie betrifft. Dies sollte zunächst als eine Maßnahme gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise gelten, aber auch als einer der Bausteine für die Innovation in der Automobilindustrie.

Opel ist in diesem Zusammenhang nur ein Beispiel dafür, dass sich dieser Bereich im Moment auf dem aufsteigenden Ast befindet, aber natürlich befinden sich viel mehr Automobilhersteller in der gleichen Situation. Aus diesem Grund möchten wir, dass die Europäische Kommission diesen wirtschaftlichen Zweig und diesen Bereich prioritär behandelt.

Matthias Groote (S&D). - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Thema Opel und Automobilindustrie ja nicht das erste Mal hier auf der Tagesordnung stehen. Ich bin froh, dass die Rettung geglückt ist. Es gab ja ganz andere Vorschläge, z. B. war von einer geordneten Insolvenz die Rede. In der Zulieferindustrie – ich komme gerade aus Bayern, dort habe ich einen Zulieferbetrieb besucht – ist man sehr dringend auf Aufträge angewiesen, dort hat ein Dammbruch stattgefunden. Wenn jetzt auch noch Opel in die Insolvenz getrieben worden wäre, dann wäre das ganz schlimm gewesen und hätte verheerende Folgen gehabt.

Wir haben gerade die Schlussfolgerungen der Kommission gehört. Es hat einen Automobilgipfel unter Mitwirkung der Kommission gegeben, aber danach hat man eigentlich nichts mehr gehört. Wir haben heute gehört, was vielleicht nicht geht. Das muss sich in Zukunft ändern: Wir müssen von der Kommission hören, was geht, damit wir keine nationalistischen Debatten haben; die Kommission muss besser vermitteln, damit wir eine einheitliche europäische Industriepolitik verfolgen. Das ist auch mein Wunsch an die nächste Kommission.

Hans-Peter Martin (NI). - Frau Präsidentin! Ich melde mich zunächst aus doppelter Befangenheit zu Wort. Meine Frau ist selbst im Management eines Automobilkonzerns in Deutschland tätig, und in Österreich ist man froh, dass Opel auf diese Art und Weise scheinbar gerettet wird. Aber wenn wir uns die Vorgänge genauer ansehen, kommen mir große Zweifel, ob wir nicht genau das Gleiche machen, wie wir es in Österreich schon im Zusammenhang mit der scheinbaren Rettung der verstaatlichten Industrie erlebt haben und wie es in Deutschland schon rund um das Holzmann-Unternehmen vor einem entscheidenden Wahlgang passiert ist. Ich weiß nicht, ob es hier Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland gibt, die mit mir eine Wette eingehen würden, ob Opel in dieser Form durch den präsumtiven deutschen Steuerzahler gestützt worden wäre, wenn nicht in zehn Tagen ein so wichtiger Urnengang anstünde.

Ich wünsche mir von der Kommission, dass sie das *sine ira et studio* betrachtet, dass sie sich wirklich überlegt, ob das vernünftig ist. Wenn man immer von Wettbewerb redet, sollte es den auch geben, und es sollte nicht dazu führen, dass es einen Wettbewerb nach unten gibt, dass diejenigen mitgezogen werden, die eigentlich besser gewirtschaftet haben als Opel!

Theodor Stolojan (PPE). – (RO) Frau Präsidentin, wir sprechen eigentlich über erste Anzeichen einer Erholung auf dem europäischen Markt, aber bedauerlicherweise ist die Situation für die Automobilindustrie immer noch alarmierend. Aus diesem Grund denke ich, dass wir ein deutliches Signal an die Länder Europas senden müssen, womit wir sie dazu ermutigen, ihre Programme für den Austausch alter Fahrzeuge mit hohem Kraftstoffverbrauch gegen neue Fahrzeuge und dabei gleichzeitig auch die Bonusprogramme aus den Haushaltsplänen der entsprechenden Länder fortzusetzen. Dabei ist es offensichtlich, dass wir auch in der Lage sein müssen, gewisse Umstrukturierungsbedingungen im Hinblick auf die Einsparung von Energie an diese Programme zu knüpfen.

Saïd El Khadraoui (S&D). – (NL) Frau Präsidentin, die vorläufige Lösung für das Opel-Dossier bedeutet für einige Leute sicherlich eine gute Nachricht, aber es sind denkbar schlechte Neuigkeiten für die tausende von Menschen, die ihre Arbeitsplätze verlieren und so, wie ich die Verlautbarungen des heutigen Nachmittags interpretieren darf, wird dies auch für Antwerpen gelten. Ganz zu schweigen von der Zulieferkette, wo auch zahlreiche Arbeitsplätze verloren gehen werden. Das sind alles gesellschaftliche Tragödien, und ich glaube, dass in diesem Zusammenhang vor allem drei Dinge wichtig sind:

Erstens, die Kommission muss nun all ihre Kompetenzen ins Spiel bringen, um zu gewährleisten, dass die negativen Folgen der angekündigten Umstrukturierung einen anständigen und objektiven Verlauf nehmen. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass die Glaubwürdigkeit Europas erhalten bleibt, und dass die Menschen nicht das Gefühl bekommen, dass nicht alle Arbeitnehmer gleich behandelt werden.

Zweitens, die Kommission muss sofort damit anfangen, all ihre Energie einzusetzen, um mitzuhelfen, den von den Arbeitsplatzverlusten betroffenen Standorten eine neue Zukunft bieten zu können.

Drittens, und das ist meiner Meinung nach die hauptsächliche Lektion, die gelernt werden muss, brauchen wir eine proaktivere Kommission, wir brauchen eine europäische Industriepolitik, eine Perspektive angesichts der Herausforderungen, der Möglichkeiten und der Art, wie aus europäischer Sicht mit Problemen umgegangen wird, und zwar für die länderübergreifenden Industriesektoren wie die Automobilbranche.

Krisztina Morvai (NI). Frau Präsidentin, ich möchte mich für meine Unkenntnis entschuldigen. Ich bin eine Anwältin für Menschenrechte mit wenig Sachkenntnis in wirtschaftlichen Dingen, deshalb habe ich zwei grundsätzliche Fragen.

Die Erste lautet: Besteht da nicht ein grundsätzliches Problem mit einem wirtschaftlichen System, wenn Gewinn privatisiert wird und die Kosten und Schäden verstaatlicht und von den Steuerzahlern bezahlt werden, von denen die meisten oder jedenfalls viele von ihnen arm sind, die also für die schlechten Entscheidungen, die von einer kleinen, reichen Unternehmenselite getroffen wurden, bezahlen müssen? Ist dann da nicht grundsätzlich etwas faul in diesem System, und sollten wir nicht nach den Wurzeln all dessen, über das wir heute sprechen, suchen?

Die zweite Frage lautet: Wir reden hier über Diskriminierung bei der Verteilung von öffentlichen Geldern nach geographischen Gesichtspunkten oder zwischen Nationen und Ländern - aber was ist mit den einzelnen Sektoren? Ist es fair, dass diese großen Unternehmen öffentliche Gelder aus der Kasse der Steuerzahler bekommen, während dies kleinen und Familienbetrieben vorenthalten bleibt? Wird damit nicht grundsätzlich gegen das Prinzip der gleichen Möglichkeiten für alle wirtschaftlichen Einheiten in der Europäischen Union verstoßen?

Richard Howitt (S&D). Frau Präsidentin, als Abgeordneter, das Luton im Osten Englands vertritt, möchte ich mich meiner britischen Kollegin Arlene McCarthy anschließen und unserem tiefen Wunsch an Herrn Špidla und an die Kommission Ausdruck verleihen, diesen GM-Opel-Vertrag Zeile für Zeile auf das Genaueste zu überprüfen, um sicherzustellen, dass ein Deal über den Ausverkauf eines Unternehmens in Europa auch ein guter Deal für Europa insgesamt ist.

Ich möchte auch an ihn appellieren, insbesondere auf die Aspekte um die LKW-Produktion zu achten, da dies das Werk in Luton betrifft. Erstens, weil Magnas Partner ein russisches LKW-Unternehmen ist und Sorge besteht, dass dieses Unternehmen auf Kosten der vorhandenen Produktion seinen Nutzen ziehen wird. Zweitens, weil erwartet wird, bis zum Jahre 2012 mit einem neuen Modell auf den LKW-Markt zu kommen, und solange Magna keine Zusicherungen gibt, dass das neue Modell auch tatsächlich auf den Markt gebracht werden wird, herrscht Sorge über die Zukunft des Werks. Und dann gibt es abschließend noch Bedenken dahingehend, dass der Deal nicht mit dem Produktions-Joint-Venture zwischen General Motors und Renault kompatibel ist, was die Hälfte der Produktion in Luton betrifft. Ich fordere ihn deshalb auf, alles in seiner Macht stehende zu tun, um sowohl die Produktion als auch die damit verbundenen Arbeitsplätze zu sichern.

Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission. – (CS) Meine Damen und Herren, die Debatte hat deutlich gezeigt, dass die Automobilindustrie einen der wichtigsten Wirtschaftsbereiche in der Europäischen Union darstellt. Meiner Meinung nach ist dabei auch deutlich geworden, dass es für die Automobilindustrie, und gerade jetzt auch für Opel, nur eine europäische Lösung geben kann, und dass es unmöglich ist, eine langfristige Lösung im Rahmenwerk eines einzelnen Landes zu finden, die sich in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht bewährt. Es gab darüber hinaus aus meiner Sicht eine klare Betonung der Wichtigkeit, dass die Kommission sicherstellt, dass alle Vorschriften konsequent und objektiv angewendet werden. Es ist viel über die Regeln des wirtschaftlichen Wettbewerbs debattiert worden, aber ich möchte betonen, dass Europa auch über eine Vielzahl an sehr grundlegenden Richtlinien verfügt, die sich auf gesellschaftliche Aspekte und die Regulierung von Umstrukturierungen sowie die Informationsweitergabe an Beschäftigte und eine ganze Bandbreite von Themen beziehen, die wir grundsätzlich berücksichtigen müssen, weil jeder wirtschaftliche Akt vom Wesen her eine Beziehung zwischen Menschen ist, und wir müssen uns der gesellschaftlichen Folgen aller Entscheidungen voll und ganz bewusst sein. Ich möchte betonen, dass im Fall Opel alle für die Automobilindustrie an sich wichtigen Komponenten deutlich zu Tage getreten sind, und meiner Meinung nach können wir auch anhand der Art, wie die verschiedenen europäischen Ebenen bei der Lösung dieses

Problems zusammenarbeiten, absehen, wie sich die Zukunft für die europäische Automobilindustrie gestalten wird.

Meine Damen und Herren, es ist in der Debatte eher unterschwellig angedeutet worden, dass die Kommission nicht ausreichend aktiv geworden ist. Ich muss dazu sagen, dass im Verlauf der Krise, und zwar insbesondere bei ihrem Auftakt, es sehr eindeutige Bekundungen protektionistischer Tendenzen und eines wirtschaftlichen Nationalismus gegeben hat. Einige Monate später war dies kein vorrangiges Thema mehr. Aus meiner Sicht sollten wir die enormen Anstrengungen der Kommission in Bezug auf dieses Thema anerkennen, nicht zuletzt deshalb, weil sie zu eindeutigen Ergebnissen geführt haben. Soweit es die Angelegenheit an sich betrifft, hat mein Kollege, Herr Verheugen, zwei Treffen organisiert, um das Thema zu behandeln, und hat dabei einzelne Mitgliedstaaten an einen Tisch gebracht, mit dem Ergebnis, dass es zu einem offenen Informationsaustausch untereinander gekommen ist, was bislang bei Umstrukturierungsmaßnahmen nicht immer der Fall gewesen ist. Aus meiner Sicht hat die Debatte auch deutlich gemacht, dass sich die europäische Automobilindustrie in einem langfristigen Umstrukturierungsprozess befindet, und dass diese Tatsache berücksichtigt werden muss. Die zukünftige Entwicklung ist ein zentrales Thema gewesen, und ich bin erfreut darüber, dass ich noch einmal betonen kann, dass Innovationen in der Automobilindustrie durch die Europäische Investitionsbank gefördert werden, um sicherzustellen, dass durch die Krisensituation nicht die Kompetenz der Industrie für die Entwicklung von Innovationen geschwächt wird.

Meine Damen und Herren, obwohl die getroffene Entscheidung sehr wichtig für die Angelegenheit ist, die wir hier diskutiert haben, befinden wir uns nichtsdestotrotz in der Mitte eines Prozesses und es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Kommission all ihre Kräfte und Ressourcen mobilisiert hat, um sicherzustellen, dass das Verfahren ordnungsgemäß und im sehr genauen Bewusstsein für die gesellschaftliche Tragweite durchgeführt wurde.

Neelie Kroes, Mitglied der Kommission. Frau Präsidentin, ich bin für fast alle Anmerkungen, die hier gemacht wurden, aus vielerlei Gründen dankbar. Dies ist eine ideale Gelegenheit, um herauszufinden, wo die Kompetenz der Kommission begrenzt ist, mit welchen Aufgaben sie sich konfrontiert sieht, und welches die eindeutigen Ziele ihrer Politik sind. Ich möchte auch auf den zeitlichen Rahmen zu sprechen kommen. Herr Langen ist in seinem Beitrag diesbezüglich sehr deutlich geworden, ebenso, was die Rolle der Kommission betrifft.

Wir sind uns alle im Klaren darüber, dass wir auf einem Kontinent, und nicht nur auf dem Kontinent, leben, der nicht ausschließlich von Engeln bevölkert wird. Die Versuchung, verschiedene Situationen durch staatliche Subventionen zu entschärfen, ist gegeben, und darüber sind wir uns alle im Klaren. Das ist genau der Grund dafür, warum die Beurteilung des Einsatzes von staatlichen Subventionen in Händen der Kommission liegt; eine Entscheidung, die übrigens von allen Mitgliedstaaten getragen wird. Ich bin übrigens tief beeindruckt über die Tatsache, dass die Gründungsväter Europas in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sich bereits der Stolperfallen, die ein falscher Einsatz von staatlichen Subventionen mit sich bringt, bewusst waren. Sie haben diesbezüglich bereits damals eine klare Position bezogen, und diese ist auch in den Römischen Verträgen beibehalten worden.

In diesem Sinne besteht die Rolle der Kommission darin, sicherzustellen, dass keine protektionistischen Bedingungen an die staatliche Finanzierung geknüpft werden, und das ist genau der Punkt, an dem wir gefordert sind. Einige von Ihnen fragen, warum wir nicht schneller sind, aber wir tun bereits unser Möglichstes. Nationalismus ist übrigens in der Zusammenarbeit mit Banken nie ein Thema gewesen. Es gibt Beispiele aus der deutschen Bankenwelt, wo die Bereitstellung sehr schnell erfolgt ist, wie im Fall der Sachsen LB, aber dies hängt, wie in diesem Fall auch, jeweils von den einzelnen involvierten Parteien ab. Wir brauchen die Fakten und Zahlen. Und dass alles schneller gehen muss, versteht sich von selbst: Das muss nicht noch einmal extra betont werden, da wir uns dieser Tatsache durchaus bewusst sind. Wir erledigen die Aufgaben so schnell, wie es uns die Übergabe an Informationen ermöglicht. In diesem Sinne kommen wir also zu der von Ihnen geforderten klaren Linie, sind sehr sorgfältig und präzise und führen eine Untersuchung durch, um Beweise zu finden und dies dann alles dem Parlament zu präsentieren. Ich bin stets bereit, und hoffentlich auch in der Lage, hierhin zurückzukommen, um unsere Ergebnisse zu erläutern, aber wir müssen zunächst einmal erst verifizieren, was wir gefunden haben. Wir müssen sicher und in der Lage sein, dies präsentieren zu können.

Wenn Herr Verhofstadt möchte, dass wir sogar noch weiter gehen, und nicht nur staatliche Subventionen, sondern auch noch Fusionsvorschriften mit einbeziehen, so werden wir auch dies, sofern Magna/Sberbank im Rahmen der EG-Fusionskontrollverordnung bei der Kommission anmeldepflichtig ist, sorgfältig bewerten. Ich weiß sehr wohl, dass es genau das ist, worauf das ehrenwerte Mitglied auch hinaus möchte.

Wir müssen sehr vorsichtig dabei sein, eine ungesunde, aber extrem konkurrenzfähige Industrie durch ein Kartell auf der Grundlage von Marktaufteilung und Preisfixierung zu ersetzen, damit wir mit unseren Rettungsversuchen die Situation nicht noch verschlimmern. Wir behalten die Punkte in Bezug auf Schnelligkeit und sorgfältige und präzise Arbeit im Hinterkopf und werden sehr in die Tiefe gehen. Es ist sehr wichtig sicherzustellen, dass staatliche Subventionen zu einer ordnungsgemäßen Umstrukturierung führen. Das ist wesentlich und das ist das, womit sich die Kommission eindringlich beschäftigt. Dabei ist weder die Größe des Mitgliedstaats, noch die Nationalität oder die Größe des Unternehmensdossiers ausschlaggebend. Wir sind objektiv.

Ich versichere Ihnen, dass ich mich darauf freue, Ihnen einen Vorschlag unterbreiten zu können, von dem wir sagen können, dass wir unsere Arbeit erledigt haben, und zwar in einer angemessenen Weise, und dass wir Ihnen garantieren können, dass er realisierbar ist und für stabile Arbeitsplätze in der Zukunft sorgen wird. Das ist nämlich eine der Hauptaufgaben, deren Lösung wir den Menschen schulden, die derzeit in dieser Ungewissheit leben müssen.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen

21. Waldbrände im Sommer 2009 (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission zu den Waldbränden im Sommer 2009.

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. – (EL) Frau Präsidentin, ich möchte zunächst meine Unterstützung für alle, die von den jüngsten Waldbränden betroffen sind, ausdrücken.

In diesem Sommer hat die Gemeinschaft einen wichtigen Beitrag zum Löschen der zahlreichen schwierigen Waldbrände, die in verschiedenen Mitgliedstaaten ausgebrochen waren, geleistet. Das Pilotprogramm der europäischen taktischen Reserve zur Waldbrandbekämpfung hat dabei eine wichtige Rolle übernommen und die von den Waldbränden betroffenen Mitgliedstaaten maßgeblich unterstützt.

Ich möchte meine besonderen Danksagungen auf das Europäische Parlament ausdehnen, dafür dass es die Finanzierung für dieses Pilotprogramm genehmigt hat. Und ich muss darüber hinaus sagen, dass dieses Programm ein kleiner Teil, eine teilweise Umsetzung der Vorschläge und Ideen aus dem Bericht von Michel Barnier sind, dem ich auf diesem Weg auch meinen Dank ausdrücken möchte.

Dieses Pilotprogramm hat das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz grundlegend verstärkt und durch die Erweiterung ist eine Erleichterung erreicht worden, von Naturkatastrophen betroffenen Ländern zu helfen.

Das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz ist von Frankreich, Italien, Spanien und anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union genutzt worden, um Brandschutzunterstützung aus der Luft in Griechenland, Portugal und anderen Ländern anzubieten. Dabei sind tatsächlich zum ersten Mal zwei Flugzeuge für die Brandbekämpfung aus der Gemeinschaft gemeinsam mit Flugzeugen aus Griechenland, Portugal und Frankreich für die Waldbrandbekämpfung im Rahmen eines Pilotprogramms eingesetzt worden, um eine unabhängige Gemeinschaftsfeuerwehr zu bilden.

Aus Anlass dieser jüngsten Brände sind viele Stimmen von Politikern, Wissenschaftlern, Journalisten und einfachen Bürgern laut geworden, die nach der Bildung einer spezialisierten Brandbekämpfungseinheit auf europäischer Ebenen verlangen, um direkt und effektiv eingreifen zu können, wenn nationale Feuerwehren nicht ausreichend sind.

Es sind große Anstrengungen in diese Richtung unternommen worden, um eine unabhängige Interventionseinheit für die Waldbrandbekämpfung einzurichten und, wie ich bereits gesagt habe, ist dabei die Unterstützung durch das Europäische Parlament von entscheidender Bedeutung gewesen. Es hat uns erlaubt, die Finanzierung für die Charterung von Flugzeugen für die Brandbekämpfung zu sichern, was damit zum ersten Mal für den Zeitraum vom 1. Juni bis zum 30. September erfolgt ist, und wir haben unter der Aufsicht der Europäischen Kommission eine mit Flugzeugen operierende Brandschutzeinheit, die „EU Forest Fire Tactical Reserve“, zusammengestellt und in den Dienst gestellt, deren Flugzeuge dann bei Brandbekämpfungsmaßnahmen in verschiedenen Ländern beteiligt waren. Um genau zu sein, wurde diese Einheit in sechs von neun Fällen mobilisiert, in denen das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz zur Unterstützung angefordert wurde.

Und die nationalen Flugzeuge sind, egal, ob sie aus Griechenland, Portugal oder Italien stammten, sowie solche aus anderen Ländern, tatsächlich auch durch die Brandschutzbekämpfungsflotte der Gemeinschaft verstärkt worden, die unter der Flagge der Europäischen Union und nicht unter der eines Mitgliedstaates geflogen ist.

Ziel dieses Pilotprogramms war es, die Lücken in der Luftkapazität der Mitgliedstaaten zu füllen, nicht aber die verfügbaren nationalen Ressourcen zu ersetzen. Diese in diesem Jahr gecharterten Reserveflugzeuge sind, wie ich bereits erwähnt habe, in Portugal, in Südfrankreich und Korsika, in Italien und in Griechenland in der Region Attika, wo es die größten Brände gab, zum Einsatz gekommen. Sie haben ihre Basis auf Korsika, das zum Zwecke der Intervention für den gesamten Mittelmeerbereich absolut zentral gelegen ist.

Ich bin der Ansicht, dass es nun einen dringenden Bedarf gibt, eine unabhängige Kapazität zu bilden, die für Naturkatastrophen auf Gemeinschaftsebene zuständig ist. Wir hoffen, dass dieses Pilotprogramm Kernstück einer zukünftigen europäischen schnellen Eingreifereinheit für die Waldbrandbekämpfung und andere durch Menschenhand verursachte Katastrophen sein wird.

Es gibt natürlich einige unterschiedliche Meinungen hier in Bezug auf die Waldbrände, einschließlich der Leute, die das Subsidiaritätsprinzip beim Forst-Ressourcenmanagement und für den Schutzsektor bemühen. Es gibt jedoch auch Vorbehalte im Hinblick auf die Übertragung einer größeren Machtbefugnis an die Kommission für den Bereich des Katastrophenschutzes. Darüber hinaus gibt es Argumente, die besagen, dass die Existenz einer europäischen Brandbekämpfungseinheit vielen nationalen Behörden ein falsches Gefühl von Sicherheit vermitteln würde, die in diesem Zuge dann die nötigen Investitionen in Personal, Hilfsmittel für die Brandbekämpfung und vor allem in den Schutz vor Bränden und anderen Naturkatastrophen vernachlässigen könnten.

Abgesehen von diesen Reaktionen gibt es eine Vielzahl von praktischen Problemen und Koordinationsproblemen, was insbesondere die Waldbrände angeht. Es stellt sich zum Beispiel die Frage, welche Kriterien und welche Prioritäten geltend gemacht werden, um zu bestimmen, wie die europäischen Brandschutzlufteinheiten eingesetzt werden sollen, wenn in verschiedenen Ländern, wie in Portugal und Griechenland beispielsweise, gleichzeitig Feuer ausbrechen.

Auf jeden Fall werden alle diese Aspekte in einem von der Europäischen Kommission für die Debatte über den Einsatz des Pilotprogramms in diesem Sommer durch den Ministerrat und das Europäische Parlament eingereichten Bericht analysiert werden.

Der Rat, das Europäische Parlament und die Kommission müssen insgesamt überzeugt werden und bei der weiteren Entwicklung dieses Verfahrens zusammenarbeiten. In der Zwischenzeit dürfen natürlich die Mitgliedstaaten auf keinen Fall ihre wie auch immer gearteten Verpflichtungen in Bezug auf den Informations-, Ausbildungs- und Schutzsektor vernachlässigen.

Ich möchte noch ein paar Worte über das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz verlieren, das 2001 geschaffen wurde, und das in den ersten Jahren nur für wenige Eingriffe in Anspruch genommen wurde. Seit 2005 sind die Interventionen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union, mit etwa 50 % innerhalb der Europäischen Union und 50 % außerhalb, um das Fünffache gestiegen, und wir haben die Koordination und die Unterstützung, die wir über das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz anbieten, umfassend verbessert.

Jeder weiß, wie wichtig das Eingreifen im Falle des Tsunamis als auch im Falle des Hurrikans Katrina gewesen ist. Wir waren in der Tat in beiden Fällen die Ersten, die Fachkräfte in die Katastrophengebiete gesandt haben. Wie ich bereits an früherer Stelle gesagt habe, gibt es aber noch viel für uns zu tun und jeder, der den Barnier-Bericht liest, wird erkennen, wie umfangreich wir den Katastrophenschutz zu Gunsten der europäischen Bürgerinnen und Bürgern und natürlich auch den Umweltschutz verbessern können.

Theodoros Skylakakis, im Namen der PPE-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, jedes Jahr werden 400 000 Hektar Wald in Südeuropa zerstört. Dies ist eine systemische Katastrophe in massivem Ausmaß, die sich in den nächsten Jahrzehnten noch verschlimmern wird. Wir werden in den nächsten 30 bis 40 Jahren, unabhängig davon, was wir im Hinblick auf die Reduzierung der Treibhausgase auch unternehmen werden, mit einer Verschlechterung des Klimas, insbesondere im Süden Europas, wo die Wälder gefährdet sind, leben müssen, was für uns alle eine negative Erfahrung sein wird. Wir werden es zukünftig mit großflächigeren Bränden und ernsthafteren Gefahren zu tun bekommen.

Unter normalen Umständen obliegt die Brandbekämpfung der Verantwortung und Verpflichtung der einzelnen Mitgliedstaaten und die Mitgliedstaaten in Südeuropa wissen sich erfolgreich gegen die mehreren

tausend Feuer jährlich zur Wehr zu setzen. Unter außergewöhnlichen Umständen kommt es jedoch jedes Jahr auch zu enorm flächendeckenden Waldbränden, die eine externe Unterstützung und Solidarität von außen erfordern.

Der von der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) vorgeschlagene Beschluss stützt sich auf diese Tatsachen und zeigt, unter anderem, dass eine effektive europäische schnelle Eingreifereinheit dringend notwendig ist, wie von Kommissar Dimas erwähnt und wie es auch im Barnier-Bericht gefordert wurde.

Er macht die Notwendigkeit nach einer flexiblen und sofortigen Mobilisierung von Ressourcen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union, die Notwendigkeit, die Waldbrände in Südeuropa an oberste Stelle des sich derzeit in der Ausarbeitung befindlichen EU-Aktionsplans zu setzen, um sich dem Klimawandel anzupassen, sowie die Notwendigkeit, den Vorschlag der Kommission im Hinblick auf eine europäische Politik für den Umgang mit Naturkatastrophen so schnell wie möglich vorzubringen, deutlich.

Es ist für mein Land und besonders für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger wichtig, dass der Beschluss durch das Europäische Parlament genehmigt wird. Und es ist für dieses Parlament wichtig, zu zeigen, dass es sich dieses für den Süden Europas so wichtigen Sachverhalts bewusst ist.

Anni Podimata, im Namen der S&D-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, dieses Jahr hat sich erneut die Geschichte der Waldbrände zum Schlechten wiederholt und wir sehen uns mit der Tatsache konfrontiert, wie in jedem Herbst nach der Sommerpause über die Rekultivierung der betroffenen Gebiete und die Hilfen für die Opfer zu debattieren.

So haben wir auch in diesem Jahr wieder in Griechenland hunderttausende Hektar verbrannter Flächen und damit eine ökologische und wirtschaftliche Katastrophe unermesslichen Ausmaßes, wobei Spanien, Portugal, Italien und Frankreich Katastrophen von ähnlicher Intensität erlitten haben.

Herr Kommissar, dabei ist eine Sache klar, auf die Sie schon hingedeutet haben: Wir scheinen nicht in der Lage zu sein, aus den in der Vergangenheit gemachten Fehlern zu lernen. Wir reden nun schon seit mindestens sechs Jahren über eine gemeinsame europäische Katastrophenschutzereinheit. Dies ist permanent ein Gesuch des Europäischen Parlaments gewesen, dessen Bedeutung jedoch durch Fehler von Seiten einiger nationaler Regierungen entwertet worden ist. Fehler in der Ausgestaltung und Anwendung präventiver Verfahren und Maßnahmen, einer Unfähigkeit oder Unwilligkeit, eine strenge Gesetzgebung einzuführen, die die Aufforstung von zerstörten Gebieten zur Pflicht macht und die Unterlassung, alle verfügbaren Ressourcen der Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen, um die Opfer zu entschädigen.

Auf Gemeinschaftsebene muss zusätzlich zur Katastrophenschutzereinheit die direkte Aktivierung der Ressourcen aus dem Solidaritätsfonds, und wichtiger noch, das Freimachen dieser Ressourcen von bürokratischen Mechanismen oberstes Ziel der Kommission sein.

Letztendlich wissen Sie, Herr Kommissar, besser als wir, dass uns eine neue Generation von Bränden bevorsteht, die so genannten Hochintensitätsbrände, die direkt auf den Klimawandel zurückzuführen sind und hauptsächlich die Wälder in der Mittelmeerregion und Südeuropa betreffen. Aus diesem Grund brauchen wir eine sofortige Umgestaltung des Forstschutzes sowohl auf nationaler als auch auf Gemeinschaftsebene, indem wir Brandschutz und Brandbekämpfung den neuen Bedingungen anpassen und diese Strategien in das Maßnahmenpaket, das auf den Weg gebracht werden muss, integrieren, sodass sich die Mitgliedstaaten der Herausforderung durch den Klimawandel stellen können.

Izaskun Bilbao Barandica, im Namen der ALDE-Fraktion. – (ES) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, ich danke Ihnen für Ihre Erklärungen.

Ich denke, dass wir in der Tat eine Gemeinschaftspolitik brauchen, um erstens den auftretenden Bränden vorzubeugen, und wir haben gesehen, dass dies den ganzen Sommer über angehalten hat.

Ich möchte aber auch sagen, dass ich eigentlich meine Rede damit beginnen wollte, an die vier Feuerwehrleute zu erinnern, die im Juni in Horta de Sant Joan, Tarragona, umgekommen sind und ihren Familien und Kollegen mein Beileid zu bekunden.

Wir brauchen sowohl eine Schutzpolitik, als auch eine Koordinierungsstrategie. Wir sollten nicht vergessen, dass bei vielen der aufgetretenen Brände vermutet wird, dass sie Folgen einer Spekulationsstrategie und im Zusammenhang mit entwicklungspolitischen Absichten aufgetreten sind. Aus diesem Grund denke ich, dass wir in Europa auch daran arbeiten müssen, die Sicherheit zu fördern, indem wir Strafmaßnahmen für

Umweltkriminalität anstrengen und vereinheitlichen. Wir sollten auch die Möglichkeit in Erwägung ziehen, die Straftäter mittels europäischen Haftbefehls zu verfolgen.

Den Fachleuten müssen die nötigen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden, um innovative Verfahren für die Messung von Wetter-, Wind- und Temperaturdaten zu entwickeln, sodass sie unter den erforderlichen Bedingungen arbeiten können, weil sie uns letztendlich alle beschützen.

Michail Tremopoulos, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, ich finde es interessant, dass es hauptsächlich Sprecher aus Griechenland sind, die sich hier über die extrem wichtige Angelegenheit für ganz Südeuropa äußern, wenn man bedenkt, dass riesige Waldbrände regelmäßig enorme Flächen verwüsten und sich qualitativ auf Leben, Artenvielfalt, regionale Entwicklung und Zukunft der Bevölkerung auswirken.

Waldbrände sind oftmals, so wie die jüngsten Fälle in Griechenland auch, auf eine schlecht strukturierte und widersprüchliche Forst- bzw. Bebauungspolitik zurückzuführen, die Brandstiftung und illegale Maßnahmen zur Gewinnung von Land begünstigen. Bedauerlicherweise haben die beide großen Parteien versucht, den verfassungsrechtlichen Schutz der Wälder zu mäßigen und zu reduzieren.

Das permanente Drängen auf Veränderung der Landnutzung, die Ausdehnung von Wohngebieten und, natürlich auch die wilden Müllkippen, die verbrannt werden oder sich selbst entzünden, mögen für einige Leute in Verbindung mit dem Klimawandel nur einfache Alibis sein, die aber heute das Potenzial für weitere Naturkatastrophen zweifellos erhöhen.

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir uns intensiver auf die Prävention, den Schutz und auf schnelleres Risikomanagement auf europäischer Ebene durch eine koordinierte Zusammenarbeit konzentrieren. Innerhalb dieses Rahmenwerks müssen wir die Umsetzung einer nachhaltigen gemeinsamen europäischen Forstpolitik gewährleisten und sicherstellen, dass die Mittel aus dem Kohäsionsfonds, dem Fonds für regionale Entwicklung und dem Solidaritätsfonds, die für die Risikoprävention und der Wiederaufbereitung der betroffenen Gebiete bereitgestellt wurden, tatsächlich auch auf vernünftige und nachhaltige Weise verwendet werden.

Die für die Rekultivierung der betroffenen Gebiete ausgezahlten Gelder müssen auf Grundlage vernünftiger Aufforstungsmaßnahmen und wissenschaftlicher Studien verwendet werden und wir möchten Wert darauf legen, dass sie von den Mitgliedstaaten zurückgezahlt werden müssen, wenn sich sicher herausstellt, dass die entsprechenden Waldgebiete zu Zwecken der Bebauungs- oder Tourismusentwicklung klassifiziert worden sind.

In der Vergangenheit, vor zwei Jahren nämlich, sind vom Parlament Beschlüsse verabschiedet worden, die Empfehlungen für die Prävention von und schnelle Maßnahmen bei Naturgefahren enthielten, die bedauerlicherweise nicht wirksam umgesetzt wurden. Wir glauben, dass ein langfristiger Schutz der Wälder und der Artenvielfalt nur dann realisierbar ist, wenn eine praktikable Risikoprävention und Risikomanagementstrategien auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene umgesetzt werden, indem die lokalen Gemeinden aktiv miteinbezogen werden, indem die Menschen in den ländlichen Gebieten wohnen bleiben, indem neue „grüne“ Berufe entwickelt werden, durch lebenslanges Lernen und lebenslange Weiterbildung und durch die Verstärkung der Forstbehörden mit dem Schwerpunkt auf freiwillige Feuerwehren zur Waldbrandbekämpfung.

Und wir müssen schließlich auch die Bemühungen intensivieren, ein wirksames schnelles Eingreifverfahren bei Naturkatastrophen zu entwickeln, indem die permanente Katastrophenschutzeinheit, auf die Herr Dimas verwiesen hat, verstärkt wird, und zwar durch eine bessere Nutzung der im Barnier-Bericht gemachten Schlussfolgerungen. Wir legen heute im Rahmen dieses Rahmenwerks dem Europäischen Parlament einen Beschluss vor, in der Hoffnung, damit einen Fortschritt zu erzielen, was die gemeinsamen Maßnahmen und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten angeht, in Richtung einer effektiven Naturkatastrophenprävention und eines Naturkatastrophenmanagements sowie einer wirksameren Nutzung der Fonds der Europäischen Union zu diesem Zweck. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Nikolaos Chountis, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, in meinem Land, Griechenland, sind nun schon das dritte Jahr in Folge riesige Flächen durch Feuer zerstört worden. Die Brände im Jahr 2007, die ihrerseits eine Tragödie ohnegleichen waren, und die Feuer in diesem Jahr im Nordosten Attikas machen deutlich, wie unzureichend der Brandschutz und das Umweltschutzsystem sind.

Ich möchte das Parlament daran erinnern, dass Athen die europäische Hauptstadt mit der geringsten Menge an Grünflächen pro Einwohner und mit der höchsten Luftverschmutzung ist, und dass die Brände von 2007 und 2009 das Umweltproblem verschärft haben.

Dabei kann der Klimawandel nur bis zu einem gewissen Grad herangezogen werden, um die Katastrophen, die sich in Südeuropa ereignet haben, zu erklären. Es sind nämlich auch Fehler in der nationalen Politik sowie in der Politik der Europäischen Union gemacht worden, insofern, als dass der Klimawandel nicht ausreichend in die umweltpolitische Strategie integriert worden ist.

Die griechischen Regierungen erlauben es, die verbrannten Gebiete zu erschließen und nationale Ländereien zu veräußern, und die EU-Fonds sind unelastisch. Da dies so ist, möchte ich Sie, Herr Kommissar, fragen, ob die Europäische Kommission beabsichtigt, zum institutionellen Schutz der Wälder in dem Land beizutragen, indem sofort das Verfahren für das Anfertigen und Ratifizieren von Landkarten der bewaldeten Regionen in Gang gebracht wird, da mit diesen, wenn sie denn bereits früher zur Verfügung gestanden hätten, diese Brandstiftung hätte vielleicht verhindert werden können?

Beabsichtigt sie darüber hinaus, sich bei der Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser und Erosion direkt zu beteiligen, um neue Katastrophen in den betroffenen Gebieten zu verhindern? Beabsichtigt sie, eine geeignete Aufforstung zu finanzieren, weil die Wiederaufforstung bislang zu gering ausgefallen ist, um den entstandenen Schaden zu kompensieren? Und schließlich, beabsichtigt die Europäische Kommission mit der wie auch immer nach den nächsten Wahlen in Griechenland aussehenden neuen Regierung, über die Gestaltung eines Stadtparks am alten Flughafen Hellenikon zu verhandeln, um die Region Attika wenigstens mit etwas frischer Luft zu versorgen.

Vielen Dank und alles Gute zum Namenstag, wie wir in Griechenland sagen, Herr Kommissar.

Niki Tzavela, im Namen der EFD-Fraktion. – (EL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, ich war sehr erfreut darüber, Sie hier zu sehen und sprechen zu hören. Ich denke, dass das, was Sie hier gesagt haben, meinen Brief beantwortet, den ich Ihnen am zweiten Tag der Brände geschickt habe, und in dem wir zusammen mit einigen anderen detaillierten Vorschlägen auch einen Vorschlag für gemeinsame Maßnahmen in Südeuropa unterbreitet haben, um Brände zu verhindern und zu bekämpfen.

Ich möchte noch hinzufügen, dass ich mich darüber freue, feststellen zu können, dass alle Abgeordneten von den griechischen Parteien und der spanischen Partei unserer Aufforderung zu einem geschlossenen Auftreten im Europäischen Parlament und vereinten Anstrengungen im Hinblick auf die Ausarbeitung einer europäischen Strategie im Umgang mit Naturkatastrophen gefolgt sind.

Herr Kommissar, es scheint so, als ob der Klimawandel zu Brand- und Flutkatastrophen führt und nun ein großes strukturelles Phänomen ist, da die Brände und Hochwasser, die wir derzeit erleben, ein strukturelles Phänomen sind.

Wir dürfen nicht in mittel- oder kurzfristigen Dimensionen denken. Wir müssen die Grundlagen für eine langfristige Strategie legen. Aus diesem Grund sollten die Regierungen der Mittelmeeranrainerstaaten ihre Kräfte bündeln, um unsere Partner im Norden von der Notwendigkeit eines Verfahrens, über das sie berichtet haben, sowohl im Rahmen der Subsidiarität als auch im Rahmen der Solidarität, zu überzeugen.

Ich verstehe, Herr Kommissar, dass die Probleme im Hinblick auf die Subsidiarität aus dem Norden Europas kommen. Und ich hoffe, dass sich das Phänomen der Naturkatastrophen nur auf den Süden Europas beschränken wird, aber ich fürchte, dass sich der Klimawandel mit solch einer Geschwindigkeit vollzieht, dass es auch zu Naturkatastrophen, wenn auch von anderer Art, in Nordeuropa kommen könnte. Deshalb haben Sie gut daran getan vorzuschlagen, dass wir diese Strategie planen, um auf Naturkatastrophen insgesamt reagieren zu können.

Zurzeit haben wir diese kleine, auf Korsika stationierte Einheit. Das hat diesen Sommer gut funktioniert. Der Umweltkommissar muss diese Einheit auf seine Empfehlung sowohl an die Kommission als auch an den Rat hin in Bezug auf diese Angelegenheit dringend weiterentwickeln und unterstützen. Ich möchte die Abgeordneten aus den südlichen Ländern auffordern, mit ihren Regierungen zusammenzuarbeiten und die Empfehlungen, die von Herrn Dimas an die Kommission und an den Rat ausgesprochen wurden, zu unterstützen, da dies zum Wohle aller Länder im Süden geschieht.

Ich habe den Entschließungsantrag der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) gesehen und ich stimme dem zu. Ich bin erfreut darüber, dass sie diese Entschließung vorgelegt haben. Ich möchte allerdings diesem Entschließungsantrag von der EVP noch etwas hinzufügen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels als

Auslöser und den Brand- und Flutkatastrophen als Folge daraus sollte die Kommission ihr besonderes Augenmerk auf die Kopenhagen-Konferenz legen, indem sie vorab eine Strategie für Prävention von und Umgang mit Naturkatastrophen, für die Festlegung des für Prävention und Verhinderung von Naturkatastrophen benötigten Haushaltsplans und demzufolge auch für die Verstärkung dieser beispielhaften europäischen taktischen Reserveeinheit zur Waldbrandbekämpfung ausarbeitet.

Wir erwarten, dass die europäische Strategie für Prävention und Umgang mit Naturkatastrophen als ein Topthema in der Tagesordnung der Kopenhagen-Konferenz ganz oben zu finden sein wird.

Franz Obermayr (NI). - Frau Präsidentin, wertee Kollegen! Was sich diesen Sommer in Griechenland abgespielt hat, sollte sich in Europa nie wiederholen dürfen. Insgesamt tobten in Griechenland alleine 75 Brände, sechs davon völlig unkontrolliert, die schlimmsten, wie wir heute auch hörten, im Norden von Athen, in der Nähe der Hauptstadt. Es ist nur beherzten und selbstlosen Einsätzen der zum großen Teil freiwilligen Feuerwehren und anderer freiwilliger Organisationen zu verdanken, dass die Brände in vielen Regionen nicht völlig unkontrolliert lodern konnten und die menschlichen Tragödien sich in Grenzen hielten.

Meine Hochachtung daher den Kameraden, den freiwilligen Feuerwehren, deren Ausrüstung – höflich gesagt – oft nicht dem letzten Stand der Technik entsprach, wie man hörte. Wenn ich „Kollegen“ oder „Kameraden“ sage, dann deswegen, weil ich selber seit vielen Jahrzehnten Mitglied einer freiwilligen Feuerwehrgorganisation in Österreich bin und daher sehr wohl mitfühlen und nachempfinden kann, was hier geleistet wurde.

Lassen Sie mich zu den Ausführungen der Kommission kommen. Ich finde es großartig, dass europäische Eingreifkräfte dann helfen, wenn lokale Kräfte nicht ausreichen. Ich bin aber auch überzeugt, dass der alte Spruch „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott“ ein sehr wichtiger ist, und deswegen halte ich es auch für sehr wichtig, dass Zivilschutzmechanismen aufgebaut werden. Ich kann hier nur empfehlen und anregen, sich doch des Know-how zu bedienen, das hier vor allem in Mitteleuropa, in Deutschland wie auch in Österreich, besteht, nämlich des flächendeckenden Systems der Freiwilligkeit, der freiwilligen Feuerwehren – erprobt seit über hundert Jahren.

Ich bin auch gerne selbst als Feuerwehrmann bereit, Kontakte zu den Landes- und Bundesbehörden der freiwilligen Feuerwehren herzustellen. In solchen Fällen ist es auch interessant, selbst etwas zu tun, und wenn dies gewünscht ist, kann ich den griechischen Freunden anbieten, ein Pilotprojekt zum Aufbau einer freiwilligen Feuerwehr in einer ausgewählten Region oder Kommune durchzuführen. Ich bin auch selbst gerne bereit, mit meinen Kollegen des Oberösterreichischen Landesfeuerwehrverbandes aktiv dabei zu helfen und mitzuwirken!

Michel Barnier (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich möchte natürlich zunächst einmal Herrn Kommissar Dimas für seine Anwesenheit und seine Antworten sowie die Aufmerksamkeit, die er auch weiterhin all diesen Katastrophen schenkt, danken.

Wir haben einen Großteil der Arbeit zusammen erledigt, als Präsident Barroso mich aufgefordert hat, einen Entwurf für einen Bericht zu erstellen, den er ja auch erwähnt hat, und zwar über die Bildung einer europäischen Einheit für den Katastrophenschutz.

Ich habe diesen Bericht am 9. Mai 2006 vorgelegt. Und wenn ich ihn mir heute durchlese und all die Katastrophen sehe, die sich ereignet haben, dann merke ich, dass er immer noch aktuell ist.

Frau Tzavela, es ist offensichtlich nicht nur Griechenland. Jedes Land ist betroffen, und ich möchte hinzufügen, dass es nicht nur durch Menschen verursachte Naturkatastrophen, sondern auch humanitäre Katastrophen gibt. Ich denke dabei an Katastrophen durch Schiffsunglücke, Erika und zahlreiche andere, sowie an Industrieunfälle vom Typ Tschernobyl beispielsweise. Und es gibt noch andere Naturkatastrophen als Waldbrände. Ich denke da zum Beispiel an Tsunamis. Wir können davon ausgehen, dass eines Tages auch ein Tsunami im Mittelmeer auftreten wird, so wie es bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts passiert ist, als die Stadt Messina vollständig zerstört wurde.

Offen gesagt, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, sind die Werkzeuge, die wir in unseren Händen halten, für diese Art von Katastrophen, die sich durch den Doppeleffekt aus Klimaerwärmung und Transport erhöhen werden, nicht geeignet. Das ist der Grund, warum ich finde, dass wir ambitionierter sein sollten.

Ich bin der Kommission, Herrn Kommissar Dimas und all seinen Teams von der Generaldirektion dankbar, die dieses Katastrophenschutzverfahren auf den Weg gebracht haben. Ich glaube jedoch, dass wir weiter gehen müssen. Dabei ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, die dies wünschen,

vorstellbar. Wenn es nicht 27 von uns sind, die sich an dieser Katastrophenschutzseinheit beteiligen, dann lasst uns mit 12 oder 15 von uns anfangen. Dann werden Sie sehen, dass es jeden von uns angeht.

Und wenn ich die Katastrophen in einer Liste zusammenstelle, kann ich feststellen, dass in der Tat jeder betroffen ist: Die Flutkatastrophe von 2002 in Deutschland, die großen Pandemien und auch der Terrorismus. Das ist der Grund, Herr Kommissar, warum ich möchte, dass die Kommission die Initiative ergreift und weiter geht, und die Mitgliedstaaten anhält, weiter zu gehen. Unser Parlament, der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit und der Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung werden Sie bei diesen proaktiven Initiativen unterstützen.

Edite Estrela (S&D). – (PT) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, wir reden hier jetzt schon wieder über Feuer, weil jedes Jahr Teile der europäischen Wälder durch Brände zerstört werden. Und vor dem Hintergrund von Klimawandel und globaler Erwärmung blicken wir nicht gerade einer rosigen Zukunft entgegen.

Naturkatastrophen können nicht verhindert, aber es kann ihnen vorgebeugt werden. Wir können dies sofort tun, indem wir unsere Treibhausgasemissionen verringern und eine nachhaltige Forstwirtschaftspolitik entwickeln, bei der die verschiedenen umweltrelevanten Vorzüge, die Wälder mit sich bringen, insbesondere als Kohlendioxidsenken, anerkannt werden.

Ich muss aber auch fair bleiben und sagen, dass das europäische Katastrophenschutzverfahren besser funktioniert und verschiedene Mitgliedstaaten große Anstrengungen unternommen und intensiv in die Brandprävention und die schnelle Brandbekämpfung investiert haben. So ist zum Beispiel in meinem Land Portugal ein Plan verabschiedet worden, der sowohl eine neue Bebauungsstrategie für das Land, die Einrichtung eines gesonderten Haushaltsplans für die Brandbekämpfung, eine Überarbeitung der Gesetzgebung sowie ein Programm für die Rekultivierung der verbrannten Gebiete umfasst. Und trotzdem haben wir noch Brände.

Alle von den Waldbränden betroffenen Mitgliedstaaten müssen mehr tun und es besser machen und die Europäische Kommission muss auch die Vorschläge, die das Europäische Parlament in einer Reihe von Entschließungen vorgelegt hat, annehmen. Es gibt mehrere Dokumente, die Lösungen aufzeigen. Dabei ist das Barnier-Dokument und andere, die vom Parlament vorgelegt wurden, bereits hier erwähnt worden. Ich selbst bin Berichterstatter eines Berichts über Naturkatastrophen im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit gewesen und ich habe auch einige Vorschläge eingebracht.

Den Mitgliedstaaten, die finanzielle Gründe dafür anführen, dass das Verfahren nicht besonders schnell perfektioniert wurde, muss gesagt werden, dass Vorbeugung billiger ist als Heilung. Es ist ebenso von entscheidender Bedeutung, dass es bei der Kopenhagen-Konferenz ein internationales Abkommen zum Kampf gegen den Klimawandel, ein ambitioniertes Abkommen, erzielt wird; und, Herr Kommissar, wir warten immer noch auf eine Richtlinie über die Brände, ähnlich wie die, die im Hinblick auf den Hochwasserschutz entwickelt worden ist.

François Alfonsi (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin, in diesem Sommer ist Korsika ebenso Opfer schwerer Waldbrände geworden wie Sardinien, Katalonien, Griechenland, die Kanarischen Inseln und so viele andere Regionen Europas auch.

In Hinblick auf die betroffenen Bevölkerungen möchte unsere Fraktion zuallererst darum bitten, dass die europäische Solidarität durch die Einführung eines Solidaritätsfonds gewährleistet wird.

Was beabsichtigt die Kommission in dieser Hinsicht zu unternehmen? Das ist die erste Frage, die ich an den Kommissar stellen möchte.

Am 23. Juli litt Korsika unter einer außergewöhnlich großen Hitzewelle: 44 Grad, sehr trockene Luft und ein sehr starker Scirocco-Wind. Unter solchen Bedingungen, die sich in Zukunft aufgrund der globalen Erwärmung häufen werden, sind die lokalen Ressourcen bis zur Belastungsgrenze in Anspruch genommen worden, trotz der Tatsache, dass in den Jahren zuvor das Wetter gemäßigter und Korsika verschont geblieben ist.

Die Lektion ist deshalb für mich eine einfache: Wenn Wetterbedingungen wie diese auftreten, Bedingungen, die prognostiziert, die vorhergesagt werden können, müssen wir in der Lage sein, uns auf eine europäische Katastrophenschutzseinheit, so wie sie im Barnier-Bericht empfohlen wird, verlassen zu können, und die es uns ermöglicht, beginnende Brände zu bekämpfen, bevor sie außer Kontrolle geraten, weil es sonst oftmals zu spät ist. Wenn ein Feuer in einen Wald gelangt, so hört es erst auf, wenn der ganze Wald abgebrannt ist.

Aus diesem Grund ist es wichtig, über dieses Pilotprojekt, das Sie, Herr Kommissar, erwähnt haben, hinaus zu gehen. Was plant die Kommission zu tun, um so schnell wie möglich die Katastrophenschutzinheit zu bilden, die sich in der Tat der größten Herausforderung aller Europäer, dem Umweltschutz und insbesondere der Brandbekämpfung in der Mittelmeerregion, stellen wird?

Ist es richtig, dass im Haushalt für 2010 nichts für diese Einheit vorgesehen ist?

Wir haben einen Änderungsantrag in diese Richtung eingebracht. Lassen Sie uns hoffen, dass große Fraktionen und insbesondere die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) von Herrn Barnier, sich damit einverstanden erklären, uns bei der Sicherung der Annahme dieses Änderungsantrags zu helfen.

Georgios Toussas (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, die Feuer stellen ein tief greifendes politisches Problem dar, das sich in einer sehr konkreten Form in Ländern wie Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland mit schmerzlichen Folgen sowohl für die Bevölkerung als auch für die Umwelt äußert.

Was unsere Erfahrung in Griechenland angeht, so sind die Feuer, die im Nordosten der Region Attika, im Kithairon-Gebirge, auf Euböa und in anderen Regionen gewütet und nicht abschätzbare Schäden angerichtet haben, das Ergebnis einer Brandstiftungspolitik der EU und der wechselnden Regierungen in unserem Land, die das Land, die Wälder und die Berge als Rohstofflieferanten für die kapitalistische Wirtschaft wünschen.

Diese extrem gefährliche Politik spielt den Brandstiftern Waffen in die Hand, die, nach den Ausbrüchen und Beschwerden der Bewohner dieser von den Feuern betroffenen Regionen zu urteilen, abermals in einer aufeinander abgestimmten Weise in Aktion getreten sind. Lassen Sie uns über eine Sache klar werden: Solange das grundlegende Problem der Kommerzialisierung und des Wandels in der Landnutzung nicht angegangen wird, wird kein Verfahren, wie gut mit den modernsten Hilfsmitteln es auch ausgerüstet sein mag, in der Lage sein, dieses schwerwiegende Problem der Umweltzerstörung und des Ausverkaufs der Zukunft unseres Planeten im Allgemeinen zu lösen.

Die erste tragische Folge dieser Politik hat sich auf Euböa am 12. September 2009, also vor knapp ein paar Tagen, ereignet, als die durch das Feuer verwüstete Insel von katastrophalen Überschwemmungen heimgesucht wurde. Die unzureichenden Hochwasserschutzmaßnahmen und der schlechte Boden als Folge der Brände in Verbindung mit schweren Regenfällen haben zu einem Todesopfer und massiven Beschädigungen der Dörfer, Straßen, Brücken und der sonstigen Infrastruktur geführt. Dieser Grad an Zerstörung lässt sich nicht mit dem plötzlichen Regeneinbruch erklären. Es ist kein Zufall, dass bei jeder Naturkatastrophe die einfache Bevölkerung Tote zu beklagen hat und ihre elenden Lebens- und Umweltbedingungen zerstört vorfindet.

Es besteht ein dingender Bedarf daran, direkte Maßnahmen zu finanzieren, mit denen die Schäden aufgezeichnet und die betroffenen Familien aus der Arbeiterklasse sowie die betroffenen Acker- und Viehbauern entschädigt werden, und zwar ohne Veränderungen in der Landnutzung, und die verbrannten Gebiete aufgeforstet werden. Die Eigentümerschaft großer privater Flächen in den Bergen und Wäldern sollte darüber hinaus auf die Regierung übertragen werden und die Kommissionen für Wälder und Forstwirtschaft sollten umstrukturiert und verbessert werden...

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort)

Mario Mauro (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es besteht kein Zweifel daran, dass das Haushaltsinstrument, mit dem die Europäische Union sich selbst ausgestattet hat, um eine so wichtige Angelegenheit wie diese in Angriff zu nehmen, nützlich ist, und ich beziehe mich dabei auf den Solidaritätsfonds, es ist aber auch wahr, dass wir nun seit 2007 auf dem Aspekt der Flexibilität herumreiten, wenn wir das Gefühl haben, es sei richtig, den mit diesem Haushaltsinstrument verbundenen Ansatz zu kritisieren.

Es ist wichtig, dass die Handhabung dieses Instrumentes so flexibel wie möglich ist, sodass damit Probleme angegangen werden können, die sich von dem einen auf den anderen Tag verändern. So ist es zum Beispiel absolut gerechtfertigt, dass die Mitgliedstaaten angehalten werden, innerhalb kürzester Zeit, nicht länger als 10 Wochen, Unterlagen in Bezug auf die Ereignisse vorzulegen, aber warum wird umgekehrt nicht auch derselbe Zeitraum für eine entsprechende Antwort darauf festgelegt?

Gleichzeitig stellen wir fest, dass obwohl auf die eine oder andere Weise das Ausmaß des Schadens von Bedeutung ist, sehr wohl berücksichtigt werden muss, in welchem Verhältnis jedes einzelne Gebiet davon betroffen ist, sodass wir erkennen und ausarbeiten können, was die verschiedenen Bevölkerungen brauchen. Und aus genau diesem Grund hat das Parlament gemeinsam mit dem Haushaltsausschuss und anderen Ausschüssen schon seit längerer Zeit Kommentare abgegeben, die eigentlich zur Vorlage für den Rat beantragt

wurden, aber vom Rat ignoriert werden. Wenn der Aspekt der Flexibilität erneut geprüft werden kann, bedeutet dies, dass der Solidaritätsfonds als Instrument verbessert und noch effektiver gestaltet werden kann, sodass mit ihm auch große Probleme gelöst werden können, die in zunehmenden Maße auf uns zukommen werden.

Die Bitte lautet deshalb, Herr Kommissar, die Absätze 3 und 11 dieser Entschließung vollständig zu berücksichtigen, sodass der Aspekt der Flexibilität nicht als eine Bitte der Mitgliedstaaten angesehen wird, dass ihnen freie Hand dabei gewährleistet wird, sich mehr Sicherheit für den Erhalt einer Antwort zu verschaffen, sondern als ein Antrag, in dem Änderungen auf intelligente Weise integriert werden und damit sichergestellt wird, dass dieses Instrument tatsächlich rundherum flexibel ist.

Andres Perello Rodriguez (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, es besteht in der Tat kein Zweifel daran, dass in jüngster Vergangenheit Fortschritte erzielt worden sind, aber trotz all dieser gemachten Fortschritte verbrennt der südliche Teil der Europäische Union in zunehmenden Maße. Aus diesem Grund kann die Entschließung, die das Parlament angenommen hat, keine weitere Entschließung sein, die nur dazu dient, unsere tiefe Besorgnis angesichts dieser Katastrophen überall zu zeigen.

Waldbrände entstehen aus einer Vielzahl von Gründen, aber keiner kann abstreiten, dass sie durch den Klimawandel geschürt werden. Unabhängig von den Verpflichtungen, die in einigen Mitgliedstaaten oder in einigen Regionen vorherrschen, ist es sicher, dass das Parlament die Kommission eindeutig dazu auffordern muss, schnell zu handeln und alle ihr zur Verfügung stehenden Hilfsmittel einzusetzen, die nicht unerheblich sind. Die Opfer, der entstandene Schaden und die notwendige Aufforstung dulden keinerlei Bürokratie oder Haushaltskürzungen.

Wir müssen Prioritäten setzen und wir müssen handeln, was in diesem Fall bedeutet, Strategien zu verändern, Ressourcen zu mobilisieren, zu steigern und die vorbeugenden Maßnahmen zu optimieren. Wir müssen die Forderung aufstellen, dass Mitgliedstaaten Verantwortung übernehmen, wenn dies nicht der Fall ist, aber davon ausgehen, dass dies nicht das Problem einiger weniger Mitgliedstaaten in Südeuropa ist, und dass der Klimawandel sich nicht nur auf einige Mitgliedstaaten auswirken wird, sondern sie alle betreffen wird, und dass es somit eine gemeinsame Sache ist.

Aus diesem Grund besteht eine der Hauptaufgaben des Parlaments darin, sicherzustellen, dass die Europäische Union klare, solide Bekenntnisse auf dem Gipfel in Kopenhagen in Bezug auf die größtmögliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen erzielt, weil diese offensichtlich diese Feuer und die Ursache für diese Feuer verursachen und wiederum auch die Ursache für den Klimawandel verursachen.

Aus diesem Grund stellt die Annahme dieser Entschließung zweifellos eine Herausforderung für das Parlament dar. Es ist jedoch eine Herausforderung, der sich die Kommission stellen muss, wenn der Kommissar aufrichtig willens ist, zu verhindern, dass der südliche Teil der Union, den es in der Tat gibt, weiter verbrennt.

Veronica Lope Fontagné (PPE). – (ES) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, bedauerlicherweise müssen wir uns gleich in der ersten Plenarsitzung in dieser Legislaturperiode mit diesem traurigen und mittlerweile zur Routine gewordenen Thema befassen: Naturkatastrophen, insbesondere Feuer.

Noch einmal, wir beklagen hier die Zunahme von Bränden im Verlaufe des Sommer 2009, die zu Personenschäden geführt haben. Allein in meinem Land sind 20 Menschen umgekommen. Aus diesem Grund gelten mein erster Gedanke und meine ganze Sympathie den Leidtragenden dieser Katastrophen.

Ich möchte auf die verheerenden Auswirkungen zu sprechen kommen, die diese Art von Katastrophe für die betroffenen Bevölkerungen, ihre jeweilige Wirtschaft, ihre Arbeitsplätze, ihr natürliches und kulturelles Erbe sowie Umwelt und Tourismus bedeutet. Allein in meiner Region sind in diesem Sommer 22 000 Hektar Land verbrannt, die Hälfte davon in aufgrund ihrer ökologischen Bedeutung geschützten Gebieten.

Wir müssen uns diesen Problemen unverzüglich stellen; die Menschen verlangen dies von uns. Die europäischen Institutionen können es sich nicht leisten, ein weiteres Mal außer Stande zu sein, eine angemessene Lösung für die Betroffenen zu finden. Wir müssen in der Lage sein, den Opfern zu helfen und den Weg für die Rekultivierung der betroffenen Gebiete zu ebnen. Wir müssen weiterhin intensiv an Präventionsmaßnahmen arbeiten und die Entwicklung des europäischen Katastrophenschutzdienstes weiter vorantreiben.

Ich möchte zwei Forderungen stellen: Als Erstes möchte ich die Europäische Kommission ersuchen, die Situation zu analysieren und die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Bewohner der betroffenen

Regionen für die sozialen Kosten, die mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommensquellen einhergehen, zu entschädigen. Zweitens möchte ich eine Forderung an die spanische Regierung stellen, die im Januar 2010 den Vorsitz im Rat übernehmen wird. Die spanische Regierung muss in der Lage sein, ihre Gefühle und Bedenken auf die Amtskollegen zu übertragen. Ich halte es für absolut wichtig, dass sie in ihrem Programm Prioritäten setzt, um den Weg für die Reform des europäischen Solidaritätsfonds frei zu machen.

Der spanische Vorsitz muss sich darüber hinaus klar und eindeutig zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Strategie bekennen. Ebenso müssen von ihr die Präventionsmaßnahmen und die Managementmodelle in der Forstwirtschaft, die die Entstehung großer Brände begünstigen, überprüft werden.

Francesca Balzani (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, als Fraktionsmitglied der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, das selbst in den letzten Tagen noch mit großer Trauer mit ansehen musste, wie große Gebiete um die Stadt Genua in der italienischen Region Ligurien von mehreren Bränden verwüstet wurden, habe ich das Gefühl, dass es in der Tat für Europa dringend notwendig ist, wachsam zu sein und einzugreifen, um diese immer wiederkehrenden traurigen Katastrophen zu verhindern.

Es darf keine regelmäßig wiederkehrenden Katastrophen geben. Wir sollten alles daran setzen, um sicherzustellen, dass es keine weiteren periodischen Katastrophen mehr gibt. Aus diesem Grund glaube ich, dass nur Europa selbst in der Lage ist, effektiv einzugreifen, und dies auch tun muss, und zwar durch verbindliche Maßnahmen, mit denen diese wertvollen Gebiete, die jedes Jahr davon bedroht sind, in Flammen und Rauch aufzugehen, und die unser aller Erbe sind, erhalten bleiben, weil es eben Tatsache ist, dass es in Südeuropa immer häufiger zu Bränden kommt, und selbst wenn es nur ein geringer Anteil von Südeuropa ist, der brennt, so ist es in Wirklichkeit doch das gesamte Europa, das in Flammen aufgeht.

Wir müssen mit Präventionsstrategien und geeigneten Strategien für die Forstwirtschaft eingreifen, und mit Prävention meine ich auch präzise, grundlegende und zielorientierte Kampagnen gegen alle Formen von Spekulation, die direkt oder indirekt mit diesen Katastrophen verknüpft sind, und ich denke, dass wir darüber hinaus auch einen breiteren und schnelleren Zugriff auf die erforderlichen Ressourcen sicherstellen müssen, um die verheerenden Auswirkungen dieser Katastrophen wenigstens eindämmen zu können. Ich beziehe mich dabei in erster Linie auf den Solidaritätsfonds, ein Instrument, dass zweifellos schneller für die betroffenen Gebiete eingesetzt werden sollte.

Françoise Grossetête (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, wir haben bereits im Jahr 2001 vor dem Hintergrund der Ereignisse vom 11. September ein europäisches Katastrophenschutzprogramm gefordert.

Danach haben wir einen Fonds geschaffen. Dann kam der Barnier-Bericht, der die Notwendigkeit von Solidarität in den Mittelpunkt rückte. Diese Solidarität funktioniert heute, aber sie muss noch effizienter werden, und wir müssen in der Lage sein, noch einen Gang höher zu schalten.

Es müssen folgende zwei Punkte ausgearbeitet werden: Erstens, die Reaktionsfähigkeit. All die Menschen, die unglücklicherweise von diesen Feuern betroffen sind, missbilligen die Tatsache, dass die Verfahren oftmals zu langwierig sind, und dass ihre Umsetzung einfach viel zu lange dauert, und das obwohl wir, wenn wir in der Realität mit Feuer konfrontiert werden, sehr schnell auf den Beinen sein müssen. Wir müssen zweifellos flexibler werden, um mehr Flexibilität zu haben, diese Verfahren umzusetzen, weil Zeit in diesem Fall Geld ist.

Und dann ist da noch die Vorbeugung. Wir reden nicht genug über Vorbeugung, weil es das Prinzip der Subsidiarität betrifft. Und ist gesagt worden, dass es die einzelnen Mitgliedstaaten sind, die jeweils für sich entscheiden müssen. Wenn diese Feuer jedoch eine Gefahr für die Artenvielfalt und die Umwelt sind, wenn sie sich auf Dinge auswirken, die den Menschen von höchstem Wert sind, wie ihr Eigentum, ihr Besitz und ihre Häuser, und wenn sie traurigerweise auch noch den Verlust von menschlichem Leben bedeuten, haben wir kein Recht dazu, keine Vorsorgemaßnahmen zu treffen, um dies zu verhindern. Das ist eine Straftat.

Dies muss aufhören, und um dies zu beenden, brauchen wir finanzielle Mittel. Es ist darüber hinaus zwingend erforderlich, dass wir uns selbst mit den bestmöglichen Haushaltsplänen ausstatten, sodass wir im Kontext des europäischen Katastrophenschutzverfahrens wesentlich effektiver sein können. Lassen Sie uns deshalb sicherstellen, dass durch den Haushaltsplan, unseren Haushaltsplan, dem Problem tatsächlich und wirksam Rechnung getragen wird. All das erfordert, dass wir bei unserer Landwirtschafts- und Forstwirtschaftspolitik einen speziellen Ansatz verfolgen, und darüber ist bislang noch nicht ausreichend gesprochen worden.

Vorbeugung, Reaktionsfähigkeit und Ressourcen: Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Es muss alles getan werden, um sicherzustellen, dass Südeuropa nicht mehr zwangsläufig auf glühenden Kohlen sitzen muss.

Kriton Arsenis (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, dieses Jahr ist der Süden Europas erneut ungewöhnlich hart von zerstörerischen Bränden getroffen worden, und in den USA und in anderen Ländern und Entwicklungsländern sind Brände von ähnlichen Ausmaßen aufgetreten.

Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass die Wälder in der Mittelmeerregion und anderen Schlüsselgebieten unseres Planeten durch die Klimaerwärmung bedroht sind. Durch die Zerstörung der Wälder in der Mittelmeerregion wird jedoch auch die Fähigkeit der natürlichen Ökosysteme zerstört, als natürliche Kohlendioxidsenken zu fungieren. Deshalb werden europäische Strategien zur Verhinderung von und für den Umgang mit Waldbränden benötigt, ebenso wie eine finanzielle Unterstützung von Seiten der Europäischen Union der Länder wie Griechenland zum Beispiel, das unter den schlimmsten Folgen in diesem Jahr zu leiden hatte.

Es ist zweifellos richtig, dass es in bestimmten Ländern zu massiven Störungen in der Koordinierung zwischen Forstschutz- und Katastrophenschutzverfahren gekommen ist, Gleiches gilt für die Umsetzung von vorbeugenden Maßnahmen, und dies darf sich auf keinen Fall wiederholen. Es hat auch den Anschein, dass Wälder in einem Radius von drei Stunden um große Städte oder Touristengebiete herum oft durch Feuer bedroht werden. Es gibt eine Menge von Leuten, die meinen, einen persönlichen Gewinn durch die Zerstörung von Wäldern ableiten zu können. Sie können so schneller dort Häuser „pflanzen“ als die Mitgliedstaaten und das natürliche Ökosystem Bäume auf die verbrannten Gebiete pflanzen können.

Es gibt oftmals nationale Gesetze, die solche Haltungen kultivieren und falsche Botschaften aussenden. Deshalb ist eine europäische Politik für den Forstschutz, die Rekultivierung der verbrannten Gebiete, ihre Wiederaufforstung innerhalb eines Rahmenwerks der europäischen Unterstützung zum Kampf gegen den Klimawandel absolut notwendig; Gleiches gilt für ein koordiniertes Maßnahmenpaket zur Vorbeugung und Bekämpfung von Bränden, zur Rekultivierung von Wäldern und zur Einrichtung neuer Waldgebiete.

Wir müssen dies sofort auf den Weg bringen, insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitungen für die Kopenhagen-Konferenz, die für die Zukunft unseres Planeten entscheidend sein wird. Wir müssen die Entwicklungsländer anhalten, die Regenwälder zu schützen; wir müssen uns mit dem Schlüsselthema befassen, dass durch die Zerstörung der Wälder 20 % der Treibhausgasemissionen verursacht werden. Wir müssen aus diesem Grund diejenigen sein, die mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie sicherstellen, dass bedrohte Wälder, bedrohte Wälder in Europa, also die im Mittelmeerraum, unter absolutem Schutz stehen.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin! Die Dimension der Waldbrände übersteigt tatsächlich die Möglichkeiten der kleineren Mitgliedstaaten, gerade in den von Trockenheit besonders betroffenen Regionen. Deshalb will das Parlament ja auch den Europäischen Solidaritätsfonds. Wir fordern den Rat auf, diese Mittel endlich ohne Hemmnisse freizugeben. Die Regionen brauchen das Geld dringend für den Wiederaufbau und für die Vorbeugung. Der Solidaritätsfonds in Verbindung mit bestehenden Umwelt- und Agrarprogrammen könnte wirklich nachhaltig helfen.

Ansonsten liegt aber die Brandbekämpfung vor allem in der nationalen Verantwortung. Strengere Strafen für Brandstifter, Veränderungssperren, die etwa für 30 Jahre gelten, wenn Brandstiftung nachgewiesen ist, Schulung der Feuerwehren – hier kann und hier muss einfach mehr getan werden. Aber auch Europa muss mehr tun, vor allem besser koordinieren. Das Know-how der europäischen Feuerwehren muss in die Regionen mit hoher Katastrophenanfälligkeit getragen werden. Und wir brauchen bessere Regeln für den Ablauf grenzüberschreitender Einsätze. Dafür erwarten wir Vorschläge von der Kommission, die allerdings nicht in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingreifen dürfen. Ich finde das außerordentlich wichtig: die nicht in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingreifen dürfen! An europäische Feuerwehren und europäische Flugzeuge kann man sicher denken, aber doch erst dann, wenn wir alle nationalen Möglichkeiten optimiert haben und wenn die finanzielle Hilfe die betroffenen Regionen endlich wirksam erreicht.

Ich halte die Diskussion über Katastrophenschutz in europäischer Verantwortung für verfrüht. Lassen Sie uns den ersten Schritt vor dem zweiten machen, das Wichtigste zuerst, und das ist die europäische Hilfe zur Selbsthilfe, eben mit dem Solidaritätsfonds, mit Schulungen und mit einer verbesserten europäischen Koordinierung.

VORSITZ: Libor ROUČEK*Vizepräsident*

Inés Ayala Sender (S&D). – (ES) Herr Präsident, zunächst möchte auch ich den Opfern und ihren Angehörigen unsere Anteilnahme und Zuwendung aussprechen, weil wir wahrlich jeden Sommer diese Situation zu beklagen haben.

Daher ist es zunehmend wichtig, dass Europa sich endlich mit einem wirksamen Instrument ausrüstet. Wir glauben, vielleicht, weil ich zum Verkehrssektor gehöre und Experte für Sicherheit im Straßenverkehr bin, dass wir, Herr Kommissar, vielleicht etwas Ähnliches zum Aktionsplan zur Sicherheit im Straßenverkehr in Erwägung ziehen sollten. Ein europäischer Aktionsplan mit Zielen, mit Strategien, in dem die Verbesserung schnellen Einschreitens innerhalb des notwendigen Zeitfensters, wie es bei der Sicherheit im Straßenverkehr gehandhabt wird, uns vielleicht helfen und außerdem die Arbeitsbedingungen und Schulungen für Fachkräfte verbessern könnte. Ich bin außerdem der Meinung, dass Bewusstseins-schärfung und das Pflegen einer Präventionskultur äußerst wichtig sind. Wir erreichen dies allmählich für die Sicherheit im Straßenverkehr. Warum können wir dies nicht beim Brandschutz leisten?

Wir begrüßen natürlich die Tatsache, dass Koordination und Solidarität sich verbessert haben. Ich glaube, durch das Entsenden der notwendigen Flugzeuge war die spanische Regierung am Prozess der Bewusstseins-schärfung unter den Ländern des Südens beteiligt; dies aber sollte auch zwischen Norden und Süden der Fall sein.

Wir begrüßen ebenfalls die Tatsache, dass das Pilotprojekt von planmäßig in Reserve gehaltenen Löschflugzeugen zukünftig wirklich ein Interventionsorgan werden könnte, was ich für wichtig halte.

Wir haben aber immer noch die Rechtsvorschriften im Rat blockiert, wie zum Beispiel die Rechtsvorschriften zum Solidaritätsfonds und auch die Rechtsvorschriften zum Bodenschutz, die wir für besonders nützlich halten.

Gaston Franco (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, diesen Sommer stand wieder einmal der Wald des Mittelmeerraumes in Flammen: in Marseille und im südlichen Korsika, aber auch in Italien, in Spanien und, in größerem Umfang, in Griechenland. Über 400 000 Hektar Wald und Feld gingen in Rauch auf und verursachten beträchtlichen Sachschaden, irreparablen Schaden für die biologische Vielfalt und den tragischen Verlust von Menschenleben.

Bestürzt über diese, jedes Jahr von Neuem gemachte Bewertung und des multiplizierenden Effektes globaler Erwärmung auf Brände bewusst, verlange ich nach einem europäischen Bewusstsein für die Notwendigkeit besser koordinierter Bemühungen und der Bündelung von Brandbekämpfungsressourcen.

Ich wünsche mir, dass ein großes Europa-Mittelmeer-Kooperationsprojekt zur Bekämpfung von Waldbränden unter der Union für den Mittelmeerraum gebildet wird. Ich begrüße die existierenden Initiativen und, ganz besonders, das europäische Informationssystem für Waldbrände – das Pilotprojekt.

Trotzdem fordere ich eine Reform des EU-Solidaritätsfonds, damit er ein effektives Werkzeug wird, um auf Krisen zu reagieren. Ich fordere außerdem die Stärkung der europäischen Schutztruppe und der im Jahr 2006 von Herrn Barnier für Interventionen im Bereich der 27 Mitgliedstaaten sowie im Ausland ins Leben gerufenen „EuropeAid“-Einrichtung.

Ich glaube, einer der Schlüssel zum Problem von Waldbränden hat mit Informationsaustausch und empfehlenswerten Präventionsverfahren zu tun, und ich möchte gerne auf die Vorreiterrolle der Waldbrandlöschkräfte in meinem eigenen Departement hinweisen. Ich kann natürlich Europa dieses u. U. nützliche Beispiel zur Verfügung stellen.

Eija-Riitta Korhola (PPE). – (FI) Herr Präsident, das vergangene Jahr war eines der tragischsten für Waldbrände. Wir haben hunderttausende Hektar Wald verloren, speziell im Mittelmeerraum. Spekulationen über die Ursachen der Waldbrände führen zu erhitzten Gemütern, da sich leider jeder ihrer Folgen bewusst ist. Es wird vorgeschlagen, dass der Klimawandel für die Zunahme der Anzahl von Waldbränden verantwortlich ist, und dass auch wir in Europa uns auf längere Waldbrandperioden als nur von Juni bis September – was bislang die Norm war – vorbereiten sollten. Die Sommer beginnen früher und sind wärmer und trockener, besonders im Süden, und so wächst das Risiko für Waldbrände. Es stimmt, dass ausnahmsweise dieses Jahr verheerende Waldbrände im Nordwesten von Spanien und in Portugal bereits im März auftraten

und dass die Bedingungen für Waldbrände daher günstig sind, aber das Problem selbst liegt nicht in irgendeinem fortschreitenden Wandel natürlicher Bedingungen, sondern woanders.

Umweltforscher haben herausgefunden, dass sich Waldbrände in der EU, Australien und Kalifornien hauptsächlich durch sozioökonomische Faktoren erklären lassen. Bisher haben sie noch keinen direkten Zusammenhang zum Klimawandel gefunden. Die Schlüsselfaktoren für die Verursachung von Waldbränden sind Baumaßnahmen und Belastungen, die mit dem Bedarf nach mehr Wohnraum, Landwirtschaft, bestimmten Pflanzen- und Baumarten, die angebaut wurden, Unkenntnis und Mangel an Weitsicht sowie Nachlässigkeit vonseiten der Behörden einhergehen. Zum Beispiel stecken unzureichende Zahlen an Löschkräften und die Unfähigkeit, Brandstiftung aufzuklären und zu verhindern, hinter den Tragödien dieses Sommers.

Mit dem Klimawandel werden sich die natürlichen Bedingungen verändern; das ist eine Tatsache. Umweltkatastrophen lassen sich dadurch jedoch nicht erklären, besonders wenn dieselben Phänomene alle paar Jahre wieder auftreten, und deshalb müssen wir vielleicht besser vorbereitet sein. Es ist an der Zeit, dass die Mitgliedstaaten der Union sich einmal selbst den Spiegel vorhalten, weil es zukünftig von uns abhängen wird, ob es Waldbrände gibt oder nicht. Es ist eine Sache, sich der sich wandelnden Umwelt anzupassen; es ist eine ziemlich andere, um starre schlechte Verfahren zu akzeptieren und unvorbereitet zu sein.

(Beifall)

Sari Essayah (PPE). – (FI) Herr Präsident, ich stimme mit denen hier überein, die gesagt haben, dass es in jedem Fall preiswerter ist, Schaden zu verhindern, statt dessen Folgen zu bewältigen. Der größte Anteil der Finanzierung sollte in die Vermeidung von Bränden und Überschwemmungen in Südeuropa fließen. Zusätzlich zur Satellitenüberwachung brauchen wir z. B. dasselbe Alarm- und Präventionssystem für Waldbrände, das nun schon seit Jahren erfolgreich in Finnland eingesetzt wird. Des Weiteren müssen wir auf nationaler Ebene sicherstellen, dass die Ausrüstung der Feuerwehr dem aktuellen Standard genügt, damit Brände so früh wie möglich unter Kontrolle gebracht werden können.

Die Zunahme an Überschwemmungen liegt im Wesentlichen am Klimawandel, und der beste Weg, dagegen etwas zu unternehmen, ist daher, ein geeignetes Abkommen auf der Konferenz in Kopenhagen zustanden zu bringen. Es ist jedoch auch möglich, auf nationaler Ebene tätig zu werden, um sich um die Vermeidung von Überschwemmungen zu kümmern. Wir müssen die richtige Art von Forstpolitik praktizieren, Wälder in Gebirgszügen müssen geschützt werden, und Wälder mit den richtigen Baumarten sollten angepflanzt werden, so dass ihre Wurzelsysteme Wasser absorbieren können, um sicherzustellen, dass es nicht zu schnell abfließt. Dämme und Reservoirs sollten ebenfalls in der Nähe von Gewässern gebaut werden und Wasserstraßen sollten ausgebaggert werden für eine effektivere Entwässerung in Zeiten von Überschwemmungen. Wir müssen erkennen, dass diese Angelegenheiten ganz besonders in der Verantwortung eines jeden Mitgliedstaates liegen. Die EU kann nicht die Verantwortung für Angelegenheiten übernehmen, die nationalen Entscheidungen unterliegen, oder für jegliche Art von Nachlässigkeit, die geschieht. Der EU-Solidaritätsfonds ist hauptsächlich eine Quelle für Nothilfe, und ich hoffe, dass die verschiedenen Mitgliedstaaten darauf vorbereitet sind, in eine langfristige Forstpolitik, Brandvermeidung und Schutz vor Überschwemmungen zu investieren.

Gabriel Mato Adrover (PPE). – (ES) Herr Präsident, Herr Kommissar, ein Brand ist immer eine Tragödie, eine Tragödie für die Menschen, eine Tragödie für die Umwelt, eine ökonomische und soziale Tragödie.

Ich hatte das Pech, dass ich ganz in der Nähe dieser Tragödie lebe, in der Nähe des Brandes, der diesen Sommer auf der Insel La Palma auf den Kanaren wütete. Ich begrüße daher diese Entschließung und bin überzeugt, dass wir in der Lage sein werden, sie einstimmig zu verabschieden. Es ist eine vollständige Entschließung, die viele Beiträge erhalten hat und vor allem etwas Wichtiges tut. Allem voran erinnert sie der Opfer, aller Opfer, und würdigt alle Freiwilligen, die beim Löschen der Brände geholfen haben.

Es schließt aber auch einige bedeutende Überlegungen zur Wichtigkeit von Dürre und Wüstenbildung bei der Ausbreitung von Bränden mit ein und dem daraus resultierenden Verschwinden von Hunderttausenden von Hektar pro Jahr.

Es gibt auch wichtige Überlegungen zu den Ursachen, die Brände verschlimmern, wie z. B. die sukzessive Landflucht, mangelnde Pflege der Wälder und unzureichende Strafen für Brandstifter. Diesbezüglich müssen wir handeln, und zwar entschieden handeln.

Die Kommission muss eine Strategie zur Risikovermeidung und eine effektive Strategie zur Bekämpfung von Naturkatastrophen entwerfen sowie ein Protokoll für einheitliches Handeln. Jedoch auch Hilfe ist wichtig, für Sanierungsmaßnahmen, zur Wiederherstellung des Produktionspotenzials und zur Kompensation von Sozialkosten und Arbeitsplatzverlusten.

Wie der Kommissar sagte, Koordination ist lebenswichtig. Jedoch braucht es Koordination zwischen den verschiedenen Gemeinschaftsinstrumenten: den Strukturfonds, dem Solidaritätsfonds – der ganz eindeutig reformiert werden muss – und ihrer Flexibilität und auch Instrumenten wie zum Beispiel „Aid Plus“ und natürlich dem schnellen Eingreifmechanismus, den wir schon diskutiert haben.

Wir müssen bei der Lösung dieser Probleme weitergehen, und ich glaube aufrichtig, dass diese EntschlieÙung der richtige Weg ist, dies zu tun.

José Manuel Fernandes (PPE). – (PT) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, dies ist die Zeit für uns, Solidarität zu zeigen, aber es ist auch eine Gelegenheit für uns – ich würde sogar sagen, unsere Pflicht –, an Verbesserungen, Veränderungen und Anpassungen zu arbeiten. Die sofort benötigten Anpassungen betreffen den EU-Solidaritätsfonds, damit er benutzt werden kann – und zwar unverzüglich –, um diese Katastrophen anzugehen, während die Verbesserungen und Veränderungen die Forstpolitik betreffen.

Wir brauchen eine Europapolitik für Wälder, die beides verfolgt: Stärkung ihrer Aktivitäten und Vermeidung von Bränden. In vielen Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel in meinem, Portugal, gibt es noch nicht einmal ein Grundbuch, und so wissen wir gar nicht, wem das Land gehört. Das verursacht Probleme bei der Landentwicklungs-, Wiederaufforstungs- und Brandschutzpolitik.

Hinsichtlich dieser Präventionspolitik habe ich hier eine Frage, die auch ein Vorschlag ist: warum sind Maßnahmen zur Verhütung von Waldbränden nicht Teil des Sanierungsplans der EU, dem Plan zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft? Wenn wir Maßnahmen zur Säuberung unserer Wälder förderten – und zum Beispiel das Produkt solcher Maßnahmen benutzt werden könnte, um durch ordnungsgemäß für diesen Zweck entwickelte Biomassekraftwerke Energie zu produzieren, – wenn wir so handeln würden, würden wir ganz sicher die Umwelt schützen und gleichzeitig Stellen schaffen, was zum momentanen Zeitpunkt ein weiteres Ziel Europas ist.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – (NL) Herr Präsident, es ist gut, dass wir an diesem ersten Tag der Parlamentssitzung die Katastrophen des südlichen Europas diskutieren, und ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen, die an diesen Texten im Einzelnen gearbeitet haben. Wir haben hier eine gute EntschlieÙung. Zunächst ist dies natürlich eine Angelegenheit von zwischenmenschlicher Beteiligung oder Nähe zu den Menschen – wie wir dies immer in Zusammenhang mit den Wahlen gesagt haben – und von Solidarität. Dieses Mal sind es Brände in Südeuropa, aber, wer weiß, diesen Winter sind es vielleicht Überschwemmungen in ganz anderen Teilen Europas. Wir im Ausschuss für regionale Entwicklung haben Verbesserungen des Solidaritätsfonds mehrmals diskutiert. Es ist absolut nicht unsere Absicht, nach neuen Instrumenten zu fragen, sondern eher die, die wir schon haben, zu verbessern und sie effizienter zu machen. Kommissar Dimas, was nun ist so merkwürdig an alldem? Wir haben dies hier im Parlament mit überwältigender Unterstützung festgelegt und haben genau erklärt, wo Verbesserungen gemacht werden könnten, aber es wurde vom Rat blockiert. Der Rat hat nun seit zwei Jahren versagt, etwas in dieser Sache zu unternehmen. Meine Anfrage an Sie ist, ob es immer noch eine Chance auf Bewegung in dieser Sache gibt. Sie berichten zu Recht über Fortschritte in Zusammenhang mit dem Pilotprojekt und den eingesetzten Flugzeugen, aber wir hören überhaupt nichts über das zugrundeliegende Dossier, das das Parlament so nachdrücklich angefordert hat. Steht das immer noch auf der Tagesordnung? Was geschieht tatsächlich?

Hinsichtlich der Zivilschutztruppe würde ich sagen, dass es an sich großartig ist, dass Europa seine eigenen Instrumente einsetzt, aber dass das breitangelegte Fundament bei den Mitgliedstaaten selbst liegt. Der Austausch von Fachwissen, der Einsatz besonders in der weiteren Region selbst, sollte diese Fundamente bilden.

Schließlich der Wiederaufbau: Schadenbehebung, Wiederaufpflanzungen und alles was dazu gehört. Dies ist keine Angelegenheit zentraler Steuerung, sondern muss dezentral von den Mitgliedstaaten übernommen werden. Allerdings haben wir auch diese Fonds – den Strukturfonds, den Landwirtschaftsfonds – also warum fangen wir nicht an? Es kann ein Wirtschaftsplan sein, wie wir gerade gehört haben, aber ebenso ein Sanierungsplan, der in umfassender Weise in Angriff genommen wird und bei dem die dezentralen Instrumente eine besonders bedeutende Rolle spielen. Das ist, was diese EntschlieÙung fordert, und daher sollten wir sie morgen ernsthaft unterstützen.

Antonio Cancian (PPE). – (IT) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, so genau wie die Entschließung mit dem Titel „Naturkatastrophen“, die von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) vorgelegt wurde, ist, würde ich gerne trotzdem die Aufmerksamkeit auf einige Punkte lenken, die heute Abend angesprochen wurden, die aber nicht in der Entschließung zum Thema gemacht werden, und die Gegenstand meiner Änderungsvorschläge sind.

Letzten Sommer gab es, genauso wie die Brände, andere Katastrophen, die jüngste davon geschah erst letztes Wochenende in Südtalien. Ich selbst komme aus einer Gegend in Italien, Venetien, die im Juni und Juli von Erdbeben und Wirbelwinden heimgesucht wurde, und ich möchte hier als Beispiele Vallà di Riese und Borca di Cadore nennen.

In der Entschließung sollten wir auch die anderen Naturkatastrophen erwähnen, nicht nur die Brände, weil Sommerüberschwemmungen leider kein neues Phänomen sind; dies ist eins der Szenarios, mit denen wir in Zukunft als Folge des Klimawandels, traurigerweise, aufgrund der globalen Erwärmung konfrontiert sein werden. Wir müssen daher versuchen, auf Präventionsmaßnahmen und den Aufbau der Infrastruktur zu bestehen, die diese Ereignisse vermeiden kann, oder schlimmer, die, wo diese Infrastruktur sie verschärft, wenigstens den Schaden eindämmen kann: Ich denke dabei an Reservoirs in Bergregionen, Grüngürtelbereichen, ländlichen und Waldbereichen sowie entlang von Wasserläufen.

Zweitens, da in den meisten Fällen Naturkatastrophen auch durch Handlungen von Menschen verursacht werden, ist es wichtig, die Verantwortlichen festzustellen, die Schuldigen zu verfolgen und die Strafmaßnahmen zu verschärfen. Zuletzt möchte ich noch sagen, dass es eine gute Idee ist, diese unabhängige Eingreiftruppe und den damit verbundenen Solidaritätsfonds einzurichten. Es ist jedoch wichtig, zu versuchen, dieses Intervenieren auch auf andere Katastrophen auszudehnen, um die Bereitstellung für diese Katastrophen durch den Zusammenschluss verschiedener Fonds zu vergrößern, die Verfahren zu vereinfachen und größere Koordination und Flexibilität sicherzustellen, wie Herr Mauro erwähnte.

Mairead McGuinness (PPE). – Herr Präsident, ich habe mir diese Debatte in meinem Büro angehört. Offensichtlich und zum Glück haben wir in Irland derartig schwerwiegende Brände wie unsere Kolleginnen und Kollegen in Südeuropa nicht. Mir sind dabei zwei Gedanken gekommen. Der eine ist, dass wir in diesem Haus dazu neigen, nur über solche Probleme zu sprechen, die direkt unsere eigenen Länder betreffen und angesichts der in Irland über den Vertrag von Lissabon geführten Debatte – wo wir über Solidarität innerhalb der Europäischen Union sprechen – glaube ich, sollten wir mit dieser Gewohnheit brechen. Ich meine, mehr von uns sollten über die uns bekannten Sorgen der anderen Mitgliedstaaten sprechen, damit es ein größeres Solidaritätsgefühl zwischen den Mitgliedern dieses Hauses bezüglich der Sorgen ihrer Bürgerinnen und Bürger gibt. Ich wünschte mir zum Beispiel, dass andere die Sorgen aufgriffen, die in Irland für meine Bürgerinnen und Bürger vielleicht auftreten. Ich glaube, dass es uns helfen würde, die Idee zu fördern, dass Europa für alle arbeitet und wir uns eben nicht nur um uns selbst kümmern. Das war einer der Fehler der Europäischen Union und ist Teil der Auseinandersetzungen der Debatte zum Vertrag von Lissabon.

Lassen Sie mich Ihre Arbeit hier unterstützen und meine Solidarität gegenüber den Problemen Südeuropas ausdrücken. Befassen Sie sich mit denen, die vorsätzlich zerstören. Kümmern Sie sich um Prävention. Es muss viel mehr durch Management gemacht werden, und die Gelder des Solidaritätsfonds sollten schließlich an diejenigen freigegeben werden, die sie brauchen.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident, Kommissar Dimas, dies ist das erste Mal, dass ich Abgeordneter bin – ich wurde am 7. Juni gewählt –, aber die Debatte zeigt eindeutig, dass dieses Thema jeden September auf den Tisch kommt, und zwar nach dem Ansturm verwüstender Brände, die besonders in Südeuropa wüten: Italien, Frankreich, Griechenland und Spanien.

Der verheerende Brand auf der Insel La Palma in der äußersten Region der Kanaren wurde schon erwähnt, eine spanische autonome Gemeinde, wo ich geboren wurde und wo ich lebe. Was jedoch wichtig ist, ist, dass wir uns bewusst sind, obwohl es besonders an den südlichen Grenzen Europas intensiv ist, wir hier eine Möglichkeit haben, die Zuneigung und Verbindung der Bürgerinnen und Bürger mit dem, was Europa bedeutet, zu vergrößern: Mehrwert hinsichtlich der Reaktion.

Dies bedeutet, europäischen Mehrwert an Prävention und europäischen Mehrwert in der Koordination der Institutionen: der Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament mit der Entschließung, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten. Es muss allerdings auch europäischen Mehrwert in der Art der Reaktion geben.

Darum ist es wichtig, dass wir vom Debattieren zum Handeln wechseln, indem wir den Solidaritätsfonds in der Reaktion auf Notsituationen flexibler gestalten, und dass wir diese europäische Zivilschutztruppe mit ihrer Arbeit beginnen lassen, die immer noch in den Startlöchern hängt, und das ist, was wirklich in der Zukunft einen großen Unterschied machen könnte, wenn wir mit diesen Notlagen konfrontiert sind, die jeden Sommer als Folge des Klimawandels und der globalen Erwärmung von Neuem auftreten.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Herr Präsident, mehr als alle Solidaritätsbekundungen angesichts dieser Geißel der Waldbrände, die unsere Länder im Süden, wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal, jedes Jahr heimsuchen, müssen wir dringend die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um diese Situation zu ändern, weil unsere letzten Wälder, unsere Häuser, unser Viehbestand, die biologische Vielfalt und, schlimmer noch, einige Menschenleben dem zum Opfer fallen.

Es ist daher an der Zeit, die Ursachen dieser Geißel offensiv anzugehen und der ernsthaften, wachsenden Landflucht Rechnung zu tragen. Es ist an der Zeit, die gemeinsame Agrarpolitik zu ändern, sowie in Prävention zu investieren, was auch bedeutet, in multifunktionale Landwirtschaft zu investieren, einschließlich der Forstwirtschaft im Mittelmeerraum, durch Unterstützung der Familienlandwirtschaftsbetriebe und durch Schaffung der Bedingungen für Kleinbauern und mittelständische Landwirtschaftsbetriebe und junge Menschen, die in den ländlichen Regionen bleiben und auf diese Weise zu den Maßnahmen beitragen, diese jährliche Plage zu verhindern.

Malika Benarab-Attou (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin zufrieden mit der Reaktion, die Kommissar Dimas in der Lage war, zu diesem Thema zu geben, und insbesondere mit seiner Rede über die Wichtigkeit von Hilfestellung über die Grenzen unseres Kontinents hinaus.

Zusätzlich zum Umweltschutz des Mittelmeeres könnte man vielleicht formell vorschlagen, dass, als Teil der Union für das Mittelmeer-Projekt, diese Nothilfe im Falle von Bränden und die Entwicklung von Fachwissen im Bereich Wald in dieser Angelegenheit mit den Nicht-Europäischen Ländern der Union für das Mittelmeer geteilt und entwickelt werden sollte?

Petru Constantin Luhan (PPE). – (RO) Diesen Sommer waren Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland von großen Waldbränden betroffen. In Griechenland verwüsteten die Brände eine Fläche von ungefähr 21 200 Hektar und zerstörten dabei rund 2 Millionen Bäume und mindestens 150 Häuser.

In einem koordinierten Einsatz auf europäischer Ebene schickten Frankreich, Spanien und Zypern Canadair-Flugzeuge in die Athener Gegend, um die Brände zu löschen. Das strategische Backup der EU zur Bekämpfung von Waldbränden hat daher wieder einmal seine Nützlichkeit bewiesen. Der EU-Solidaritätsfonds kann ebenfalls Hilfe bei dieser Art von Situation leisten und einige der Kosten der durchgeführten Notfallmaßnahmen zur Wiederherstellung der Infrastruktur, zur Bereitstellung temporärer Unterkünfte und zum Schutz des Naturerbes übernehmen.

Ich möchte gerne die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass wir den bürokratischen Aufwand beim Zugang zu diesen Mitteln senken müssen. Lassen Sie mich Ihnen ein spezielles Beispiel aus meinem eigenen Land geben. Rumänien wurde im Juni letzten Jahres Opfer einer Naturkatastrophe. Aktuell im September 2009 sind die Gelder immer noch nicht der rumänischen Regierung übermittelt worden. Meiner Meinung nach brauchen wir für die Zukunft eine nachhaltige Forstpolitik genauso wie eine Strategie zur Vermeidung derartiger Katastrophen.

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. – (EL) Herr Präsident, ich möchte den Abgeordneten für ihre überaus konstruktiven Beiträge zu dieser abendlichen Debatte und für die exzellenten Ideen, die sie vorgeschlagen haben, danken.

Notsituationen verursachen oft hohe menschliche, finanzielle und Umweltkosten. In Zukunft werden wir wahrscheinlich aufgrund des Klimawandels - wie von vielen Abgeordneten betont - mehr und schlimmere Katastrophen zu bewältigen haben - nicht nur Waldbrände, die nicht auf Südeuropa beschränkt bleiben, sondern in Mittel- und sogar Nordeuropa einsetzen werden - sondern auch eine weitere Art von Katastrophe, nämlich Überschwemmungen. Wir müssen daher ständig die europäischen Mittel für das Katastrophenmanagement stärken und verbessern, die nun eindeutig ihren Mehrwert bewiesen haben.

Dies wurde auch noch einmal durch die Brände dieses Sommers bestätigt, die uns daran erinnerten, dass die Gemeinschaft nicht nur ihre Fähigkeit verbessern muss, auf Naturkatastrophen zu reagieren, sondern auch ihre Fähigkeit, sie zu verhindern, wie zahlreiche Sprecher dies heute Abend betont haben. Ich sollte das Parlament hier daran erinnern, dass im Februar die Kommission eine Mitteilung zur Vermeidung von

Naturkatastrophen und durch Menschen verursachte Katastrophen vorgelegt hat, in der bestimmte Vorschläge formuliert waren.

Wir warten auf die Kommentare des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich dieser Mitteilung. Ich glaube, dass das neue Parlament seine Antwort, die wir im Februar erwarten, nicht verzögern wird. Wir glauben, dass sie uns den politischen Anreiz geben werden, wie auch eine Entschließung diesbezüglich bei der bevorstehenden Konferenz, um mit der notwendigen Arbeit in dieser Richtung fortzufahren.

Wie zahlreiche Sprecher, beginnend mit Frau Podimata, die Frage ansprachen, sollte ich ebenfalls auf das Problem des Klimawandels und die Notwendigkeit der Anpassung sowie die vorgeschlagene Überprüfung der Forststrategie der Gemeinschaft hinweisen, deren Ziel es ist, klimabedingte Aspekte anzugehen. Dies wird auch eine Möglichkeit bieten, Fragen im Zusammenhang mit Waldbränden zu untersuchen. Ich sollte hier hinzufügen, dass diese Mitteilung der Kommission sehr wichtig ist, sowie die Mitteilung, die wir letzte Woche hinsichtlich der Finanzierung für die Klimaschutzvereinbarung herausgegeben haben, die wir uns von Kopenhagen erhoffen, mit einer großen Summe, die zur Anpassungsfinanzierung für den Klimawandel in den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt wird. Fonds werden an die notwendigen Stellen weitergeleitet werden, damit die Länder, welche die Auswirkungen des Klimawandels erleiden, ohne zum Treibhauseffekt beigetragen zu haben, in der Lage sein werden, die Auswirkungen zu bewältigen.

Tatsächlich habe ich vorgeschlagen, dass wir diese Sache nicht einfach bis 2013 warten lassen, sondern sofort jetzt in 2010 damit beginnen sollten. Ich hoffe, der Europäische Rat wird entweder am 17. September oder im Oktober zustimmen, dass Geld zur Verfügung gestellt werden soll, um die Arbeiten sofort zu beginnen, damit diese Länder sehen können, dass die Europäische Union und die Industrieländer wirklich ihre Vorschläge und Worte halten.

Eine Reihe anderer, sehr wichtiger Punkte über die Rolle gemeinschaftlicher Finanzierung kamen zur Sprache – und darf ich sagen, dass sie alle richtig waren. Der Gemeinschaftsmechanismus für ländliche Entwicklung und der Europäische Fond für regionale Entwicklung bieten die Einrichtung zur Unterstützung einzelstaatlicher Präventionsmaßnahmen. Die Kommission wird die Einrichtungen nutzen, die vom Solidaritätsfonds der Gemeinschaft zur Unterstützung der Wiederaufbaumaßnahmen in den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden.

Nachdem wir gehört haben, dass das Eingreifen durch die Kommission unmittelbar sein sollte, sollte ich hier Folgendes klarstellen: es gibt zwei Probleme und es war nicht klar, welches der beiden gemeint war. Das eine ist die Inanspruchnahme des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz und das andere ist die Aktivierung des Solidaritätsfonds. Sofern die Inanspruchnahme der Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz gemeint ist, kann ich Ihnen sagen, dass die Inanspruchnahme unmittelbar erfolgt, in Echtzeit. Ich zitiere das jüngste Beispiel der Brände, die in Griechenland ausbrachen: innerhalb einer Stunde nach Erhalt einer offiziellen Anfrage der Griechischen Regierung, starteten italienische Flugzeuge, um am nächsten Tag vor Ort einsatzbereit zu sein. Die Inanspruchnahme erfolgte daher unmittelbar.

Wie ich in meiner ersten Rede sagte, waren wir die ersten, die Fachleute ins Katastrophengebiet des Tsunamis und des Hurrikans Katrina schickten. Wir erhielten großes Lob für die durch das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz ergriffenen Maßnahmen und dies bestätigt beides, die Arbeit, die über die letzten Jahre geleistet wurde, und das Potenzial, das es hat, vorausgesetzt, dass es den Auftrag und die Ressourcen besitzt – besonders die finanziellen Ressourcen –, um in der Lage zu sein, seine Arbeit zum Wohle der Europäischen Union, der Bürgerinnen und Bürger, des Umweltschutzes und dem Eigentum der europäischen Bürger auszuweiten.

Sofern es den Solidaritätsfonds betrifft, habe ich gehört – und das ist richtig –, dass er größere Flexibilität benötigt. In der Tat muss er in der Lage sein, so schnell wie möglich zu reagieren, da die zugrundeliegenden Grundsätze des Solidaritätsfonds sind, Notfälle abzudecken oder Teile von Notsituationen, die durch Katastrophen verursacht sind.

Es ist daher logisch, dass die Kommission sofort handeln sollte und die Mitgliedstaaten, durch entweder ihre zentralen oder regionalen Verwaltungen, sofort handeln sollten, damit die Gelder zugeteilt werden. Darüber hinaus, gibt es außerdem die Klausel im Europäischen Solidaritätsfonds, dass die Arbeiten innerhalb eines Jahres nach Zuteilung ausgeführt werden müssen. Dies ist logisch, aber benötigt größere Flexibilität.

Abschließend – und ich möchte mich entschuldigen, dass ich nicht mehr Zeit habe, um auf die sehr speziellen Fragen einzugehen – möchte ich nur gerne sagen, bevor ich es vergesse, da einige Sprecher auf die Programme zur Konjunkturbelebung verwiesen, dass sie ganz sicher eine sehr gute Idee sind, da es zahlreiche Vorteile

vom Einschluss von Projekten zur Vermeidung von Katastrophen gibt, mit denen wir ebenfalls mehr oder weniger nächstes Jahr rechnen können – wie bereits erwähnt, diskutieren wir diese Angelegenheiten jedes Jahr –, sowohl weil sie die Konjunktur ankurbeln und neue Stellen schaffen werden als auch weil sie Schaden vermeiden werden, der Millionen Euro an Wiederaufbauarbeit kosten wird. Es handelt sich daher um Investitionen, die sich auf vielfache Weise auszahlen und natürlich die menschlichen Kosten von Katastrophen vermeiden werden.

Letztlich möchte ich gerne darauf verweisen, während die Gefahr von Waldbränden oder anderen Katastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben und sogar militärischer Intervention – weil das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz bei Überschwemmungen, Erdbeben und Waldbränden und um Menschen umzusiedeln eingegriffen hat, wie zum Beispiel nach dem Konflikt im Libanon, und wir haben hier mit großem Erfolg geholfen – zwar nicht vollständig gebannt werden kann, so kann sie dennoch durch unsere Zusammenarbeit und eine bessere gemeinsame Reaktion auf solche Katastrophen gemindert werden. Die Kommission verpflichtet sich, den Gemeinschaftsbeitrag zu Prävention, Bereitschaft, Reaktion und Wiederherstellung bei Katastrophen zu stärken, um die Bürgerinnen und Bürger und die Umwelt zu schützen.

Ich möchte dem Parlament nochmals für seine aktive Unterstützung bei der Notwendigkeit, das Katastrophenmanagement zum Wohle aller europäischen Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, danken.

Präsident. – Die Aussprache wird hiermit geschlossen.

Die Stimmabgabe wird am Mittwoch, dem 16. September stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Iosif Matula (PPE), schriftlich. – (RO) Ich bin über die vermutete Größe dieser Katastrophen in den letzten Jahren, die nicht nur natürliche, sondern auch menschliche Ursachen haben, mit Konsequenzen für die wirtschaftliche sowie die soziale Infrastruktur, sehr betroffen. Unsere Reaktion auf dieses Phänomen durch den EU-Solidaritätsfonds liefert wichtige Unterstützung bei der Aufgabe des Wiederaufbaus der von den Katastrophen betroffenen Gebiete, nebst Reduzierung ihrer möglichen grenzübergreifenden Auswirkungen. Ich möchte jedoch die Notwendigkeit, die Transparenz der Kriterien für den Einsatz dieses Fonds zu vereinfachen und zu verbessern, betonen, damit die betroffenen Gebiete von der Unterstützung der Gemeinschaft so schnell wie möglich profitieren können. Wir müssen auch mehreren Gebieten erlauben, Hilfe zu erhalten, indem eine niedrigere Einsatzobergrenze eingeführt wird. Ferner unterstütze ich die Ausfertigung einer europäischen Strategie zur Bekämpfung von Naturkatastrophen und zur Stärkung einer gemeinsamen europäischen Truppe, die im Falle einer Katastrophe einsatzbereit ist, an jeder Stelle der EU.

Richard Seeber (PPE), schriftlich. – (DE) Diesen Sommer wieder gab es in einigen Gebieten Europas verwüstende Waldbrände, die nicht nur beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden verursachten, sondern auch 11 Menschen das Leben kostete. Europa muss angesichts solcher Naturkatastrophen Solidarität beweisen. Akute Situationen dieser Art geben der Gemeinschaft die Möglichkeit, ihre Qualitäten zu beweisen und Europas Bevölkerung in die Lage zu versetzen, direkten Mehrwert seitens der Europäischen Union zu erfahren. Bei der praktischen Umsetzung jedoch müssen die Artikel der Subsidiarität absolut befolgt werden. Es sind die Mitgliedstaaten, die für die Vorsichtsmaßnahmen für Katastrophen und die Ausfertigung von Notfallmanagementplänen verantwortlich sind, und die EU darf sich in diese wichtige Kompetenz seitens der einzelnen Mitgliedstaaten nicht einmischen. Der Solidaritätsfonds der Gemeinschaft ist ein solides und wertvolles Finanzmanagementinstrument. Langfristig muss die Strategie, Brände dieser Art in Europa zu verhindern, verbessert werden, und wir müssen aufhören, uns auf kurzfristiges Krisenmanagement zu verlassen.

Dominique Vlasto (PPE), schriftlich. – (FR) Angesichts der tragischen Brände, die wieder einmal Südeuropa verwüstet haben, müssen wir reagieren, um diesen untragbaren Ereignissen erfolgreich einen Riegel vorzuschieben. Zunächst, indem wir die Interventionsmittel besser organisieren: es ist die Idee von Herrn Barnier, eine europäische Zivilschutztruppe zu haben, die in der Lage ist, einzuschreiten, um die nationalen Truppen zu unterstützen. Um ein Feuer großflächig in Schach zu halten, ist schnelles Eingreifen notwendig: Europäische Solidarität muss effektiver sein. Prävention bleibt besonders wichtig, allerdings: Wälder müssen erhalten und gepflegt werden. Im Süden von Frankreich sind 75 % des Waldes in Privatbesitz. Es ist daher wichtig, die Unterstützung der Eigentümer zu gewinnen und sie dazu anzuhalten, ihre bewaldeten Flächen zu pflegen. Insbesondere betrifft dies die Regenerierung der Waldflächen im Mittelmeergebiet, deren wirtschaftliche Erträge zu niedrig sind: Strukturfonds-unterstützte Initiativen müssen regelmäßige Probenentnahmen der Biomasse und deren Nutzung für Energiezwecke fördern, und die Entwicklung einer nachhaltigen Forstwirtschaft und von verantwortlichem Ökotourismus. Ich appelliere daher an die Europäische

Kommission, die Merkmale des Waldes im Mittelmeerraum zu erkennen und einen Aktionsplan vorzuschlagen, der zu seinem Schutz und für die bessere Nutzung seiner natürlichen Ressourcen entwickelt wird. Das ist das Mindeste, was getan werden kann, um langfristig die Gefahren von Bränden zu verringern und die fragilen Ökosysteme von Südeuropa zu bewahren und wiederherzustellen.

22. Freihandelsabkommen mit Südkorea: Auswirkungen auf die europäische Industrie (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt ist die Erklärung der Kommission zum Freihandelsabkommen mit Südkorea: Auswirkungen auf die europäische Industrie.

Catherine Ashton, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ein großes Potenzial für neue Exportmöglichkeiten liegt in den asiatischen Märkten, die hohe Wachstumsraten, aber natürlich auch hohe beträchtliche Zugangshindernisse haben. Neben den multilateralen Gesprächen ist ein wichtiger Weg zur Überwindung dieser Schranken durch den uns zur Verfügung stehenden Einfluss in Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen.

Das ist der Grund, warum Mitgliedstaaten die Kommission gebeten haben, eine neue Generation von Handelsabkommen mit den wichtigsten Volkswirtschaften Asiens auf den Weg zu bringen. Diese Freihandelsabkommen sollten bei der Schaffung neuer Exportmöglichkeiten für viele Sektoren ambitioniert sein.

Mit Korea haben wir dies nach zwei intensiven Verhandlungsjahren erreicht. Hierbei handelt es sich um das ambitionierteste Freihandelsabkommen, das je von der Europäischen Union verhandelt wurde.

Es herrscht Übereinstimmung darüber, dass in zwei der drei Hauptbereiche unserer Wirtschaft die Vorteile aus den Freihandelsabkommen überwiegend zu unseren Gunsten sind: Erstens werden unsere leistungsfähigen Dienstleister massiv von dem Abkommen profitieren. Zum Beispiel wird es in den Bereichen wie Telekommunikation, Verkehr, Bau und umweltbezogenen Dienstleistungen in Zukunft viel einfacher sein, in Korea Handel zu treiben.

Zweitens wird Korea für landwirtschaftliche Erzeugnisse fast alle seiner besonders hohen Zölle abschaffen – sie liegen durchschnittlich bei 35 %! Das wird den Export von Landwirtschaftsgütern ankurbeln, unter anderem von Schweinefleisch, Wein, Whisky oder Milchprodukten. Wir werden auch den Schutz europäischer geographischer Herkunftsangaben sicherstellen, wie Parmaschinken, Rioja oder Tokaier.

Aber das Freihandelsabkommen wird auch den europäischen Exporteuren von Fertigprodukten große Vorteile verschaffen. Insgesamt werden europäische Exporteure von Fertigprodukten etwa 1,2 Mrd. EUR an Tarifen jedes Jahr sparen, von denen 800 Mio. EUR am ersten Tag gespart werden. Zum Beispiel würden Maschinenexporteure jährlich 450 Mio. EUR an jährlichen Zollzahlungen einsparen, während Exporteure von Chemikalien über 150 Mio. EUR an Zöllen sparen würden.

Die Abschaffung der Zölle wird unseren Exporteuren außerdem erlauben, ihren Stand auf dem koreanischen Markt zu stärken und so ihren Umsatz steigern. Kunden in Korea kaufen jedes Jahr EU-Güter im Wert von etwa 25 Mrd. EUR. Dies macht Korea zu einem unserer wichtigsten Exportmärkte in Asien.

Außerdem gab es einen Schwerpunkt auf Vorschriften. Das Abkommen schließt Transparenz hinsichtlich der Regulierung, wirksame Durchsetzung von Verpflichtungen, besseren Schutz geistiger Eigentumsrechte und „WTO-plus“-Beihilferegelungen ein, wovon alle auf dem koreanischen Markt verkaufenden Hersteller profitieren werden.

Darüberhinaus haben sich anspruchsvolle Disziplinen bezüglich industrieller technischer Handelshemmnisse etabliert, insbesondere für Autos, Elektronik und Pharmazeutika, die auf dem Regulierungsmodell von Europa basieren und auf langjährige Nachfragen europäischer Unternehmen in diesen Sektoren reagieren. Korea muss seine innerstaatlichen Regelungen ändern, um diese Verpflichtungen zu erfüllen, wohingegen in Europa keine derartigen Änderungen vonnöten sind.

Was insbesondere die Automobilindustrie betrifft, möchte ich zuallererst signalisieren, dass auch wir ein Interesse daran haben, den Zugang für europäische Autos auf den koreanischen Markt zu verbessern. Unsere Automobilexporteur sind mit Abstand die stärksten Importeure auf dem koreanischen Markt, mit starken Wachstumsraten. Sie können dies weiterentwickeln, da sie von der Kombination der Abschaffung der Tarife

– 2 000 EUR an einem Wagen im Wert von 25 000 EUR gespart – und der Beseitigung technischer Hindernisse profitieren werden.

Das verhandelte Abkommen schließt die anspruchsvollsten Disziplinen für nicht-tarifäre Handelshemmnisse ein, die jemals mit einem Drittstaat verhandelt wurden. Korea wird vom ersten Tag an akzeptieren, dass ein Auto, das mit den internationalen Normen übereinstimmt, als diejenigen koreanischen Vorschriften befolgend gilt, die von unserer Industrie als bedeutende Hindernisse darstellend angezeigt wurden.

Es gibt außerdem Bestimmungen, unter denen Korea die Gleichwertigkeit zwischen europäischen und koreanischen Umweltvorschriften akzeptiert. Tatsächlich hat Korea, sogar bevor das Abkommen in Kraft tritt, zugestimmt, dass bestimmte Übergangsausnahmeregelungen zu den koreanischen Umweltnormen gelten, die für unsere Exporteure wichtig sind, und wir beobachten Gespräche in Korea über neue Bestimmungen zur Begrenzung von CO₂-Emissionen sehr genau, um ihnen zu zeigen, dass sie kein Handelshindernis sind.

Wir sind uns der Befindlichkeiten in der Automobilbranche bewusst. Wir haben uns für lange Übergangsfristen für die Liberalisierung unseres empfindlichsten Fahrzeugsegments - der Kleinwagen - eingesetzt. Zölle werden erst im fünften Jahr des Abkommens abgeschafft sein, und das lässt Zeit für Anpassung zu. Wir sollten uns an die bedeutende koreanische Investition im Automobilsektor in Europa erinnern.

Wir haben die Ursprungsbestimmungen durch die Erhöhung der zulässigen Grenzwerte des Außenwerts bei koreanischen Fahrzeugen von 40 % auf 45 % mäßig geändert, und wir haben eine bilaterale Schutzklausel vereinbart, die uns erlaubt, im Falle eines Anstieges der Einfuhren und einer drohenden Schädigung unserer Industrien Zölle zu erheben.

Bezüglich der Zollrückerstattung, meinem letzten Punkt, bedeutet dies nichts Neues. Solche Strategien sind unter der Welthandelsorganisation (WTO) rechtmäßig. Zollrückerstattung schafft außerdem keinen bedeutenden Wettbewerbsnachteil für unsere Automobilhersteller, da unsere Zölle auf Autoteile allgemein sehr niedrig sind und noch weiter reduziert werden. Und wir haben eine besondere Klausel verhandelt, die es uns ermöglichen würde, Zollrückerstattungen wirksam zu begrenzen.

Ich möchte die kräftige Unterstützung der europäischen verarbeitenden Industrien wie auch der Landwirtschafts- und Dienstleistungsorganisationen für dieses Abkommen betonen. Diese ist wichtig und ein klares Zeichen unserer Entschlossenheit, das Interesse am Marktzugang zu den entscheidenden aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften zu verfolgen.

Daniel Caspary, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Südkorea ist der viertgrößte externe Handelspartner der Europäischen Union mit rund 30 Mrd. EUR Exportvolumen im Jahr. Der Abschluss des Freihandelsabkommens liegt also zutiefst im Interesse unserer Arbeitgeber und unserer Arbeitnehmer.

Und, Frau Kommissarin, ich möchte Ihnen heute noch keinen Glückwunsch aussprechen, denn das Abkommen ist ja noch nicht unterzeichnet, aber wenn Sie es wirklich schaffen sollten, in dieser Krisenzeit – in einer Zeit, in der die Exportraten weltweit zusammengebrochen sind wie noch nie in der Geschichte – das Freihandelsabkommen unter Dach und Fach zu bringen, dann wäre das ein Riesenerfolg, den ich Ihnen von Herzen wünschen würde.

Handelsabkommen sind oft sehr strittig, und Südkorea ist aus meiner Sicht eine sehr löbliche Ausnahme. Ich höre sehr positive Rückmeldungen aus fast allen Bereichen der europäischen Industrie. Ich denke an Maschinenbau, Pharma, Elektrotechnik, Chemie, zahlreiche Dienstleister. Ich habe es noch nie erlebt, dass selbst aus dem Bereich der Landwirtschaft positive Rückmeldungen zu Handelsverhandlungen kommen. Das ist sicherlich ein Novum, ich glaube, das kennen wir fast alle nicht.

Die Ergebnisse sind sicher positiv, auch wenn sich manche Branchen noch mehr gewünscht hätten. Es gibt aber eine Ausnahme – den Fahrzeugbau. Aber auch hier ist es nicht die komplette Branche, sondern es sind nur einige Hersteller, die das Abkommen kritisch sehen. Andere Hersteller und vor allem auch viele Zulieferer sehen es in der jetzigen Form sehr positiv.

Ich fände es gut, wenn wir noch die Chance nützen könnten, etliche der Kritikpunkte der betroffenen Industrie aufzugreifen und mögliche negative Auswirkungen des Freihandelsabkommens vielleicht noch im einen oder anderen Detail nachzubessern. Ich denke da an Stichworte wie den *Capital Region Act Seoul*, an Standards bei den *On-board-Diagnosen*, an Umweltstandards, die *Duty-drawback*-Schutzklausel etc. Hier sollten wir Missverständnisse vermeiden oder besser noch ausräumen und vor allem auch darauf drängen, dass in

Südkorea die Zusagen, die uns gegenüber gemacht wurden, wirklich auch durchgesetzt werden. Ein klares Monitoring möglicher neuer nichttarifärer Handelshemmnisse wäre sicherlich sinnvoll.

Ich hoffe, dass das Abkommen sehr bald in Kraft tritt und die Verbraucher und Arbeitnehmer der Europäischen Union sehr bald davon profitieren können. Vielen Dank und Ihnen im Endspurt weiterhin viel Erfolg!

Kader Arif, im Namen der S&D-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Damen und Herren, ich bin sehr darüber erfreut, dass ein konservativer und ein liberaler Kollege der Kommission zustimmen; das macht meine Aufgabe als Sozialdemokrat einfacher.

Ich hoffe, dass die Debatte heute Abend es jedenfalls ermöglichen wird, endlich die vielen Bedenken bezüglich des Einflusses dieses Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Korea und, insbesondere, auf die europäische Industrie zu thematisieren.

Sie, Frau Kommissarin, sprachen von einem Konsens, aber ich möchte Sie daran erinnern, dass nun schon seit einigen Monaten bestimmte Industriesektoren – einschließlich der Automobilhersteller und ihrer unterstützenden Gewerkschaften – Sie vor den möglichen tragischen Konsequenzen dieses Abkommens gewarnt haben. Heute ist immer noch der Großteil dieser Probleme nicht thematisiert worden.

Es kann allerdings der Fall sein, dass Sie sich dafür entschieden haben, die europäische Automobilindustrie zugunsten von Dienstleistungen zu opfern.

Warum also erlauben wir Korea Zollrückerstattungen zu bekommen, was eine Vergünstigung ist, die zuvor niemand je erhalten hat, nicht einmal die Entwicklungsländer wie zum Beispiel die Länder im Mittelmeerraum? Was ist die Logik hinter flexiblen Ursprungsbestimmungen, deren Einfluss gefürchtet werden muss, nicht nur von der Automobilindustrie, sondern auch von der europäischen Textilindustrie?

Warum lassen Sie solche Wettbewerbsverzerrungen zu und warum, vor allem, schaffen Sie diesen Präzedenzfall?

Angesichts solcher Risiken und bedauerlicherweise auch anderer, auf die ich hier nicht eingehen kann, aber deren Einzelheiten Sie kennen – Sie haben sie gerade erwähnt –, hat die Kommission einen letzten Ausweg vorgeschlagen, die Aufnahme einer Schutzklausel. Frau Kommissarin, Sie wissen jedoch, dass die Schutzklausel kein Automatismus ist und dass sie in den ersten fünf Jahren nur sehr schwierig zu implementieren und unmöglich zu aktivieren sein wird.

Ich werde nur ein Beispiel zitieren, um unsere Befürchtungen zu veranschaulichen. Wenn das Freihandelsabkommen zulässt, dass Korea 100 000 zusätzliche Wagen nach Europa exportiert – derzeit werden pro Jahr schon 600 000 exportiert –, fallen dem hier 6 000 Stellen zum Opfer. Umgekehrt unterliegt Europa mit jedem Hersteller, der als Teil eines gesamten europäischen Kontingents von 6 000 Fahrzeugen nur 1 000 Fahrzeuge nach Korea exportieren darf, ungeheuren Restriktionen.

Wie erklären Sie zu Zeiten dieser Krise, die einen besonderen Effekt auf die Beschäftigten der Automobilbranche hat, dass Europa sich selbst zu einem derartigen Abkommen verpflichtet? Stellen Sie sich eine Neuverhandlung dieser kontroversen Punkte vor, die ich gerade erwähnt habe? Das ist, was viele der Mitgliedstaaten und industriellen Sektoren, die ich gerade erwähnt habe, jedenfalls fordern.

Werden Sie sich endlich persönlich einsetzen, Frau Kommissarin, größere Transparenz sicherzustellen und uns Abgeordneten in größerem Umfang als bisher einzubeziehen? Wir und die Kommission schufen die Bedingungen für ein negatives Image des polnischen Klempners; lassen Sie uns nicht ein negatives Image des koreanischen Wagners schaffen.

Michael Theurer, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich Ihnen, sehr geehrte Frau Kommissarin Ashton, im Namen der ALDE-Fraktion für die Informationen danken, die Sie uns heute Abend in der außerordentlichen Ausschusssitzung und auch hier im Plenum gegeben haben. Offensichtlich steht das Freihandelsabkommen mit Südkorea unmittelbar vor dem Abschluss. Aus Sicht der Liberalen und besonders auch aus Sicht der FDP ist das Ziel eines freien und fairen Welthandels gerade jetzt von großer Bedeutung, denn im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir ja Tendenzen des Protektionismus, und diesen Tendenzen müssen wir im Interesse des Wohlstands und der Arbeitsplätze in der Europäischen Union entschieden entgegenreten.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Bedeutung die Kommission dem Freihandelsabkommen mit Südkorea beimisst. Denn lange Zeit hat man sich ja auf Fortschritte bei der Doha-Entwicklungsrunde

konzentriert, jedoch ohne bislang hier zu einem Abschluss zu kommen. Deshalb, sehr geehrte Frau Kommissarin Ashton, meine Frage: Sehen Sie im Abschluss des Freihandelsabkommens mit Südkorea einen ersten Schritt zu weiteren bilateralen Freihandelsabkommen, und bedeutet dies aus Ihrer Sicht eine Abkehr von Doha? Oder sind diese bilateralen Abkommen lediglich eine Ergänzung bzw. eine Erweiterung der Freihandelspolitik der Europäischen Union?

Wie Ihnen ja außerdem bekannt ist, stößt besonders die Zollrückerstattungsklausel bei einigen Mitgliedstaaten und Industriezweigen – hier insbesondere bei der Automobilindustrie – auf Bedenken. Sie kann die Konsequenz haben, dass der Handel mit Niedrigkostenländern wie Indien und China unterstützt und die europäische Herstellung gefährdet wird. Sehen Sie einen Weg, diesen Bedenken einiger Mitgliedstaaten gegen solche Zollrückerstattungen noch Rechnung zu tragen?

Ilda Figueiredo, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Die Erklärung der Frau Kommissarin verdeutlicht, dass es in der Europäischen Union Wirtschafts- und Finanzgruppen und -sektoren gibt, die von diesem Abkommen mit Südkorea profitieren werden. Es gibt außerdem noch die andere Seite der Medaille, Frau Kommissarin, die Sie hier nicht in Erwägung gezogen haben. Ich meine damit ganz speziell bestimmte empfindlichere Sektoren, wie zum Beispiel die Textil- und Bekleidungsindustrie, und Arbeitnehmerstellen.

Daher, weil sie Industrien und Arbeitnehmervertretungen in unseren Ländern betreffen, ist es Besorgnis erregend, dass die Europäische Kommission weiterhin die ernsthaften Schwierigkeiten ignoriert, mit denen die Textil- und Bekleidungsindustrie zu kämpfen hat. Ich möchte die Situation in meinem Land, Portugal, hervorheben, wo die Arbeitslosigkeit alarmierende Zahlen erreicht hat, und zwar genau in den Regionen, wo diese Industrien vorherrschen: im Norden und in bestimmten Teilen von Zentralportugal.

Deshalb betonen wir die Notwendigkeit einer konsequenten, konzertierten Strategie zur Unterstützung der Industrie in der Europäischen Union, besonders jener Sektoren, die von intensiver Arbeit abhängen, ob durch dringende Regulierung der Weltmärkte oder mittels Allgemeininteresse, das Investition, Innovation, Differenzierung, berufliche Bildung und die Schaffung von Stellen mit Rechten unterstützt.

David Campbell Bannerman, im Namen der EFD-Fraktion. – Herr Präsident, dies ist meine erste bzw. Jungfernsprache in diesem Parlament. Von einem UKIP-Abgeordneten für den Osten Englands erwarten Sie sicher, dass ich ein Rebell bin, und ich werde versuchen, weder Sie noch meine Wählerinnen und Wähler zu enttäuschen.

Heute diskutieren wir EU-Handelsabkommen und, insbesondere, das mit Südkorea, das dieses Jahr unterzeichnet werden soll. Da wir nicht viele Details zu diesem speziellen Abkommen haben, außer der Tatsache, nehme ich an, dass zwei Drittel der Gewinne Südkorea zugute kommen und ein Drittel der EU, würde ich gerne einige allgemeinere Punkte ansprechen.

Viele Leute sind sich dessen nicht bewusst, dass es über hundert verschiedene bilaterale EU-Handelsabkommen wie dieses gibt; 116 ist eine Schätzung. Es gibt Handelsabkommen mit Ländern wie zum Beispiel den USA, Kanada, Mexiko, Brasilien, Indien, China, Japan und Südafrika. In Europa gibt es Handelsabkommen mit Russland, der Ukraine, der Türkei und Liechtenstein.

Es gibt außerdem Handelsabkommen mit nicht zur EU gehörigen EWR- und EFTA-Staaten wie zum Beispiel der Schweiz und Norwegen. Norwegens Handelsabkommen schützt sowohl seine Fischereiindustrie als auch seine Landwirtschaft gewissenhaft, und Norwegen ist kein kleiner Fisch. Es ist der viertgrößte Importpartner und der sechstgrößte Exportmarkt der EU.

Was sollte ein Handelsabkommen wie das mit Südkorea denn dann wirklich enthalten? Die Schweiz, meine ich, ist ein gutes Beispiel. Dort gibt es Bestimmungen, Zölle und Handelsquoten bezüglich industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugnisse abzuschaffen. Dort gibt es Bestimmungen, Schweizer Bürgerinnen und Bürgern zu erlauben, in Ländern der EU zu leben und zu arbeiten, und für Bürgerinnen und Bürger der EU, in der Schweiz zu leben und zu arbeiten. Dort gibt es Bestimmungen, dass die Schweiz Teil des grenzkontrollfreien Schengen-Raums ist. Die Schweizer können in der Europäischen Umweltagentur tätig sein, wenn sie möchten, in den Film- und Fortbildungsprogrammen der EU, und sie können sich für EU-Forschungstipendien bewerben. Es gibt eine Kooperation bezüglich der Fluglinien, Asyl- und Justizfragen. Kurzum, sie nehmen alle Leistungen einer EU-Mitgliedschaft in Anspruch, aber ohne die Kosten zu haben.

Es stimmt, dass die Schweiz pro Jahr 600 Mio. Schweizer Franken für den Zugang zahlen muss, die Regierung der Schweiz berichtet aber von Ersparnissen in Höhe von 3,4 Mrd. Schweizer Franken dafür, kein Mitglied der EU zu sein, eine Netto-Ersparnis also von 2,8 Mrd. Schweizer Franken pro Jahr. Die Schweiz ist aber auch

kein unbedeutender Handelspartner: 80 % der Schweizer Exporte gehen an die EU, und die Schweiz ist damit unser viertgrößter Handelspartner.

Was ich sagen will, ist, dass Handelsabkommen die Vorteile des EU-Wirtschaftsverkehrs ohne die Last hoher regulatorischer Kosten, den Verlust der Souveränität und von Ressourcen erzielen können. Sogar die Website der Kommission gibt zu: „Die Schweiz kann sich entwickeln und ihre eigenen Regelungen in anderen Bereichen, die von EU-Urteilen abweichen, behalten. Dies ist in ihrem eigenen Interesse, wie zum Beispiel auf dem Finanz- und dem Arbeitsmarkt.“ Wie gerne würde Großbritannien in ähnlicher Weise von der Arbeitszeitrichtlinie, der Leiharbeitnehmer-Richtlinie oder der neuen Fondsmanager-Richtlinie abweichen!

Daher schließe ich mit der Frage, warum nicht Großbritannien? Warum kann Großbritannien nicht statt einer vollen EU-Mitgliedschaft ein ähnlich freundliches Handelsabkommen mit der EU haben wie Südkorea? Großbritannien allein ist der größte einzelne Handelspartner der EU mit einem Defizit von 40 Mrd. Britischen Pfund im Jahr. Wir können auch solche Versicherungen haben, an denen sich die Schweizer erfreuen. Wir könnten, und ich meine, wir sollten, wieder eine unabhängige freie Handelsnation sein so wie Norwegen, die Schweiz und sogar Südkorea.

Peter Šťastný (PPE). – Herr Präsident, als einer der Berichterstatter zum Freihandelsabkommen mit Südkorea und ein starker Vorkämpfer dessen, hoffe ich auf ein ausgewogenes Abkommen mit Wettbewerbsgleichheit, von dem beide Seiten profitieren – eine wahre Win-win-Situation.

Eine unserer Kernindustrien ist nicht wirklich glücklich mit dem aktuellen Verhandlungsstatus, und sie hat viele Freunde in ihrem Lager, einschließlich einiger Mitgliedstaaten, Industrien und Abgeordneten. Sie sehen alle in diesem Abkommen das Spielfeld ungerechterweise zugunsten Südkoreas verschoben. Die Europäische Kommission und der Europäische Rat sollten sich die Reibungspunkte ganz genau ansehen, namentlich die DDB-Schutzklausel, nicht-tarifäre Handelshindernisse und Ursprungsbestimmungen. Wenn etwas Fortschritt in Richtung größerer Zufriedenheit der Automobilindustrie der EU gemacht werden könnte, dann würden Beschäftigungsniveaus, ein starkes BIP und erwartete Lebensstandards wirklich profitieren und erhalten werden.

Wie auch immer, Wettbewerbsgleichheit wird kein Nachteil sein. Ein aussagekräftiger Präzedenzfall kann vielleicht für andere Freihandelsabkommen geschaffen werden, die schon auf der Warteliste stehen und in nicht allzu ferner Zukunft Thema sein werden. Für mich ist klar, dass dieses Abkommen insgesamt der EU und einigen ihrer verschiedenen Industrien weiteren Nutzen bringt. Im Kleinen wird es immer ein paar Gewinner und ein paar Verlierer geben: das ist das Wesen jedes bilateralen Abkommens. Im Großen befinden wir uns wahrscheinlich nahe am echten Gleichgewicht. Aber mit solch einer wichtigen Industrie wie der Automobilindustrie in einer so misslichen Lage muss man mehr verlangen. Nur wenn zusätzlicher Fortschritt erzielt wird, können wir von einem wahrlich gerechten Freihandelsabkommen sprechen, das akzeptabel ist und einen realen, positiven Einfluss als Präzedenzfall auf zukünftige Freihandelsabkommen ausübt.

Gianluca Susta (S&D). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe die Arbeit begrüßt, die während der Amtsperiode von Frau Ashton als Kommissarin geleistet wurde. Ich muss zugeben, dass wir eine bessere Beziehung mit ihr als mit ihrem Amtsvorgänger hatten, trotz ihrer gemeinsamen politischen Zugehörigkeit, die wir ebenfalls teilen, und ihrer gemeinsamen Staatsangehörigkeit.

Dieses Mal jedoch teile ich nicht den Enthusiasmus der Kommissarin bezüglich dieser Problematik, denn zu oft in den letzten Jahren ergriff die Kommission das Wort hier und pries bestimmte Initiativen an, nur um dann einen ganz anderen Weg einzuschlagen. Wir befinden uns gerade an einem ganz besonderen Punkt in der Geschichte, einer großen Wirtschafts- und Finanzkrise, die ebenfalls Folge mangelnder Gegenseitigkeit in der Welt ist, nicht nur gegenüber den Entwicklungsländern – was seiner eigenen Logik folgt, seiner eigenen Erklärung –, sondern gegenüber den neuen globalen Akteuren und den üblichen globalen Akteuren.

Zu oft verspüre ich mangelndes Bewusstsein innerhalb der Kommission, von ihrem Präsidenten und ihren Kommissaren, darüber, welche Initiativen zur Erholung der europäischen Industrie, zur Erholung der europäischen Fertigungsindustrie, implementiert werden sollten. Es scheint mir, dass dieses Abkommen – welches zugegebenermaßen ein positives Abkommen ist und äußerst konstruktiven Inhalt besitzt – eher akademisch wertvoll ist; es ist fast ein Vertrag wie aus dem Lehrbuch, aber einer, der mit der Realität nichts zu tun hat.

Wir exportieren 30 Mrd. US-Dollar nach Korea, nur 20 Mrd. US-Dollar kommen in Form von Autos, die von Korea nach Europa exportiert werden, zurück, und 1,5 Mrd. US-Dollar werden die indirekte Hilfe sein, die auf koreanische Autos in Europa anfällt, ganz zu schweigen von der Textilindustrie und den anderen

Sektoren. Das ist definitiv ein Ungleichgewicht, das meiner Meinung nach unterstrichen und korrigiert werden muss, bevor einem Freihandelsabkommen grünes Licht gegeben wird, das die europäische Industrie bestraft. Unsere ist eine Qualitätsindustrie, die sich selbst den neuen, durch Innovation geforderten Anforderungen verpflichtet hat, und ganz sicher keine bankrotte Industrie, die es nicht schafft, der Notwendigkeit innovativer Neuerung, die in der Wirtschaft existiert, nachzukommen.

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Herr Präsident, Frau Kommissarin, ich bin ebenfalls nicht sehr glücklich über die sonderbaren Änderungen des Abkommens, wie zum Beispiel Rückerstattungen von Zollgebühren auf importierte Komponenten im Fall von Exportgütern in die EU und einer Reduzierung der 60-%-Schwelle zur Bestimmung des Ursprungslandes. Dies führt zur Bevorzugung koreanischer Importe zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und auf Kosten von Arbeitslosigkeit. Der Löwenanteil in dieser Beziehung fällt dabei schon auf Importgüter aus Asien, wo Lohnkosten aufgrund schlechter oder nicht vorhandener sozialer und Umweltstandards konkurrenzlos niedrig sind. Die Handelsgespräche hätten sich daher darauf konzentrieren sollen, diese Standards anzuheben, statt auf den Wohlstand der asiatischen Industrie auf Kosten von Europa. Die Kommission schuldet dies schon seit langem den Bürgerinnen und Bürgern von Europa.

Ist sich die Kommission überhaupt der negativen Wirkung dieses Abkommens auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung in der Automobil- und Textilindustrie bewusst? Zweitens, ist sie sich dessen bewusst, dass das Abkommen einen unglücklichen Präzedenzfall für zukünftige Handelsabkommen schafft? Drittens, beabsichtigt die Kommission, die grundsätzlichen, von den europäischen Ingenieursgewerkschaften erhobenen Einwände zu ignorieren? Viertens, wie kommt es, dass die koreanischen Medien jetzt schon einen Sieg ihrer Automobilindustrie feiern, wo doch das Abkommen noch nicht einmal vom Kollegium der Kommission besprochen worden ist? Oder ist die Kommission darauf vorbereitet, den Entwurf zu überarbeiten und ein ausgewogenes Abkommen zu verhandeln? Ist die Kommission gewillt, Druck auf Korea auszuüben, internationale Verpflichtungen in Bezug auf soziale und Umweltstandards anzunehmen, und wird sie dies tun, bevor Korea allen Nutzen aus dem Freihandel mit der Europäischen Union zieht? Danke für Ihre Antwort. Ich vertraue darauf, dass gesunder Menschenverstand siegen wird.

David Martin (S&D). – Herr Präsident, ich muss zugeben, ich bin über den Ton dieser Debatte ziemlich betroffen. Mit der Ausnahme von vielleicht Daniel Casparys Beitrag, verlief sich doch recht negativ.

Ich war Parlamentsberichterstatter zum koreanischen Freihandelsabkommen. Im Vorfeld dieser Debatte schaute ich mir nochmals unsere Forderungen an, die wir beschlossen hatten – unsere Forderungen an die Kommission, was sie in diesen Verhandlungen in unserem Namen erreichen sollte – und ich glaube tatsächlich, dass die Kommission erreicht hat, worum wir sie gebeten haben. Ich möchte meine Anerkennung dem Verhandlungsführer zollen, der, wie ich sehe, neben Baronin Ashton sitzt, und Baronin Ashton selbst, für die Art und Weise, wie sie dieses Abkommen überbracht haben.

Natürlich gibt es bei jedem Freihandelsabkommen – definitionsgemäß – und bei jeder Verhandlung Gewinner und Verlierer, aber wenn Sie sich die globale Wirkung dieses Abkommens anschauen, gibt es große Gewinner in Europa und große Gewinner in Korea. Es sind die großen Gewinner, die den Welthandel vorantreiben. Zu dieser Zeit, in dieser aktuellen Krise, sollte alles, was ein positives Signal in die Richtung sendet, dass zwei so große Einheiten wie Korea und die Europäische Union den Wirtschaftsverkehr in Bewegung und offen halten wollen, als positiv angesehen werden.

Ich muss sagen, wenn das Europäische Parlament und der Ministerrat dieses Abkommen nicht zu einem endgültigen unterzeichneten Abkommen zwischen Korea und der EU führen können, dann können wir genauso gut eine kurze Notiz an die Generaldirektion Handel schicken, alle Verhandlungen aller anderen Freihandelsabkommen abubrechen, denn, wenn wir Korea nicht gerecht werden, dann können wir ASEAN vergessen, die Golfstaaten vergessen, die zahlreichen anderen Freihandelsabkommen, die wir versuchen zu verhandeln, vergessen und, ehrlich gesagt, Doha vergessen. Dies ist ein wichtiges Abkommen, in dem Europa seine strategischen Ziele erreicht hat. Lassen Sie uns dem Rest der Welt ein positives Zeichen geben, dass Europa Business gegenüber offen ist und dass wir, trotz dieser Rezession, unsere Märkte so offen wie möglich halten wollen.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, nur ganz kurz, dies ist alles neu für mich und ich fand die Diskussion sehr stimulierend und lehrreich. Als Lady Ashton zu Anfang sprach, dachte ich, dass es ein fantastischer Deal für die Europäische Union sei und fragte mich, ob es überhaupt irgendwelchen Nutzen für Korea gäbe. Dann war ein Sprecher nach dem anderen gegenteiliger Meinung, daher hoffe ich, dass die von Herrn Arif, Herrn Theurer, Herrn Campbell Bannerman und anderen Sprechern gestellten Fragen und genannten Punkte

speziell von Lady Ashton beantwortet werden könnten, wenn sie antwortet, und vielleicht kann sie uns auch sagen, ob im Moment irgendwelche anderen Verhandlungen mit bestimmten asiatischen Ländern für bilaterale Abkommen im Gange sind und auch wie weit diese fortgeschritten sind.

Gerard Batten (EFD). – Herr Präsident, ich möchte mit meiner Rede gerne die Behauptung meines Kollegen, Herrn Campbell Bannerman, unterstützen. Im Jahr 2006 gab die Regierung der Schweiz einen Bericht zu allen Aspekten bestehender und möglicher Beziehungen mit der Europäischen Union in Auftrag.

Sie kam zu dem Ergebnis, dass eine EU-Vollmitgliedschaft sie bis zum Sechsfachen ihrer momentanen bilateralen Vereinbarungen kosten würde. Wie die Schweizer eben so sind, beschlossen sie, dass sie besser dran wären, wenn sie nicht beitreten oder die EU-Vollmitgliedschaft erwerben würden.

Wenn das für die Schweizer zutrifft, so trifft es sicherlich für die Briten zu, und, wenn bloß unsere Regierung Großbritanniens Wirtschaft genauso vernünftig und pragmatisch sehen würde wie die Schweizer die ihre, dann würden wir austreten, einfach so wie die Schweizer nicht beitreten.

David Martin (S&D). – Herr Präsident, Sie sind ein sehr toleranter Vorsitzender, aber es ist sehr eindeutig in unserer Geschäftsordnung, dass sich Interventionen unter dem „catch-the-eye“-Verfahren auf das erörterte Thema beziehen müssen. Das hatte nichts mit Korea und auch nichts mit Freihandelsabkommen zu tun.

Sari Essayah (PPE). – (FI) Herr Präsident, in seiner Rede gerade eben hat Herr Martin gesagt, dass es besonders wichtig ist, Abkommen zu beschließen, die Wirtschaftswachstum und Beschäftigung beschleunigen werden, und Handelsbarrieren allgemein abzuschaffen, besonders in dieser Wirtschaftskrise. Wir müssen uns allerdings daran erinnern, dass wir gerade heute erst eine sehr ernsthafte Diskussion über die Krise in der europäischen Automobilindustrie hatten, und diese Woche werden wir auch mit Problemen in der Textilindustrie zu tun haben und Hilfen des Europäischen Globalisierungs- Anpassungs- Fonds als Kompensation für die Massenentlassungen in diesem Sektor in Spanien und Portugal. Meine Damen und Herren, wir müssen also die Sorgen der Europäerinnen und Europäer ernst nehmen hinsichtlich dessen, wie wir auf den Verlust von Stellen in Europa reagieren und untersuchen, was die Kommission dafür wirklich als Abhilfe vorschlägt. Obwohl Freihandel für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum im Allgemeinen gut sein muss, wie verhindern wir den Verlust von Stellen in diesen herkömmlichen europäischen Industrien?

Catherine Ashton, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte gerne sagen, dass mich die Debatte in gewisser Hinsicht ganz und gar nicht überrascht, weil die von den Kolleginnen und Kollegen erhobenen Einwände natürlich auch in den letzten Monaten erhoben wurden.

Meine Anerkennung gilt David Martin, um dies gleich zu Anfang zu sagen, für seine Arbeit im Ausschuss. Es ist sehr wichtig, dass ich anerkenne, wie sehr der Ausschuss für internationalen Handel in den vergangenen Monaten mit mir zusammengearbeitet hat, und natürlich bin ich mir dessen bewusst, dass die Kolleginnen und Kollegen noch nicht den Vorteil hatten, das Abkommen im Detail zu sehen. Ich werde daher jetzt versuchen, auf die Einwände einzugehen. Vor allem aber werden wir sicherstellen, dass wir Ihnen weitere Informationen zukommen lassen, weil es wichtig ist, dass Sie sich die Fakten und nicht die hier ausgesprochenen Behauptungen ansehen.

Lassen Sie mich zunächst kurz einige allgemeine Punkte zur Vorgehensweise dieser Abmachung ansprechen. Dieses Abkommen wurde in Gang gesetzt, um das Beste für die europäische Industrie zu erreichen – einschließlich der britischen Industrie, wie ich den Kollegen der UKIP sagen möchte. Meiner Ansicht nach ist es absolut im Interesse Europas, mit diesem Abkommen fortzufahren – sonst würde ich hier nicht stehen und dies vorschlagen.

Es gab hierbei einen ganz klaren *Modus operandi*, eine eindeutige Herangehensweise der Kommission, die, wie gesagt, vom Parlament, der Kommission und vom Rat unterstützt wurde, und das war in der Tat die Art und Weise, in der wir vorgegangen sind. Mein Kollege, Herr Arif, wird es mir nicht übel nehmen, denke ich, wenn ich sage, dass ich es alarmierend oder vielleicht ein bisschen deprimierend finde, anzudeuten, ich würde irgendeine Industrie opfern, weil das sicherlich nicht meine Herangehensweise wäre.

Glaube ich, dass man, wenn man ein ernsthaftes Handelsabkommen möchte, erkennen muss, dass es tatsächlich ein Abkommen ist, bei dem beide Seiten profitieren? Ja, das tue ich. Wenn man Handelsabkommen haben möchten, wenn wir wirklich glauben – und ich glaube, das tun wir –, dass Handel der Motor ist, der uns aus der Rezession katapultiert, dann bedeutet das, dass man ernsthafte, harte Verhandlungen mit Industrien und mit Ländern führen muss, mit denen man gerne ein Abkommen hätte. Sonst können wir auch den

ganzen Tag mit Ländern Abkommen schließen, an denen wir nicht besonders interessiert sind, und wir können Märkte eröffnen, weil sie uns nicht wirklich interessieren.

Korea ist ein ernst zu nehmender Markt. Er bietet reelle Möglichkeiten für Chemikalien, Pharmazeutika und andere Industrien. Wir müssen den Wert und die Wichtigkeit dessen erkennen, wenn wir ernst zu nehmende Handelsabkommen wünschen. Wir sind in der Tat eine Wirtschaftssupermacht. Mein Missfallen mit meinen Kollegen des Vereinigten Königreichs könnte nicht größer sein, wenn sie über die Schweiz sprechen und irgendwie versuchen, diese mit der Beziehung gleichzusetzen, die wir zwischen Europa und Korea aufzubauen versuchen – oder vielleicht habe ich das auch missverstanden.

Hier geht es um ernst zu nehmende Verhandlungen und das Erreichen eines ernst zu nehmenden Ergebnisses und wenn die Einzelheiten dazu bekannt sind, hoffe ich, dass Sie, Kollegen, die Überlegungen erkennen, unter denen wir das Ganze versucht hatten, anzulegen.

Die Automobilindustrie gab uns zu Beginn eine Liste von Dingen, die wir für sie erreichen sollten. Sie war wirklich sehr besorgt, den Markt in Korea offen zu halten, und wir haben all das erreicht, was sie zu Beginn forderte.

Die Textilindustrie: Ich bin zuversichtlich, dass es wenig gibt, worüber wir uns sorgen müssen. Die Schutzklauseln, die wir in der Textilindustrie haben, werden für die Erhaltung von Stellen in Europa sorgen.

Ich bin keineswegs daran interessiert, in Europa Stellen abzubauen oder Industrien zu schließen, und dieses Abkommen tut dies auch nicht. Und diejenigen von Ihnen, die glauben, sie hätten Beweise dafür, bitte ich, mir diese zu unterbreiten, denn Rhetorik ist eine Sache, die Realität eine andere, und wir müssen wirklich über die Rhetorik hinauskommen und zur Realität der Möglichkeiten dieses Abkommens vordringen.

Ich bin sogar der Meinung, dass das, was uns bevorsteht, für alle Industriesektoren sehr wichtig ist. Die Frage der Zollrückerstattung ist für mich eine sehr einfache. Zollrückerstattungen wurden dafür entwickelt, damit unsere Reaktion darauf ein bestimmtes Problem verhindert. Die Frage ist, ist das die einzige Möglichkeit ein Problem zu lösen? Wenn es andere Möglichkeiten gibt, die das Problem gleichermaßen lösen, uns aber in der Tat dazu führen, ein besseres Handelsabkommen zu erhalten, dann werde ich ihnen nachgehen. Aber ich möchte immer noch dasselbe Problem lösen, und ich glaube, die Mechanismen, die in diesem Abkommen dafür vorgesehen sind, tun genau dies. Wir sagen nicht, dass dies für alle Ewigkeit so gelten muss und die einzige Möglichkeit ist, das zu erreichen, was wir erreichen wollen – die effektive Vermeidung von Importen durch die Hintertür – und ich glaube, wir haben das Problem auf andere Weise gelöst.

Daher werde ich mich nicht beim Parlament dafür entschuldigen – weder politisch, wirtschaftlich oder anderweitig –, dass ich mich um die Verhandlung dieses wichtigen Handelsabkommens gekümmert habe. Dafür entschuldige ich mich nicht, und ich entschuldige mich nicht dafür, diesem Parlament ein, wie ich glaube, ernsthaftes, dem 21. Jahrhundert gebührendes Freihandelsabkommen von enormem Nutzen für die gesamte Wirtschaft der Europäischen Union vorgelegt zu haben. Und ganz besonders entschuldige ich mich nicht dafür, es zu Zeiten einer Wirtschaftskrise getan zu haben, denn, wenn es überhaupt eine Zeit gab, in der meine Verantwortung darin lag, den Unternehmen und den Arbeitern von Europa so viel Unterstützung zu bieten, meine ich, dann ist sie genau jetzt und dann ist dies, was dieses Abkommen tut.

Ich fordere die Kollegen auf, wie ich schon sagte, sich die Realität des Abkommens anzuschauen. Interessengruppen werden sich an Sie wenden – so ist es mir auch gegangen –, aber eigentlich, wenn Sie sich anschauen, was wir erreicht haben, bin ich der Meinung, dass es ein sehr konkretes Ergebnis ist, das für die Wirtschaft Europas von großem Nutzen sein wird. Letztlich ist das, was wir uns vorgenommen haben, auch das, was wir erreicht haben.

Der Präsident. – Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Tokia Saïfi (PPE), schriftlich. – (FR) Das Freihandelsabkommen (FTA) zwischen der Europäischen Union und Südkorea, das Mitte Oktober entschieden werden sollte, löst eine Vielzahl von Bedenken bei den europäischen Industrien aus. Dieses Abkommen wurde vom europäischen Handelskommissar als das ambitionierteste, jemals von der EU verhandelte Abkommen angesehen, während es insbesondere den Automobilherstellern sehr ungleichgewichtet zu sein schien. Diese Hersteller fürchten einen massiven Zustrom koreanischer Fahrzeuge auf den europäischen Markt als Folge der von der Europäischen Kommission gewährten Zollpräferenzen. Es gibt keinen Zweifel darüber, dass die Beibehaltung bestimmter Zollklauseln wie der Zollrückerstattung ungerecht wäre und Wettbewerbsverzerrungen schaffen würde, die sehr schädlich für

die europäische Automobilindustrie wären. Das ist umso mehr wahr, angesichts der Tatsache, dass die Großzügigkeit der Europäischen Union anscheinend nicht in Form einer Senkung der von den koreanischen Behörden verhängten nicht-tarifären Handelshemmnisse erwidert worden ist (Einfuhrkontingente der europäischen Fahrzeuge mit Benzinmotoren). Die Kommission ist daher von heute an verpflichtet, die Bedingungen dieses Abkommens zu überprüfen, und zwar hinsichtlich der Wiederherstellung der Bedingungen des fairen Wettbewerbs und der Sicherung des langfristigen Überlebens unserer Industrie und unserer Arbeitsplätze in Europa.

23. Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Entwicklungsländer und Entwicklungszusammenarbeit (Aussprache)

Der Präsident. – Das nächste Thema ist die Debatte zur mündlichen Anfrage an die Kommission (O-0088/2009 – B7-0209/2009) von Eva Joly, im Namen des Entwicklungsausschusses, zu den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer und die Entwicklungszusammenarbeit.

Eva Joly, Verfasserin. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren Kommissare, liebe Kolleginnen und Kollegen, während ich das Vergnügen habe, Ihnen die mündliche Anfrage im Namen des Entwicklungsausschusses vorzutragen, so ist es mir leider nicht vergönnt, Ihnen die von diesem Ausschuss einstimmig angenommene EntschlieÙung zu demselben Thema vorzutragen.

Meine Kolleginnen und Kollegen vom Entwicklungsausschuss und ich arbeiteten unermüdlich, um sicherzustellen, dass die EntschlieÙung vor dem G20-Gipfel in Pittsburgh abgestimmt und im Plenum diskutiert wurde.

Außer meiner Fraktion, der Fraktion der Grünen/Freien Europäischen Allianz, und der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken jedoch unterstützte keine andere politische Gruppierung unsere Bitte, diese EntschlieÙung auf die Tagesordnung zu setzen, und dabei wäre es wichtig, wenn wir wollen, dass das Europäische Parlament eine größere Rolle bei der Bestimmung der EU-Außenpolitik spielt und wahre Stärke hinter seinen Vorschlägen steckt.

Meine Damen und Herren, welchen Nutzen werden wir davon haben, für diese EntschlieÙung zu stimmen, welche war, die Bitten und Vorschläge des Europäischen Parlaments an die Mitglieder der G20 weiterzuleiten und, genauer, an die unserer Mitgliedstaaten, die an dem Gipfeltreffen teilnehmen, sowie an die Europäische Kommission, zur Plenartagung im Oktober, also nach dem Pittsburgh-Gipfel?

Neben der Tatsache, dass dies die geleistete Arbeit abwertet, können wir uns auch nicht mit dieser Rolle als Kommentator für Aktuelles zufrieden geben. Das ist nicht unsere Aufgabe. Das sollten wir denen überlassen, deren Job das ist und die das professionell tun: Journalisten.

Die Entwicklungsländer brauchen uns nun mehr denn je. Während unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht verschont blieben, hatte die globale Wirtschafts- und Finanzkrise einen weitaus nachhaltigeren Effekt auf die Bevölkerung der Entwicklungsländer. Trotzdem haben die Finanzinstitutionen diese Menschen nicht zu den Hauptbegünstigten der Sofortkredite gemacht, da sehr wenige von ihnen die erforderlichen Bedingungen erfüllen.

Die Länder Afrikas haben also nur 1,6 % der vom IWF gewährten Kredite seit dem letzten G20-Treffen in London erhalten und die Aufstockung der IWF-Mittel. Der Rest ging an die Industrieländer, besonders an die europäischen.

Die Aufrechterhaltung des europäischen Wirtschaftssystems war natürlich unbedingt notwendig, aber dies darf uns nicht die ungeheure Armut, die an unseren Grenzen wütet, vergessen lassen; extreme Armut, die durch eine Krise, für die wir die Last der Verantwortung tragen, noch schlimmer gemacht wurde.

Staatliche Entwicklungshilfe muss dringend erhöht werden. Jetzt schon erfüllen die meisten Mitgliedstaaten die von der OECD seit 1970 geforderten Bedingungen nicht, und uns stehen neue Notlagen bevor, ohne neue Fonds zu besitzen. Wir müssen daher neue Finanzierungsquellen finden, nicht zuletzt durch Reformen des bestehenden Systems.

Der Entwicklungsausschuss bittet Sie darum, etwas gegen den Missbrauch von Steueroasen, Steuerhinterziehung und die illegalen Kapitalströme aus den Entwicklungsländern zu unternehmen.

Einem norwegischen, im Juni veröffentlichten Bericht zufolge, dessen Zahlen bestätigt wurden, sind die illegalen Ströme, die die Entwicklungsländer verlassen, zehnmal so groß wie unsere Entwicklungshilfe. Das zeigt nur, wie viel auf dem Spiel steht.

Es ist notwendig, ein neues bindendes Finanzabkommen zu implementieren, das transnationale Unternehmen dazu zwingen wird, ihre eingefahrenen Gewinne und die gezahlten Steuern auf einer Land-für-Land-Basis zu deklarieren, um Transparenz bezüglich dessen, was sie in jedem der Länder zahlen, in dem sie operieren, herzustellen.

Darüber hinaus muss eine radikalere Reform des Systems stattfinden, die insbesondere die Einführung neuer demokratischer und transparenter Vorschriften für den Wirtschaftsverkehr und die internationalen Finanzsysteme einschließt.

Die Verantwortlichkeiten sind groß, die Herausforderungen zahlreich und die Aufgabe schwierig, aber die Europäische Union muss jetzt mehr denn je vortreten und diese Reformen anführen.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, die Kommission in ihrer Rolle als Repräsentant der EU bei den G20, zusammen mit der Präsidentschaft, befürwortet nachdrücklich die Unterstützung von Niedriglohnländern, besonders der ärmsten, als eine der entscheidenden Prioritäten der G20-Verpflichtungen.

Diesbezüglich ist es wichtig, dass Niedriglohnländer eine angemessene Finanzierung erhalten, um den Bedürfnissen gerecht zu werden, die sich speziell aus den negativen Auswirkungen der Finanzkrise entwickelten. Daher befürworten wir die Notwendigkeit, den Zugang armer und fragiler Länder, die meist ohne institutionelle Verwaltungskapazitäten sind, zu den Einrichtungen und Krediten zu verbessern, die ihnen von internationalen Finanzinstitutionen und anderen Spendern zur Verfügung gestellt werden.

Ich werde diesen Ansatz persönlich im November im Rat für Entwicklungsangelegenheiten vertreten, und die globale Finanzkrise wird in den kommenden Wochen im Zentrum meiner politischen Anliegen stehen. Ich hoffe, ich kann durchgehend auf Ihre Unterstützung hoffen.

In diesem Zusammenhang ist unser „Vulnerability FLEX“-Instrument von besonderer Bedeutung. Die Kommission hat mit der Weltbank und dem IWF zusammengearbeitet, um die Länder, die am ehesten für Krisen anfällig sind, zu identifizieren und um die von diesen beiden Institutionen zur Verfügung gestellte lohnbasierte Unterstützung mit rechtzeitiger und zielgerichteter Beihilfe aus dem „Vulnerability FLEX“ zu ergänzen.

Zwischen 2009 und 2010 werden bis zu 500 Mio. EUR in die AKP-Staaten fließen, die Hilfe fordern, um vorrangig öffentliche Ausgaben zu sichern, die sozialen Sektoren eingeschlossen. Lassen Sie mich Ihnen versichern, dass die Vorverteilung von Haushaltszuschüssen durch den „Vulnerability FLEX“-Mechanismus nicht zu einer Finanzierungslücke führen wird, insofern als dass die Kommission nichtzweckgebundene Reserven verwendet.

Länder, die nicht unter den „Vulnerability FLEX“ fallen, werden auch von anderen Maßnahmen profitieren, die von der Kommission in ihrer April-Mitteilung vorgeschlagen wurden, zum Beispiel von Umschichtungen, die sich aus Ad-hoc-Überprüfungen der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder und der erweiterten Halbzeitüberprüfung ergeben, Unterstützung unter dem herkömmlichen FLEX, Frontloading, wo realisierbar usw.

Hinsichtlich der Ausrichtung der Haushaltszuschüsse bin ich überzeugt, dass die diesem Instrument innewohnende Flexibilität den Empfängerländern jetzt schon erlaubt, die Gelder so einzusetzen, wie sie ihnen nach eigenem Ermessen am besten helfen, auf wirtschaftliche und soziale Probleme zu reagieren.

Zusätzlich wird die erweiterte Halbzeitüberprüfung des 10. Europäischen Entwicklungsfonds eine gute Gelegenheit bieten, neue Bedürfnisse zu identifizieren, und beurteilen, ob diese besser durch einen allgemeinen oder sektoralen Haushaltszuschuss angesprochen werden sollen.

Die erweiterte Halbzeitüberprüfung wird außerdem eine zusätzliche Möglichkeit bieten, sich die Haushaltszuschuss-Profile in jedem AKP-Land nochmals anzuschauen und Änderungsanträge, Neuverteilungen oder zusätzliche Fonds aus der Reserve zu berücksichtigen.-

Hinsichtlich der Förderung der von den Bretton-Woods-Institutionen empfohlenen Reform ist unsere Rolle natürlich begrenzt. Die Frage von Mitspracherecht und Vertretung wird auf der Jahrestagung des IWF und der Weltbank in Istanbul, an der Kommissar Almunia und ich diesen Oktober teilnehmen werden, besprochen. In dieser Angelegenheit heißen wir die Erweiterung im Verwaltungsrat der Weltbank um einen dritten Sitz

für die subsaharischen Länder Afrikas willkommen und erwarten mit Interesse neue Vorschläge für weitere Reformen.

Hinsichtlich der illegalen Finanzströme möchte ich Frau Joly gerne versichern, dass ich den Kommissionsdienststellen längst Anweisungen erteilt habe, Mittel zur Verbesserung der finanzpolitischen und finanziellen Steuerung in den Entwicklungsländern zu überprüfen, um illegale Finanzströme einzudämmen. Diese Krise hat ebenfalls gezeigt, dass wir die Mechanismen für die Bereitstellung öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA - Official Development Assistance) stärken müssen.

Die internationale, in der Pariser Erklärung verkörperte Agenda zur Effektivität von Beihilfen und das Aktionsprogramm von Accra sind nun wichtiger denn je. In diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber den Armen der Welt, sicherzustellen, dass unsere Entwicklungshilfe auch in die richtigen Kanäle fließt.

In ihrer Mitteilung vom 8. April unterstrich die Kommission auch den wertvollen Beitrag innovativer Finanzierungsmechanismen als ein ergänzendes und sich gegenseitig verstärkendes Instrument zur ODA. Wir haben die Mitgliedstaaten dringend gebeten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und Nicht-ODA mit ODA zu unterstützen, zum Beispiel, indem auf laufende freiwillige Solidaritätsabgaben wie Flugticketsteuern aufgebaut wird, um Gesundheitsprogramme zu finanzieren. Zu diesem Thema wird es auf höchster Ebene Gespräche geben, inklusive einer großen, 2010 von Frankreich organisierten Konferenz, die im Vorfeld die Kommission mit involvieren wird.

Enrique Guerrero Salom, im Namen der S&D-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, Herr Kommissar, heute ist es genau ein Jahr her, dass wir den Zusammenbruch der Finanzinstitution Lehman Brothers miterlebten. Damals, den Experten zufolge, drohte uns ein finanzieller Zusammenbruch und wir befanden uns auf der Schwelle einer weiteren großen Depression.

Die Finanzkrise intensivierte sich und griff auf die Realwirtschaft über und wir machten eine Phase mit negativem Wirtschaftswachstum und Stellenverlusten durch.

Die Industrieländer jedoch fangen an, sich von der Krise zu erholen. Frankreich und Deutschland geht es so, zum Beispiel, und die Kommission stellte heute ihre Wirtschaftsprognosen vor, die zeigen, dass die Europäische Union in der zweiten Jahreshälfte aus der Rezession kommen wird.

Die weniger entwickelten Länder allerdings befinden sich mitten in der Krise und werden damit noch länger zu schaffen haben. Sie haben die Krise nicht verursacht, aber gerade sie leiden unter den Folgen. Sie leiden unter den Folgen in Form von weniger Wachstum, schneller um sich greifender Arbeitslosigkeit, weniger Direktinvestitionen, weniger Auslandskredit, weniger Geld, das von Emigranten zurückschickt wird, weniger öffentlicher Entwicklungshilfe und natürlich vermehrten Handelsbeschränkungen.

Wir haben eine Phase durchlebt, während der unsere Stabilität erschüttert war und unsere komfortable Lage über eine begrenzte Zeit hin abgenommen hat, sie aber laufen Gefahr im Kampf gegen die Armut ein Jahrzehnt zu verlieren, und ein Jahrzehnt heißt, dass eine ganze Generation verloren ist.

Wir können in vielerlei Hinsicht viel für sie tun, und ich würde gerne besonderes Augenmerk darauf richten, dem Protektionismus entgegenzutreten. Letzte Woche stellte die Kommission ihren vierten Bericht über Handelsbeschränkungsmaßnahmen vor, was zeigt, dass viele Länder neue restriktive Maßnahmen verabschieden, was für Entwicklungsländer katastrophal sein kann.

Außerdem werden viele Industrieländer ihren Verpflichtungen der öffentlichen Entwicklungshilfe gerade zu der Zeit nicht nachkommen, wenn wir frische Ressourcen brauchen, um dem Ernst der Krise zu begegnen.

Ich schlage daher vor, dass wir die Koordination dieser Entwicklungshilfe mit einem weiteren Abkommen zwischen den Geberländern, Finanzinstitutionen und Partnern verbessern und sie effizienter und transparenter verwalten, damit sie weder Kosten generiert noch eine bürokratische Zumutung ist.

Ich bitte die Kommission und den Kommissar dringend, den uns hier vorgestellten Plan umzusetzen, womit Kommissar Almunia sicherlich einverstanden ist.

Louis Michel, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr De Gucht, Frau Joly, ich bin mir natürlich dessen bewusst, dass wir bei dieser Art von Debatte unvermeidlich eine Reihe von Reden hören werden, die alle dasselbe sagen. Das stört mich allerdings nicht wirklich. Ich glaube, dass es wichtig ist, diesen starken Konsens immer wieder zu betonen, den das Europäische Parlament herbeiführen muss und was

darüberhinaus gemeinsam mit der Kommission geschehen muss. Und zwar weil sich im Gegenteil, trotz der Behauptung, dass Entwicklungsländer durch die Finanzkrise kaum eine Beeinträchtigung erfahren würden, heute alle Fachleute darüber einig sind, dass die Auswirkungen dieser Krise für die meisten Entwicklungsländer katastrophal sein werden.

Alle sozialen Sektoren armer Länder werden sich selbst mit einem starken Anstieg besonders sozialer Bedürfnisse und der Bedürfnisse für Dienstleistungen sowie mit einem sehr bedeutenden Minus im Wirtschaftswachstum konfrontiert sehen. Herr Kommissar, darüberhinaus habe ich unter diesem Gesichtspunkt Ihre Erwähnung der Wichtigkeit, auf diese Bedürfnisse in einer weit flexibleren Art und Weise zu reagieren, sehr geschätzt, und ich denke, dass Sie wissen, dass ich da, wo es möglich war – offenbar im Zusammenhang mit ausreichendem Monitoring –, immer ein großer Befürworter von staatlicher Hilfe und Direkthilfen, ob unmittelbare oder sektorale Hilfe, aber auf jeden Fall von Haushaltszuschüssen, war. Ich glaube, dass es einen Bereitstellungseffekt und eine andere, weitaus größere Wirkung gibt, die mit Respekt zu tun hat, und das gibt den Mitgliedstaaten Macht.

Trotz alledem weise ich darauf hin, dass der G20-Gipfel die Reform der internationalen Finanzinstitutionen nicht angegangen hat – ich beziehe mich auf den Weltwährungsfonds und die Weltbank –, um den Interessen der armen Länder des Südens größeres Gewicht beizumessen.

Wie Frau Joly sagte, gingen 80 % der jüngsten Kredite des IWF an europäische Länder und nur 1,6 % dieser neuen Kredite wurden zum Beispiel afrikanischen Ländern gewährt. Die Ressourcen, die den Entwicklungsländern im G20-Paket versprochen werden, werden nicht ausreichen – das wissen wir auch – und werden nicht ausreichend auf die schwächsten Länder konzentriert. Schlimmer noch, diese Ressourcen werden nicht rechtzeitig eintreffen.

Die wahre Herausforderung, wie Sie offenbar schon erkannt haben, Herr Kommissar, wird sein, die Mitgliedstaaten dazu zu bringen, ihren Verpflichtungen von 2005 nachzukommen. Nichts rechtfertigt eine Reduzierung der öffentlichen Entwicklungshilfe. Trotzdem haben, wie schon gesagt wurde, mehrere europäische Länder drastische Kürzungen angekündigt. Ich denke da an Irland (-10 %), Italien (-50 %) und Lettland (-100 %). Diese Haltung ist eindeutig total inakzeptabel. Ferner ist es unverantwortlich.

Ich würde gerne Ihre Meinung zu einer ganzen Reihe von Punkten hören. Ich hörte Ihre positive Reaktion auf den Verwundbarkeitsfonds, der auf Vorschlag der Weltbank geschaffen werden soll. Sie reagierten auch zugunsten der Bekämpfung von Steueroasen. Die Länder des Südens verlieren 1 000 Mrd. US-Dollar jedes Jahr an Geldanlagen, die illegal an den Norden weitergeleitet werden, 350 Mrd. US-Dollar davon passieren Steueroasen.

Die Frage internationaler Governance wurde schon diskutiert.

Ein anderes Thema, was meiner Meinung nach hervorgehoben werden sollte, ist natürlich die handelsbezogene Unterstützung. Ich bin enthusiastischer Befürworter – anders als andere, die ich kenne – von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, natürlich vorausgesetzt, dass die spezifische Situation berücksichtigt wird und Übergangsfristen eingeführt werden und vor allem vorausgesetzt, dass die Mitgliedstaaten ihrer Verpflichtung nachkommen und diese berühmte 1-Milliarde-Euro-Summe jedes Jahr bereitstellen, um dem Wirtschaftsverkehr zu helfen. Meiner Ansicht nach ist dies offensichtlich wichtig, wie andere auch gesagt haben.

Was wir heute brauchen, ist die Verurteilung der Doppelbotschaften bestimmter Mitgliedstaaten, die in höchsten Tönen über die Entwicklungsländer sprechen und große Versprechungen machen, die aber zynischer Weise zur selben Zeit ihre öffentliche Entwicklungshilfe kürzen.

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Die Anfrage, die Frau Joly im Namen des Entwicklungsausschusses gestellt hat, bringt auf den Punkt, worum es uns als EntwicklungspolitikernInnen in der Diskussion überhaupt geht.

Die Versprechen der letzten G8- und G20-Treffen sind letztendlich auf dem Papier geblieben. Sie gehören zu den Versprechen, die immer wieder in Aussicht gestellt worden sind, aber nie zu ausreichenden, konkreten Hilfen geführt haben. Unter diesem Aspekt kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, warum wir die Entschließung des Europäischen Parlaments nicht vor Pittsburgh hier verhandeln, damit entsprechender politischer Druck ausgeübt werden kann. Angesichts der richtigen Analysen des Kommissars und auch angesichts der Ausführungen von Louis Michel scheint mir doch klar zu sein, dass wir wissen, woran es liegt. Wir sind aber nicht in der Lage, politischen Druck auszuüben, um die Mitgliedstaaten dazu zu zwingen, endlich von dieser Politik „Das Hemd ist uns näher als der Rock“ abzugehen. Das scheint mir auch mit Blick

auf Pittsburgh die große Gefahr zu sein. Wenn es uns nicht gelingt, Druck auszuüben und deutlich zu machen, dass wir neue Institutionen brauchen, um gerade die ärmsten Länder der Welt zu unterstützen, dann werden wir auch nach Pittsburgh wieder hier sitzen und feststellen, dass sich letztendlich nichts bewegt hat!

Und das ist meine Bitte auch an Sie, Herr Kommissar. Ich ersuche Sie, sofort hier im Parlament wieder konkret zu den Ergebnissen Stellung zu nehmen und uns zu sagen, was mit der Unterstützung welcher Mitgliedstaaten tatsächlich eingefordert werden konnte und inwieweit wir hier ein Stück vorangekommen sind.

Was wir brauchen, ist schnelles und effektives Handeln, weil vor unseren Augen Menschen sterben, und zwar aufgrund von Umständen, die wir mit verursacht haben. Ich bitte darum, dass wir gemeinsam handeln!

Corina Crețu (S&D). – Herr Präsident, die Soforthilfetrögenbeiträge, wie Sie wissen, verzeichneten eine Abnahme von 4,8 Mrd. EUR in dem Betrag, der für die Regulierung humanitärer Krisen in den ärmsten Ländern vorgesehen war. Dies ist die historisch höchste verzeichnete Kluft zwischen den benötigten Geldern und den von den Regierungen der Geberländer gesammelten Geldern, und angesichts dieser Zahlen kommen wir nicht umhin, an die großen Mengen Geld zu denken, die für Bankbeihilfen ausgegeben wurden.

Jede Regierung ist dafür verantwortlich, die Probleme ihres Landes selbst zu lösen, aber gleichzeitig ist es ungerecht und unmoralisch, die Tatsache zu übersehen, dass die Entwicklungsländer am ärgsten unter der Wirtschaftskrise leiden, obwohl diese Länder für diese Krise weniger verantwortlich sind.

Die Welt um uns herum lehrt uns, nicht zu viel von humanitären Aufrufen zu erwarten, besonders zu Zeiten der Rezession. Ich möchte daher gerne Ihre Aufmerksamkeit auf die Gefahr der Vernachlässigung der Entwicklungsländer lenken und der Beschleunigung des Wachstums von Armut und der Schaffung eines Bumerang-Effekts in Form wachsender interner Spannungen, blutiger Konflikte, humanitärer Tragödien und massiver Flüchtlingsströme, wie sie schon wieder von den Industrieländern debattiert werden. Unter Berücksichtigung dieser Umstände glaube ich, dass Bemühungen in eine Richtung erforderlich sind, um unsere Verantwortung zu übernehmen. Dies erfordert die Erhöhung der internationalen Hilfe und die Notwendigkeit für effizientere Entwicklungshilfe.

Außerdem glaube ich, dass wir uns auf die Reduzierung der Abhängigkeit von humanitärer Hilfe bei einigen der Empfänger konzentrieren sollten. Ich möchte außerdem den Kommissar gerne fragen – unter Berücksichtigung dessen, was der vorherige Kommissar, Herr Michel, zuvor über die Notwendigkeit der Steigerung der Beteiligung von Weltbank und IWF sagte –, ob er beabsichtigt, einen Vorschlag für diesen Istanbul-Gipfel vorzulegen.

Bevor ich diese Rede beende, möchte ich Ihnen meine Anerkennung zum Beginn ihres Kommissionsmandats aussprechen. Ich habe den USA-Südafrika-Gipfel vor Augen, Ihren Besuch in Zimbabwe am Ende dieser Woche und die Nothilfe, die in den vergangenen Tagen den 100 000 Flutopfern in Westafrika zur Verfügung gestellt wurde. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass nicht nur Burkina Faso mit Naturkatastrophen konfrontiert ist, sondern auch Niger internationale Unterstützung benötigt. Menschenleben werden nicht nur durch Überschwemmungen bedroht, sondern auch durch die schleichende und permanente Bedrohung von Dürre. Ich begrüße sehr, dass Sie letzte Woche als Antwort auf die Dürre in den subsaharischen Ländern 53 Mio. EUR zur Verfügung gestellt haben. Das sind ermutigende Zahlen, die hoffentlich die Gespräche des G20-Gipfels in Pittsburgh und der Konferenz in Kopenhagen beeinflussen werden, da diese Treffen heutzutage entscheidend sind, wo die Millennium-Entwicklungsziele ein hohes Risiko des Scheiterns bergen.

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Herr Kommissar, ich möchte ebenfalls meine Enttäuschung darüber aussprechen, dass die Versprechen der G20 hinsichtlich der Hilfe für die ärmsten Länder während der Wirtschaftskrise ganz eindeutig nicht ernst gemeint waren. Die Realität ist, dass die Hilfe des IWF bislang vernachlässigbar war. Ich möchte außerdem gerne eine Reform des Entscheidungsprozesses fordern, damit die ärmsten Länder bei der Entscheidungsfindung mehr Mitspracherecht haben können, besonders im Rahmen des Bretton-Woods-Systems. Gleichzeitig möchte ich Sie, Herr Kommissar, gerne fragen, ob es möglich war, insbesondere Gesundheitsdienst und Ausbildung in den AKP-Staaten zumindest auf dem Niveau von vor der Krise zu halten? Ich frage hauptsächlich deswegen, weil es von vielen Ländern, inklusive einigen europäischen, drastische Kürzungen der finanziellen Hilfe gab. In diesem Sinne, Herr Kommissar, wünsche ich Ihnen in Ihrer neuen Rolle Erfolg.

Anna Záborská (PPE). – (SK) Herr Kommissar, das Thema, das wir diskutieren, ist höchst wichtig und aktuell, nicht nur, weil die EU im Moment eine klare Vorstellung über Entwicklungspolitik braucht, sondern auch, weil wir sie klar und verständlich unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erklären müssen. Stärker als je zuvor kann die Höhe der Entwicklungshilfe jetzt illegale Einwanderung, die öffentliche Ordnung,

Epidemien und auch – wie der IWF aufgezeigt hat – das Anwachsen von Schulden im Privatsektor in den Entwicklungsländern beeinflussen.

Ich möchte gerne die regelmäßige Finanzkontrolle durch sowohl Geber als auch Empfänger der Förderung betonen. Wir leben in unseren verschiedenen Ländern und uns kommt Kritik über die Entwicklungspolitik der EU zu Ohren. Der Konsens im Europäischen Parlament, von dem Herr Michel sprach, ist nicht immer so ersichtlich in den Ländern der EU. Nur durch die Wirksamkeit und Transparenz von Entwicklungshilfe können wir die Menschen überzeugen, dass sie gerechtfertigt ist, und irgendwelche Kürzungen begrenzen.

Sari Essayah (PPE). – Herr Präsident, es ist äußerst wichtig, dass Europa in diesem Stadium die moralische Führungsrolle übernimmt, und die Mitgliedstaaten müssen all ihren Verpflichtungen nachkommen sowie den Millennium-Entwicklungszielen. Natürlich erleiden wir hier auch relative Armut während dieses gegenwärtigen konjunkturellen Abschwungs, aber wir müssen uns daran erinnern, dass die Menschen in den Entwicklungsländern absolute Armut erleiden und an Hunger und Krankheiten sterben. Mehr als 10 Mitgliedstaaten in der Union jedoch haben gesagt, dass sie ihre Entwicklungshilfebeiträge kürzen oder die bisher festgelegte Erhöhung der Beiträge verzögern werden. Offensichtlich sollten wir nicht vergessen, dass, so wichtig die Erhöhung der Zahlungen auch ist, es genauso wichtig ist, sicherzustellen, dass sie effektiver genutzt werden. Verschiedene Mittel und Maßnahmen für die Koordinierung dieser Hilfe stehen zur Verfügung. Eines davon ist das „Öffentliche Entwicklungshilfe (ODA)“-Computerprogramm, das in Mozambique sehr erfolgreich erprobt wurde, und ich hoffe, dass insbesondere in Zeit und Leistung dieser Koordinationsart investiert wird. Auf diese Art wird es für uns sehr einfach sein, unseren Erfolg in Situationen wie dieser zu verbessern, in der die Menge der verfügbaren Hilfe abnimmt.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ja, eine Krise hat die ärmsten der Länder am ärgsten getroffen, und es gibt in der Tat nicht viel, was wir dagegen unternehmen können. Wir können nur über die Abhilfemaßnahmen sprechen, um sie wieder auf den Damm zu bringen, und das wird offensichtlich mehr Zeit in Anspruch nehmen als in den Industrieländern, weil die Mechanismen zur Schaffung neuen Wirtschaftswachstums in jenen Ländern zu wenig entwickelt sind.

Eine der Anmerkungen, die von mehreren Mitgliedern gemacht wurden, betrifft die Tatsache, dass viele Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen bezüglich der Öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) tatsächlich zurückziehen. Die Mitgliedstaaten der EU einigten sich im Jahr 2005 auf individuelle Mindestentwicklungshilfen von 0,51 % für EU15 und 0,17 % für EU12, die von den neuen Mitgliedstaaten bis 2010 zu erreichen sind, bzw. 0,70 % und 0,33 %, die bis 2015 zu erreichen sind.

Die Länder, deren Hilfen schon über diesen Grenzen lagen, versprochen, diese beizubehalten. Auf der Grundlage dieser Bestätigungen und höheren nationalen Zusicherungen einiger Mitgliedstaaten sollte die EU insgesamt 0,56 % der ODA bis 2010 aufbringen.

Ich bin der Meinung, dass die Krise nicht dazu benutzt werden sollte, die Hilfeversprechen der Geberländer zu verwässern, und ich werde darauf bestehen, dass die Verpflichtungen eingehalten und die versprochenen Hilfen bereitgestellt werden, und das gilt für Mitgliedstaaten der EU genauso wie für andere Geber.

Im Jahr 2008 hat sich die ODA der EU um ungefähr 4 Mrd. EUR auf eine Höhe von 0,40 % ODA erhöht und die Prognose besagt, dass die gemeinschaftliche ODA der EU weiterhin anwachsen wird.

Auf der Basis der von den Mitgliedstaaten gesammelten Informationen wächst die gemeinschaftliche ODA der EU im Jahr 2009 voraussichtlich auf 53,4 Mrd. EUR an, was für 0,44 % steht, und im Jahr 2010 auf 58,7 Mrd. EUR an, was für 0,48 % steht.

Dies bedeutet auch, dass, ohne zusätzliche Maßnahmen von den Mitgliedstaaten zur Erfüllung ihrer individuellen Zielvorgaben, die gemeinschaftliche Zielvorgabe für 2010 nicht erreicht wird. Der vorhergesagte Trend eines beständigen Wachstums der ODA der EU beruht auf jenen Mitgliedstaaten, die versuchen, ihre Verpflichtungen einzuhalten, aber Bemühungen sind von allen Mitgliedstaaten erforderlich, und ich werde bei den jeweiligen Mitgliedstaaten nicht locker lassen. Es ist ihre Verantwortung. Dies ist eine Verbindlichkeit, die sie eingegangen sind, und die Krise sollte keine Entschuldigung dafür sein, sie von ihren Verpflichtungen zu entbinden. Ich würde sogar sagen, ganz im Gegenteil.

Etliche Mitglieder haben auch auf der Reform der internationalen Finanzinstitutionen bestanden. Das ist eine Zielsetzung, die ich voll und ganz unterschreiben kann. Der G20-Gipfel hat einen exakten Zeitplan für Regierungsführungsreformen der Bretton-Woods-Institutionen angeordnet, der sie dringend um die Beschleunigung der Umsetzung ihrer eigenen Reformpläne bittet, die dem London-Gipfel vorausgehen.

Einige Ergebnisse werden schon im April nächsten Jahres erwartet, und ich bin zuversichtlich, dass Lösungen für noch ausstehende Fragen gefunden werden können.

Angesichts der derzeitigen, vom G20-Gipfel geschaffenen Dynamik in der IWF-Reform betont die Kommission die Wichtigkeit dessen, zur zweiten Phase der Reform bei der Weltbank überzuwechseln mit der Absicht, sie im Frühjahr 2010 zu beschließen.

Der London-Gipfel vom 2. April 2009 wird in die Geschichte der G20 eingehen als einer, bei dem Entwicklungsfragen eigenständig und im Beisein der Repräsentanten der Entwicklungsländer behandelt wurden. In Vorbereitung des nächsten G20-Gipfels herrschte in den vergangenen Monaten Hochbetrieb bei der Institution, die mit der Nachbereitung beauftragt ist.

Im August genehmigte der IWF-Verwaltungsrat eine Allgemeinbewilligung von IWF-Sonderziehungsrechten im Rahmen von 250 Mrd. US-Dollar, von denen 18 Mrd. an Niedriglohnländer gehen werden; desweiteren wird der IWF in Pittsburgh bezüglich anderer Maßnahmen für Niedriglohnländer zur Verantwortung gezogen werden. Dies ist also, wie ich meine, eine positive Entwicklung.

Louis Michel, mein Vorgänger, verlangte ebenfalls Flexibilität und behauptete, dass der Mechanismus von Haushaltszuschüssen der flexibelste ist, den wir haben, und das ist offenbar wahr, aber das bedeutet natürlich auch, dass wir ein Pendant in den Entwicklungsländern benötigen und wir müssen einen politischen Dialog mit ihnen führen können und auch Überwachungsmechanismen besitzen; also setzt dies ein Minimum an Kooperation von ihrer Seite voraus, aber wenn das erst einmal vorhanden ist, glaube ich auch, dass besonders sektorale Haushaltszuschüsse ein sehr angemessenes Verfahren sind.

Ich kann nicht ganz nachvollziehen, warum über diese EntschlieÙung, die vom Entwicklungsausschuss eingebracht wurde und sich auf das G20-Treffen von Pittsburgh bezieht, nicht vor dem G20-Treffen abgestimmt wird. Das ist mir schier unbegreiflich. Es wird wahrscheinlich die eine oder andere technische Erklärung dafür geben, aber ich denke, dass dieses neu gewählte Parlament damit ein falsches Signal sendet, nämlich dass wir eine derartige EntschlieÙung nach dem G20-Treffen in Pittsburgh debattieren werden, das, wenn ich mich recht erinnere, vom 22. bis 24. September vor unserer nächsten Sitzung im Oktober in StraÙburg stattfinden soll.

Das liegt nicht in meinem Ermessen, aber ich muss sagen, dass ich, gemeinsam mit Mitgliedern, die das befürwortet haben, es sehr bedaure, dass wir nicht in der Lage waren, während dieser Sitzungsperiode über diese EntschlieÙung abzustimmen.

Der Präsident. – Lassen Sie mich kurz erwähnen, dass die Konferenz der Präsidenten darüber entschieden hat, dass die Stimmabgabe während der ersten Oktober-Sitzungsperiode stattfinden soll, weil während dieser Sitzungsperiode auch eine Debatte zum G20-Treffen geführt werden wird. Das ist meine Erklärung auf ihre Anfrage.

Die Aussprache wird geschlossen. Die Stimmabgabe wird während der ersten Sitzungsperiode im Oktober stattfinden.

24. Parlamentarische Immunität: siehe Protokoll

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

26. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.55 Uhr geschlossen)